



VERKÜNDUNGSBLATT des Reichsnährstandes

B

(abgekürzt RNVbl.)

Erscheinen nach Bedarf. Bezug durch die Postanstalten. — Verlag: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin N 4, Linienstraße 139—140. Fernsprecher: 41 66 51. Postscheckkonto: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin 1006 71. Bankkonto: Bank für Landwirtschaft, Berlin SW 11, Dessauer Straße 26. Schriftwallung: Berlin SW 11, Dessauer Straße 26. Fernsprecher: 19 55 41.

Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich RM 4,05 (einschl. 14,01 Rpf. Postzeitungsgebühr und 7,2 Rpf. Postverpackungsgebühr) und 28 Rpf. Bestellgeld. Ausland RM 1,35 und Porto. Einzelbezug jeder — auch jeder älteren — Nummer bis zu 8 Seiten 15 Rpf. u. Porto, über 8 Seiten erfolgt Berechnung nach Umfang. Bei größeren Bestellungen 10 bis 60 vH Preisermäßigung.

1945**Ausgegeben zu Berlin, den 6. Januar****Nr. 1**

Datum	Inhalt	Seite
23. 12. 1944	Anordnung Nr. 21 der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft betr. Änderung der Anordnung Nr. 26/43 über Höchstpreise für angebaute Heil- und Gewürzpflanzen	1
8. 9. 1944	Bekanntmachung der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft betr. Preisbildung für Gemüsekonserven	2
22. 12. 1944	Bekanntmachung der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft zur 3. Ausführungsbestimmung zur Anordnung Nr. 5/43 betr. Bewirtschaftung von Gewürzen	2
23. 12. 1944	Bekanntmachung der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft zur Anordnung Nr. 102 der Hauptvereinigung der deutschen Garten- und Weinbauwirtschaft betr. Regelung des Absatzes von Erzeugnissen des Blumen- und Zierpflanzenbaues für das Marktgebiet Dortmund	2
18. 12. 1944	Bekanntmachung der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft betr. Festsetzung der Verarbeitungsquoten der Roggen- und Weizenmühlen	2
20. 12. 1944	Achte Verordnung zum Schutz gefährdeten landwirtschaftlichen Grundbesitzes im Reichsgau Sudetenland sowie in den in die Reichsgaue Niederdonau und Oberdonau und den in die Länder Preußen und Bayern eingegliederten sudetendeutschen Gebieten	3
21. 12. 1944	Verordnung über den Verkehr mit landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Grundstücken in den eingegliederten Ostgebieten	3
23. 12. 1944	Verordnung über das Ausscheiden von Genossen aus Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	5
7. 12. 1944	Erlaß des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft betr. Hausschlachtungen; Anbringung von Sperrvermerken bei Nichterfüllung der Ablieferungsverpflichtungen	5
8. 12. 1944	Erlaß des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft betr. Hausschlachtungen; Belassung von überschießenden Mengen durch Verlängerung der Anrechnungszeit	5
7. 12. 1944	Verordnung über die Aufhebung der Verordnung über Preise für geschälte und ungeschälte Weiden	7
20. 12. 1944	Anweisung 1/44 des Produktionsausschusses Ledererzeugung (Haargewinnung in Ledererzeugenden Betrieben)	7

Gartenbauwirtschaft

Anordnung Nr. 21

der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft betr. Änderung der Anordnung Nr. 26/43 über Höchstpreise für angebaute Heil- und Gewürzpflanzen

Vom 23. Dezember 1944

Auf Grund der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 27. August 1939¹⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 1521), der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Brotaufstrichmitteln, Speisezwiebeln und Gewürzen vom 7. September 1939²⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 1731, 1952) und des § 4 der Verordnung über den Zusammenschluß der deutschen Gartenbauwirtschaft vom 21. Oktober 1936³⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 911) wird mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichskommissars für die Preisbildung und des Reichsbauernführers angeordnet:

Die nachstehend aufgeführten Ziffern der Anordnung Nr. 26/43 betr. Höchstpreise für angebaute Heil- und Gewürzpflanzen vom 19. August 1943 (RNVbl. S. 355) werden wie folgt geändert:

¹⁾ RNVbl. S. 635. ²⁾ RNVbl. S. 671. ³⁾ RNVbl. S. 550.

II, Abs. 1

Preisgestaltung für Fenchel

Für Fenchel werden je 100 kg folgende Erzeugerhöchstpreise ab Hof des Erzeugers festgesetzt:

- | | |
|---|--------|
| a) Traumelfenchel (Kammfenchel), handgepflückt | 250 RM |
| b) Strohfenchel, Maschinendrusch, Qualität I . . . | 210 RM |
| c) Strohfenchel, Maschinendrusch, Qualität II . . . | 180 RM |
| d) Unreifer Fenchel, sog. Blütenfenchel | 50 RM |
| e) Fenchelstroh | 9 RM |
| f) Fenchelspreu, grob | 10 RM |
| g) Fenchelspreu, mittelfein | 12 RM |
| h) Fenchelspreu, fein | 18 RM |

Die Preise zu 1a und 1b gelten nur für großkörnigen, gesunden und in der Farbe einwandfreien Fenchel mit mindestens 99,5 vH Reinheit und höchstens 12,5 vH Feuchtigkeit. Für Ware geringerer Qualität sind entsprechende Abzüge vorzunehmen.

V, Abs. 1

Preisgestaltung für Eibischwurzeln

Für Eibischwurzeln und -blätter werden folgende Erzeugerhöchstpreise je 100 kg ab Hof des Erzeugers festgesetzt:

- | | |
|---|--------|
| a) für getrocknete geschälte Ware | 350 RM |
| b) für ungetrocknete (frische) geschälte Ware . . . | 120 RM |

- c) für ungetrocknete ungeschälte Ware 80 RM
d) für Eibischblätter (trocken) 210 RM

VIII, Abs. 1

Preisgestaltung für sonstige Heil- und Gewürzpflanzen

Bezüglich der Preise für:

- Estragon, aromatische, deutsche Sorte, aus
Stecklingen gezogen, höchstens 50 cm
hoch, frisch 40 RM
Kamillenblüten, angebaute echte und römische,
gefüllte 800 RM

Diese Anordnung tritt am siebenten Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 23. Dezember 1944.

Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft
In Vertretung
Sievert

Bekanntmachung

der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft betr. Preisbildung für Gemüsekonserven

Vom 8. September 1944

Mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichskommissars für die Preisbildung und des Reichsbauernführers erhöhe ich den Höchstrohware-Einstandspreis für geputzten Rosenkohl der Ernte 1944 in der Anlage zu meiner Anordnung Nr. 4/44 betr. Preisbildung für Gemüsekonserven vom 4. April 1944 (RNVbl. S. 102) von 45 RM auf 55 RM je 100 kg frei Fabrik.

Berlin, den 8. September 1944.

Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft
Im Auftrag
Krause

Bekanntmachung

der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft zur 3. Ausführungsbestimmung zur Anordnung Nr. 5/43 betr. Bewirtschaftung von Gewürzen

Vom 22. Dezember 1944

Mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsbauernführers hebe ich den Absatz 1 der 3. Ausführungsbestimmung zur Anordnung Nr. 5/43 betr. Bewirtschaftung von Gewürzen vom 20. Dezember 1943 (RNVbl. 1944 S. 3) mit Wirkung ab 1. Januar 1945 auf.

Großbezugscheine, Bezugscheine und Berechtigungsscheine für Majoran sind ab 1. Januar 1945 wieder in voller Höhe zu beliefern.

Berlin, den 22. Dezember 1944.

Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft
In Vertretung
Sievert

Bekanntmachung

der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft zur Anordnung Nr. 102 der Hauptvereinigung der deutschen Garten- und Weinbauwirtschaft betr. Regelung des Absatzes von Erzeugnissen des Blumen- und Zierpflanzenbaues für das Marktgebiet Dortmund

Vom 23. Dezember 1944

Die Anordnung Nr. 102 betr. Regelung des Absatzes von Erzeugnissen des Blumen- und Zierpflanzenbaues für das Marktgebiet Dortmund vom 7. Oktober 1936 (RNVbl. S. 504) wird bis auf Widerruf außer Kraft gesetzt.

Berlin, den 23. Dezember 1944.

Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft
In Vertretung
Sievert

Getreide- und Futtermittelwirtschaft**Bekanntmachung**

der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft betr. Festsetzung der Verarbeitungsquoten der Roggen- und Weizenmühlen

Vom 18. Dezember 1944

I.

Die Verarbeitungsquoten für die Roggen- und Weizenmühlen werden, mit Ausnahme der Roggen- und Weizenmühlen im Getreidewirtschaftsverband Alpen- und Donauland (vgl. II), gemäß Ziff. 4 der Anordnung vom 15. Juli 1938¹⁾ betr. Regelung der Verarbeitung der Roggen- und Weizenmühlen wie folgt festgesetzt:

1. Die Verarbeitungsquoten betragen für den Monat Januar 1945 für die Mühlen, die ein Grundkontingent von mehr als insgesamt 500 t Roggen und Weizen haben, 9 vH des Roggengrundkontingentes und 7 vH des Weizengrundkontingentes.
2. Den Mühlen, die ein Grundkontingent bis einschließlich insgesamt 500 t Roggen und Weizen haben, werden für die drei Monate Januar, Februar und März 1945 25 vH des Roggengrundkontingentes und 22 vH des Weizengrundkontingentes zur Vermahlung freigegeben. Die Aufteilung dieser Verarbeitungsquoten auf die einzelnen Monate bleibt den Mühlen überlassen.
3. Für Mühlen, die ein Grundkontingent von mehr als 500 t Roggen und Weizen insgesamt haben und denen auf An-

trag Vierteljahresquoten bewilligt worden sind, werden für die drei Monate Januar, Februar und März 1945

20 vH des Roggengrundkontingentes und

12 vH des Weizengrundkontingentes

zur Vermahlung freigegeben. Die Aufteilung dieser Verarbeitungsquoten auf die einzelnen Monate bleibt den Mühlen überlassen. Der Verkauf der anfallenden Erzeugnisse darf jedoch nur im Rahmen der jeweils geltenden Monatsquoten erfolgen.

II.

Die Monatsverarbeitungsquoten für die Roggen- und Weizenmühlen im Getreidewirtschaftsverband Alpen- und Donauland werden gemäß Ziff. 2 Abs. 2 der Anordnung der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft vom 21. Dezember 1939²⁾ betr. vorläufige Regelung der Verarbeitung der Roggen- und Weizenmühlen in der Ostmark wie folgt festgesetzt:

1. Die Monatsverarbeitungsquoten betragen für den Monat Januar 1945 165 vH der Monatsgrundquote in Roggen und 100 vH der Monatsgrundquote in Weizen.
2. Für Mühlen, denen auf Antrag Vierteljahresquoten bewilligt worden sind, werden für die drei Monate Januar, Februar und März 1945 450 vH der Monatsgrundquote in Roggen und 250 vH der Monatsgrundquote in Weizen zur Vermahlung freigegeben. Die Aufteilung dieser Verarbeitungsquoten auf die einzelnen Monate bleibt den Mühlen überlassen. Der Verkauf der anfallenden Erzeugnisse darf jedoch nur im Rahmen der jeweils geltenden Monatsquoten erfolgen.

¹⁾ RNVbl. S. 325

²⁾ RNVbl. S. 891.

III.

Auf Grund meiner Anordnung vom 1. Juli 1944¹⁾ betr. Bestimmungen für das Getreidewirtschaftsjahr 1944/45 haben die Mühlen, die im Besitz eines Weizengrundkontingentes sind bzw. über eine Monatsgrundquote in Weizen verfügen, Gerste zu vermahlen, sofern Gerste für diesen Zweck zur Verfügung steht.

1. Zur Vermahlung von Gerste werden neben den Weizenverarbeitungsquoten, die in reinem Weizen auszunutzen sind, die folgenden Sonderquoten festgesetzt:

a) für die Mühlen zu Ziff. I Abs. 1 (Mühlen des Altreichs mit einem Gesamtgrundkontingent über 500 t und Monatsquoten) für den Monat Januar 1945

1 vH des Weizengrundkontingentes,

b) für die Mühlen zu Ziff. I Abs. 2 (Mühlen des Altreichs mit einem Gesamtgrundkontingent bis 500 t) für die Monate Januar, Februar und März 1945

3 vH des Weizengrundkontingentes,

c) für die Mühlen zu Ziff. I Abs. 3 (Mühlen des Altreichs mit einem Gesamtgrundkontingent über 500 t und Vierteljahresquoten) für die Monate Januar, Februar und März 1945

2 vH des Weizengrundkontingentes,

d) für die Mühlen zu Ziff. II Abs. 1 (Mühlen des Getreidewirtschaftsverbandes Alpen- und Donauland mit Monatsquoten) für den Monat Januar 1945

15 vH der Weizenmonatsgrundquote,

e) für die Mühlen zu Ziff. II Abs. 2 (Mühlen des Getreidewirtschaftsverbandes Alpen- und Donauland mit

¹⁾ RNVbl. S. 223.

Vierteljahresquoten) für die Monate Januar, Februar und März 1945

30 vH der Weizenmonatsgrundquote.

2. Den Vierteljahresmühlen zu Ziff. I Abs. 2 und 3 sowie Ziff. II Abs. 2 bleibt die Aufteilung der Sonderquoten auf die einzelnen Monate überlassen. Der Verkauf der anfallenden Gerstenmahlerzeugnisse darf von den Vierteljahresmühlen zu Ziff. I Abs. 3 und Ziff. II Abs. 2 nur im Rahmen der Sonderquoten vorgenommen werden, die für die Mühlen mit Monatsquoten festgesetzt sind.

IV.

Lohn- und Umtauschmüllerei, soweit diese nach den bestehenden Vorschriften statthaft ist, wird auf die Verarbeitungsquoten angerechnet.

Lohnvermahlungen einer Mühle für eine andere Mühle werden auf die Verarbeitungsquoten der Mühle angerechnet, die den Mahlauftrag erteilt hat.

V.

Gemäß § 73 der Anordnung vom 1. Juli 1944 (Bestimmungen für das Getreidewirtschaftsjahr 1944/45) gelten die Anweisungen der vorstehenden Ziff. I, III und IV für die Mühlen des Altreichs, denen an Stelle des Grundkontingentes eine Verarbeitungsanweisung erteilt wurde, entsprechend.

Berlin, den 18. Dezember 1944.

Der Vorsitzende

der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft

In Vertretung

Wuttke

Bodenrecht

Achte Verordnung

zum Schutz gefährdeten landwirtschaftlichen Grundbesitzes im Reichsgau Sudetenland sowie in den in die Reichsgaue Niederdonau und Oberdonau und den in die Länder Preußen und Bayern eingegliederten sudeten-deutschen Gebieten

Vom 20. Dezember 1944
(Reichsgesetzbl. I S. 352)

Auf Grund der Verordnung über die Durchführung des Vierjahresplans in den sudetendeutschen Gebieten vom 10. Oktober 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1392) verordne ich folgendes:

§ 1

Die Verordnung zum Schutz gefährdeten landwirtschaftlichen Grundbesitzes in den sudetendeutschen Gebieten vom 12. November 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1581) in der Fassung der Verordnungen vom 9. Oktober 1939¹⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 2013), vom 4. Oktober 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 1330), vom 20. September 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 580), vom 18. September 1942²⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 557), vom 30. September 1943³⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 562) und vom 30. Dezember 1943⁴⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 6) bleibt bis zur Beendigung des Krieges in Kraft.

§ 2

Den Zeitpunkt des Außerkrafttretens bestimmt der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Berlin, den 20. Dezember 1944.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan

Göring

Reichsmarschall

Verordnung

über den Verkehr mit landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Grundstücken in den eingegliederten Ostgebieten

Vom 21. Dezember 1944
(Reichsgesetzbl. I S. 354)

Auf Grund des § 8 des Erlasses des Führers über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete vom 8. Oktober 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 2042) wird im Einvernehmen mit den beteiligten Obersten Reichsbehörden verordnet:

§ 1

Vom 1. Januar 1945 ab gelten nach Maßgabe der §§ 2 ff. dieser Verordnung in den eingegliederten Ostgebieten

1. die Bekanntmachung über den Verkehr mit landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Grundstücken (Grundstückverkehrsbekanntmachung) vom 26. Januar 1937¹⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 35),
2. die Zweite Verordnung zur Ergänzung des Gesetzes zur Änderung der Bekanntmachung über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken vom 25. März 1938²⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 361).

§ 2

(1) Dem Erfordernis der Genehmigung unterliegt abweichend von § 1 der Grundstückverkehrsbekanntmachung der Verkehr mit land- oder forstwirtschaftlichen Grundstücken von 1 ha aufwärts.

(2) Das Erfordernis der Genehmigung nach der Grundstückverkehrsbekanntmachung entfällt, wenn das Grundstück zu einem Vermögen gehört, das auf Grund der Verordnung über die Behandlung von Vermögen der Angehörigen des ehe-

¹⁾ RNVbl. S. 773. ²⁾ RNVbl. S. 443. ³⁾ RNVbl. S. 445. ⁴⁾ RNVbl. 1944 S. 42. ¹⁾ RNVbl. S. 84. ²⁾ RNVbl. S. 147.

maligen polnischen Staates vom 17. September 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 1270) beschlagnahmt ist.

(3) Erstreckt sich das Genehmigungsverfahren auch oder ausschließlich auf forstwirtschaftliche Grundstücke, so ist vor Erteilung oder Versagung der Genehmigung auch die zuständige Forstbehörde zu hören.

§ 3

Genehmigungsbehörde nach § 10 der Grundstücksverkehrs-bekanntmachung ist der Landrat, in Stadtkreisen der Oberbürgermeister. Über Beschwerden nach § 7 der Grundstückverkehrs-bekanntmachung entscheidet der Regierungspräsident.

§ 4

(1) Das Erfordernis der Genehmigung entfällt bei Ausübung des Vorkaufsrechts nach Maßgabe der §§ 5 bis 11 dieser Verordnung.

(2) Die Genehmigungsbehörde entscheidet über die Genehmigung erst dann, wenn auf die Ausübung des Vorkaufsrechts verzichtet oder die Frist für die Ausübung abgelaufen ist. Nach Erteilung der Genehmigung ist die Ausübung des Vorkaufsrechts ausgeschlossen.

§ 5

(1) Das Großdeutsche Reich, vertreten durch den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, hat ein Vorkaufsrecht auf alle Grundstücke oder Grundstücksteile, soweit ihre Veräußerung nach Maßgabe der §§ 1 bis 3, 12 dieser Verordnung der Genehmigung nach der Grundstückverkehrs-bekanntmachung bedarf.

(2) Das Vorkaufsrecht wird von der für den Bereich der Genehmigungsbehörde örtlich zuständigen Dienststelle des Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums ausgeübt.

§ 6

(1) Das Vorkaufsrecht hat den Vorrang vor allen anderen Vorkaufsrechten. Er erstreckt sich auch auf das mitverkaufte Zubehör. Es bedarf der Eintragung in das Grundbuch nicht.

(2) Die Ausübung des Vorkaufsrechts ist ausgeschlossen, wenn der Eigentümer das Grundstück oder den Grundstücksteil an seinen Ehegatten oder an eine Person verkauft, die mit ihm in gerader Linie verwandt oder verschwägert oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt ist.

§ 7

(1) Die nach der Grundstückverkehrs-bekanntmachung zuständigen Genehmigungsbehörden haben alle zur Erteilung der Genehmigung bei ihnen eingehenden Kaufverträge der für ihren Bereich örtlich zuständigen Dienststelle des Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums zur Erklärung über die Ausübung des Vorkaufsrechts zuzuleiten.

(2) Die Frist zur Ausübung des Vorkaufsrechts beträgt sechs Wochen von dem Tage ab, an dem der Vorkaufsberechtigte Kenntnis von dem Vertragsinhalt erhält. Das Vorkaufsrecht wird durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Eigentümer des Grundstücks ausgeübt. Der Vorkaufsberechtigte setzt die Genehmigungsbehörde von seiner Entschliebung in Kenntnis. Innerhalb der Frist ist der Vorkaufsberechtigte befugt, das Grundstück durch Beauftragte besichtigen zu lassen.

§ 8

(1) Mit der Ausübung des Vorkaufsrechts kommt der Kauf zwischen dem Vorkaufsberechtigten und dem Veräußerer zustande; er bedarf nicht der Genehmigungen, die in der Ersten Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Sicherung der Reichsgrenze und über Vergeltungsmaßnahmen vom 17. August 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 905) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 623) und der Verordnung vom 19. September 1943 (Reichsgesetzbl. I S. 543) und im Gesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 659) in der Fassung des Gesetzes vom 27. September 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1246) vorgeschrieben sind, ferner nicht der Unbedenklichkeitsbescheinigung der Preisbehörde nach der Verordnung vom 7. Juli 1942 (Reichsgesetzbl. I S. 451).

(2) Vereinbarungen zwischen den bisherigen Vertragsteilen, durch die der Kauf von der Nichtausübung des Vorkaufsrechts abhängig gemacht oder dem Verpflichteten für den Fall der Ausübung des Vorkaufsrechts der Rücktritt vorbehalten wird oder die in anderer Weise auf die Vereitelung oder Beeinträchtigung des Vorkaufsrechts gerichtet sind, sind dem Vorkaufsberechtigten gegenüber unwirksam.

(3) Die §§ 508 und 1098 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind entsprechend anzuwenden.

§ 9

(1) Hat der Vorkaufsberechtigte von seinem Recht zunächst keinen Gebrauch gemacht, so kann er das Vorkaufsrecht gleichwohl noch ausüben, wenn die Preisbehörde nachträglich das vereinbarte Entgelt beanstandet und der Veräußerer sich dem Erwerber gegenüber mit einer Herabsetzung des Preises einverstanden erklärt oder zur Erteilung des Einverständnisses rechtskräftig verurteilt wird. Die Vorschriften über das Vorkaufsrecht (§§ 5 bis 8) finden in diesem Falle mit der Maßgabe Anwendung, daß die neue Frist zur Ausübung des Vorkaufsrechts vier Wochen beträgt und mit dem Zeitpunkt beginnt, in dem der Vorkaufsberechtigte von der Erklärung des Einverständnisses oder von der Rechtskraft des Urteils Kenntnis erhält.

(2) Das gleiche gilt, wenn die Parteien unter Herabsetzung des Entgelts einen neuen Vertrag schließen.

(3) Liegt der zwischen den bisherigen Vertragsteilen vereinbarte Kaufpreis aus besonderen Gründen unterhalb des Betrages, der dem Verkäufer bei einem freihändigen Verkauf nach den gesetzlichen Bestimmungen höchstens zugebilligt werden kann, so hat der Vorkaufsberechtigte im Streitfalle den von der Preisbehörde zu bestimmenden Kaufpreis zu entrichten.

§ 10

Ist in dem Vertrage eine Nebenleistung vereinbart, die der Vorkaufsberechtigte zu entrichten außerstande ist, so hat der Vorkaufsberechtigte statt der Nebenleistung ihren Wert zu entrichten. Läßt sich die Nebenleistung nicht in Geld schätzen, so hat der Verkäufer dem Vorkaufsberechtigten gegenüber insoweit keine Ansprüche.

§ 11

Die Vorschriften über das Vorkaufsrecht gelten sinngemäß bei anderen Verträgen, die auf die Veräußerung eines Grundstücks gegen Entgelt gerichtet sind, mit Ausnahme von Tauschverträgen, ferner im Falle der Zwangsversteigerung und bei freihändiger Veräußerung durch den Konkursverwalter. Der Zuschlag darf nicht vor Ablauf der im § 7 Abs. 2 bezeichneten Frist erteilt werden, es sei denn, daß der Vorkaufsberechtigte sein Recht vorher ausgeübt oder dem Vollstreckungsgericht gegenüber erklärt hat, es nicht ausüben zu wollen.

§ 12

Für Rechtsgeschäfte über land- oder forstwirtschaftliche Grundstücke, für die eine Genehmigung nach der Verordnung zur Sicherung des geordneten Aufbaus der Wirtschaft der eingegliederten Ostgebiete — Aufbauverordnung — vom 31. Januar 1940³⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 255) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Oktober 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 638) und der Verordnung vom 22. Dezember 1942 (Reichsgesetzbl. I S. 737) beim Inkrafttreten dieser Verordnung beantragt war, gelten die Vorschriften der Aufbauverordnung.

§ 13

Die Vorschriften der Aufbauverordnung vom 31. Januar 1940 treten, soweit sie den Verkehr mit land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken über 1 ha betreffen, unbeschadet der Vorschrift des § 12 mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung außer Kraft.

§ 14

Die zur Durchführung und Ergänzung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft im Einvernehmen mit den beteiligten Obersten Reichsbehörden.

Berlin, den 21. Dezember 1944.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft

Mit der Führung der Geschäfte beauftragt

H. Backe

Der Reichsminister des Innern

In Vertretung

Dr. Stuckart

³⁾ RNvbl. S. 77.

Wirtschaftsrecht

Verordnung

über das Ausscheiden von Genossen aus Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften

Vom 28. Dezember 1944
(Reichsgesetzbl. I S. 356)

Auf Grund des § 4 Abs. 2 der Verordnung über weitere Maßnahmen auf dem Gebiet des Handelsrechts während des Krieges vom 4. Oktober 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 1337) verordne ich:

§ 1

(1) Ist die vom Gericht geführte Liste der Genossen infolge kriegsbedingter Umstände zerstört oder nicht erreichbar, so gilt ein Genosse auch dann als auf Grund der §§ 65 bis 68 des Genossenschaftsgesetzes mit dem Schluß des Geschäftsjahres ausgeschieden, wenn die sein Ausscheiden begründende

Tatsache zu diesem Zeitpunkt noch nicht in die Liste der Genossen eingetragen ist. § 18 Abs. 2 der Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete des Rechts der Handelsgesellschaften und der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 4. September 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1694) ist sinngemäß anzuwenden.

(2) Ob die Liste infolge kriegsbedingter Umstände zerstört oder nicht erreichbar ist und wie lange dieser Zustand andauert, entscheidet das Registergericht durch unanfechtbaren Beschluß.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 29. Dezember 1944 in Kraft.

Berlin, den 28. Dezember 1944.

Der Reichsminister der Justiz

In Vertretung
Klemm

Kriegsernährungswirtschaft

Erlaß

des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft betr. Hausschlachtungen; Anbringung von Sperrvermerken bei Nichterfüllung der Ablieferungsverpflichtungen

Vom 7. Dezember 1944

Die gegenwärtige Kriegslage zwingt dazu, mit allen Mitteln die Voraussetzungen für die Ernährung des Volkes und für die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber der Wehrmacht zu schaffen. In meinem Rundschreiben an die Landesbauernführer vom 24. September 1944 habe ich daher gefordert, daß von allen Betrieben in erster Linie die restlose und frühzeitige Ablieferung des Brotgetreides sowie die Erfüllung der ihnen auferlegten Ablieferungskontingente für Kartoffeln, Gerste und Hafer verlangt werden muß. Ich habe damit eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß die Erfüllung der Ablieferungsverpflichtungen bei Getreide und Kartoffeln der Erfüllung der Marktschweineumlagen unbedingt vorangeht. Es muß also von jedem landwirtschaftlichen Betrieb erwartet werden, daß er seine Ablieferungsverpflichtungen erfüllt hat, wenn er seine Ansprüche als Selbstversorger geltend macht. Sollten sich einzelne dieser Pflicht zu entziehen versuchen, so sind die Landesbauernschaften durch das als Anlage beigefügte Schreiben des Reichsbauernführers ermächtigt worden, durch die Abteilung A der Ernährungsämter mittels Sperrvermerk Hausschlachtungen derartiger Antragsteller zu unterbinden. Ich bestimme daher, daß Sperrvermerke auf Antrag der Abteilung A auch einzutragen sind, wenn die Ablieferungsverpflichtungen für Getreide und Kartoffeln nicht oder nicht fristgerecht erfüllt worden sind. Die Bestimmungen zu Abschnitt XII meines Runderlasses vom 11. Juli 1944*) — II A 12 — 2200 II — betr. Hausschlachtungen; Selbstversorger mit Fleisch und Fett (außer Butter) sind sinngemäß anzuwenden.

Berlin, den 7. Dezember 1944.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft

In Vertretung
Riecke

*) RNvbl. S. 323.

Anlage

Der Reichsbauernführer Berlin SW 11, den 20. Oktober 1944
Akt.-Z.: III C 110 Dessauer Str. 26

Schnellbrief!

An die Landesbauernschaften und Gaubauernschaften

Betr.: Ablieferungen von Getreide und Kartoffeln — Genehmigung zur Hausschlachtung.

Nach den Hausschlachtungserlassen des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 10. Juli 1944 — II A 12

— 2200 — und vom 11. Juli 1944 — II A 12 — 2200 II — sind die Kreisbauernschaften (Ernährungsamt Abt. A) berechtigt, diejenigen landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Selbstversorger der Gruppen A und B dem Ernährungsamt, Abt. B, zu melden, bei denen ein Sperrvermerk für die Genehmigung von Hausschlachtungen vorzunehmen ist. Solche Sperrvermerke waren für diejenigen Fälle vorgesehen, in denen die Erfüllung der festgesetzten Marktschweineumlagen nicht ausreichend gesichert erscheint.

Mit Schreiben vom 24. August 1944 hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Reichsbauernführer nachdrücklichst darauf hingewiesen, daß die Erfüllung der Ablieferungsverpflichtungen bei Getreide und Kartoffeln der Erfüllung der Marktschweineumlagen unbedingt voranzustellen ist. Hieraus ergibt sich, daß auch die Erfüllung der geforderten Marktleistungen an Getreide und Kartoffeln zur Voraussetzung der Erteilung einer Hausschlachtungsgenehmigung gemacht werden kann. Im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ermächtige ich die Landesbauernschaften daher, Sperrvermerke für die Genehmigung von Hausschlachtungen auch dann anbringen zu lassen, wenn bestimmte Ablieferungsleistungen an Getreide und Kartoffeln zum jeweiligen Zeitpunkt des Schlachtantrages nicht erfüllt sind, oder wenn eine spätere volle Erfüllung der Ablieferungsforderungen nicht gesichert erscheint. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat die Landesernährungsämter entsprechend angewiesen.

Ich bitte, dafür zu sorgen, daß die Verweigerung der Hausschlachtung auf solche Fälle beschränkt bleibt, in denen besonders schwerwiegende Verstöße gegen die Ablieferungsverpflichtungen vorliegen. Diese Fälle müssen beispielhaft wirken, ohne daß durch eine Verallgemeinerung des Verfahrens seine Wirksamkeit gefährdet wird.

Heil Hitler!

Im Auftrag
Zschirnt

Erlaß

des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft betr. Hausschlachtungen; Belassung von überschießenden Mengen durch Verlängerung der Anrechnungszeit

Vom 8. Dezember 1944

In meinem Erlaß vom 10. Juli 1944¹⁾ — II A 12 — 2200 — habe ich vorgeschrieben, daß der Verkauf von Fleisch oder Erzeugnissen aus Hausschlachtungen vom Ernährungsamt anzuordnen ist, wenn die Anrechnung größere überschießende Mengen über die dem Selbstversorgerhaushalt zustehende Gesamtmenge ergibt. Unter den augenblicklichen Verhältnissen bestehen für die gewerblichen Betriebe erhebliche Schwierigkeiten, die aus Hausschlachtungen abzugebenden Fleisch-

1) RNvbl. S. 315.

mengen aufzunehmen. Hinzu kommt, daß dieses Fleisch, soweit es nicht anderen Selbstversorgern zugeteilt oder von gewerblichen Betrieben am Ort abgenommen werden kann, an einen Marktort verbracht werden muß; unter den heutigen Verhältnissen muß aber jeder nicht unbedingt notwendige Transport vermieden werden. Bei der Anwendung der Bestimmungen des Abschnittes XI Abs. 1 meines Erlasses vom 10. Juli 1944 ist daher wie folgt zu verfahren:

I.

Das Ernährungsamt (Kartenausgabestelle) hat von der im Abschnitt XI des Hausschlachtungserlasses vom 10. Juli 1944 vorgeschriebenen Anordnung des Verkaufes überschüssiger Mengen abzusehen, wenn dieser Verkauf dadurch vermieden werden kann, daß dem Selbstversorgerhaushalt bis zu 10 kg je Person über 6 Jahre und bis zu 5 kg für jedes Kind unter 6 Jahren belassen werden. In diesem Falle verlängert sich die Anrechnungszeit bis zu 13 Wochen. Bei landwirtschaftlichen Selbstversorgern ist dann in Spalte 2 der Schlachtkarte der entsprechende Endtermin — spätestens der 10. Februar 1946 — (statt des 11. November 1945) einzutragen. Für nichtlandwirtschaftliche Selbstversorger ist in diesem Falle die Anrechnungszeit von 52 Wochen um längstens 13 Wochen bis zu 65 Wochen zu verlängern.

Beispiel:

Zahl der zu versorgenden Personen . . .	4 Personen
zustehende Gesamtmenge für 52 Wochen	160 kg
geschlachtet 2 Schweine	195 kg
abzugeben nach bisheriger Regelung . .	35 kg
zustehende Menge für weitere 13 Wochen,	
4 Personen zu je 10 kg	40 kg
Da die Menge von 35 kg im Rahmen der	
Einschlachtungsmenge für 13 weitere	
Wochen liegt, ist eine Abgabe nicht mehr	
erforderlich.	

Verbleibt jedoch trotz dieser Erhöhung der Jahreseinschlachtungsmenge doch noch eine größere überschüssige Menge, so ist von der vorstehenden Regelung abzusehen und die Abgabe derjenigen überschüssigen Menge anzuordnen, die sich bei einer Jahreseinschlachtungsmenge von 40 kg bzw. 20 kg und einer Anrechnungszeit von 52 Wochen gemäß Erlaß vom 10. Juli 1944 ergibt.

Beispiel:

Zahl der zu versorgenden Personen . . .	2 Personen
zustehende Gesamtmenge für 52 Wochen	80 kg
geschlachtet 1 Schwein	110 kg
abzugeben nach bisheriger Regelung . .	30 kg
zustehende Menge für weitere 13 Wochen,	
2 Personen zu je 10 kg	20 kg
Da eine Abgabe von Fleisch durch die	
Verlängerung der Anrechnungszeit um	
weitere 13 Wochen nicht vermieden wird,	
muß die Anrechnungszeit auf 52 Wochen	
beschränkt bleiben und die Abgabe von	
30 kg Fleisch erfolgen.	

II.

Vielfach verbleibt bei landwirtschaftlichen Selbstversorgern bei Hausschlachtungen im Winterhalbjahr eine gewisse Restmenge, die gewöhnlich durch nachträgliche Schlachtung im Sommer oder gegen Ende des Hausschlachtungsjahres ausgenutzt wird. Um auch die Einschlachtung solcher Restmengen schon im laufenden Winterhalbjahr zu ermöglichen, bin ich damit einverstanden, wenn in diesen Fällen der Gesamtbedarf für 65 Wochen, also bis zum 10. Februar 1946 (statt bis zum 11. November 1945), der Anrechnung zugrunde gelegt wird. Bei einer solchen Hausschlachtung muß jedoch ebenfalls die Abgabe überschüssiger Mengen vermieden werden, so daß die Hausschlachtungsgenehmigung nur erteilt werden darf, wenn dem Antragsteller ein Schlachtschwein zur Hausschlachtung im entsprechenden Gewicht zur Verfügung steht.

Beispiele:

a) Zahl der zu versorgenden Personen . .	6 Personen
zustehende Gesamtmenge bis 11. Novem-	
ber 1945	240 kg
davon ausgenutzt lt. Schlachtkarte . . .	140 kg
noch nicht ausgenutzte Menge des Haus-	
schlachtungsjahres 1944/45	100 kg
zulässige Mehreinschlachtung für weitere	
13 Wochen, 6 Personen bis zu je 10 kg	60 kg
zusammen	160 kg

Diese 160 kg können durch Schlachtung eines weiteren Schweines zum einheitlichen Anrechnungsgewicht (Gebiet I) bis zum Gewicht von 140 kg ausgenutzt werden.

b) Zahl der zu versorgenden Personen . .	3½ Personen
zustehende Gesamtmenge bis 11. Novem-	
ber 1945	140 kg
davon ausgenutzt lt. Schlachtkarte . . .	120 kg
noch nicht ausgenutzte Menge des Haus-	
schlachtungsjahres 1944/45	20 kg
zulässige Mehreinschlachtung für weitere	
13 Wochen, 3½ Personen bis zu je	
10 kg	35 kg
zusammen	55 kg

Da durch Schlachtung eines weiteren Schlachtschweines die Höchstmenge von 55 kg weit überschritten würde, also doch eine Abgabe erfolgen müßte, darf eine Verlängerung der Anrechnungszeit bis zu 13 Wochen nicht vorgenommen werden.

III.

Die auf Grund dieser Regelung von landwirtschaftlichen Selbstversorgern eingeschlachteten Mengen sind als in Anspruch genommen in Spalte 10 der Schlachtkarte für 1944/45 einzutragen. Am Ende des laufenden Hausschlachtungsjahres (11. November 1945) ist die Menge, die über die zustehende Gesamtmenge für 1944/45 hinausgeht, als ausgenutzt auf der Schlachtkarte für das Hausschlachtungsjahr 1945/46 vorzutragen.

IV.

Im Gegensatz zu dem vorstehenden Verfahren bei den landwirtschaftlichen Selbstversorgern muß bei den nichtlandwirtschaftlichen Selbstversorgern das Ende der Anrechnungszeit auf Grund des festgestellten Anrechnungsgewichtes ermittelt werden. Da die dem Hausschlachtungserlaß vom 11. Juli 1944 beiliegende Tabelle II jedoch nicht das Ablesen der Anrechnungszeiten bis zu 65 Wochen gestattet, wird als Anlage eine entsprechend erweiterte Aufstellung der Wochen vom 12. November 1945 bis 23. Juni 1946 beigelegt.

V.

Die Bestimmungen dieses Erlasses treten mit sofortiger Wirkung in Kraft. Am 4. März 1945 treten sie wieder außer Kraft.

Berlin, den 8. Dezember 1944.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft

In Vertretung des Staatssekretärs

Dr. Moritz

2) RNVB. S. 323.

Anlage

Ergänzungstabelle zur Tabelle II
des Hausschlachtungserlasses vom 11. Juli 1944

— II A 12 — 2200 II —

Zuteilungs- periode	Woche vom / bis	Zahl der Wochen ab 12. 11. 1945 bis 23. 6. 1946
82	12. 11. bis 18. 11. 1945	1
	19. 11. bis 25. 11. 1945	2
	26. 11. bis 2. 12. 1945	3
	3. 12. bis 9. 12. 1945	4
83	10. 12. bis 16. 12. 1945	5
	17. 12. bis 23. 12. 1945	6
	24. 12. bis 30. 12. 1945	7
	31. 12. 1945 bis 6. 1. 1946	8
84	7. 1. bis 13. 1. 1946	9
	14. 1. bis 20. 1. 1946	10
	21. 1. bis 27. 1. 1946	11
	28. 1. bis 3. 2. 1946	12
85	4. 2. bis 10. 2. 1946	13
	11. 2. bis 17. 2. 1946	14
	18. 2. bis 24. 2. 1946	15
	25. 2. bis 3. 3. 1946	16
86	4. 3. bis 10. 3. 1946	17
	11. 3. bis 17. 3. 1946	18
	18. 3. bis 24. 3. 1946	19
	25. 3. bis 31. 3. 1946	20

Zuteilungs- periode	Woche vom / bis	Zahl der Wochen ab 12. 11. 1945 bis 23. 6. 1946
87	1. 4. bis 7. 4. 1946	21
	8. 4. bis 14. 4. 1946	22
	15. 4. bis 21. 4. 1946	23
	22. 4. bis 28. 4. 1946	24
88	29. 4. bis 5. 5. 1946	25
	6. 5. bis 12. 5. 1946	26
	13. 5. bis 19. 5. 1946	27
	20. 5. bis 26. 5. 1946	28
89	27. 5. bis 2. 6. 1946	29
	3. 6. bis 9. 6. 1946	30
	10. 6. bis 16. 6. 1946	31
	17. 6. bis 23. 6. 1946	32

Beispiel für die Anwendung der Ergänzungstabelle

Ein nichtlandwirtschaftlicher Selbstversorger-
haushalt von **3 Personen**
schlachtet ein Schwein zum einheitlichen An-
rechnungsgewicht von **140 kg**
Nach Spalte „3 Personen“ der Tabelle II beträgt
die Anrechnungszeit für 140 kg **62 Wochen**
Schlachtung erfolgt am **3. 2. 1945**
danach Beginn der Anrechnungszeit **5. 2. 1945**
Die Tabelle II gestattet nur das Ablesen von . . **40 Wochen**
bis zum **11. 11. 1945**
Der Endtermin der restlichen **22 Wochen**
ist von der Ergänzungstabelle abzulesen. Nach
der Spalte „Zahl der Wochen“ (22 Wochen)
endet die Anrechnungszeit am **14. 4. 1946**

Preisüberwachung und Preisbildung

Verordnung
über die Aufhebung der Verordnung über Preise für
geschälte und ungeschälte Weiden

Vom 7. Dezember 1944
(Reichsgesetzbl. I S. 344)

Auf Grund des Gesetzes zur Durchführung des Vierjahres-
plans — Bestellung eines Reichskommissars für die Preisbildung
— vom 29. Oktober 1936*) (Reichsgesetzbl. I S. 927) wird mit

*) RNVbl. S. 554.

Zustimmung des Beauftragten für den Vierjahresplan ver-
ordnet:

Die Verordnung über Preise für geschälte und ungeschälte
Weiden vom 10. Juni 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1021) und die
Verordnung zur Änderung der Verordnung über Preise für ge-
schälte und ungeschälte Weiden vom 28. August 1941 (Reichs-
gesetzbl. I S. 541) treten am 7. Dezember 1944 außer Kraft.

Berlin, den 7. Dezember 1944.

Der Reichskommissar für die Preisbildung
Fischböck

Verschiedenes

Anweisung 1/44
des Produktionsausschusses Ledererzeugung
(Haargewinnung in ledererzeugenden Betrieben)

Vom 20. Dezember 1944
(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 285 vom 27. Dezember 1944)

Auf Grund der Verordnung über den Warenverkehr in der
Fassung vom 11. Dezember 1942 (Reichsgesetzbl. I S. 686)
wird gemäß § 3 Abs. 1 Ziff. 1 und § 7 der Anordnung II/44 des
Produktionsbeauftragten für Lederwirtschaft vom 15. Oktober
1944 (Deutscher Reichsanz. und Preuß. Staatsanz. Nr. 235 vom
19. Oktober 1944) mit Zustimmung des Produktionsbeauftragten
für Lederwirtschaft und im Einvernehmen mit dem Reichs-
beauftragten für Textilwirtschaft folgendes angeordnet:

§ 1
Haarerhaltung

Ledererzeugende Betriebe sind verpflichtet, die Haare von

- Kalbfellen,
- Rindhäuten,
- Schweinehäuten,
- Häuten und Fellen von Einhufern,
- Ziegen-, Zickel- und Wildfellen

in einem für die Weiterverarbeitung dieser Haare brauchbaren
Zustand zu gewinnen.

§ 2
Meldepflicht

(1) Ledererzeugende Betriebe sind verpflichtet, den Anfall
an diesen Haaren der Arbeitsgemeinschaft Wolle in der von
dieser vorgeschriebenen Form zu melden.

(2) Hinsichtlich der Veräußerung, Bearbeitung und Ver-
arbeitung dieser Tierhaare gelten die Vorschriften der An-
ordnung I/43 der Reichsstelle für Textilwirtschaft (Bewirt-
schaftung von Spinnstoffen, Gespinsten und Spinnstoffwaren)
vom 21. Dezember 1942 und der Anordnung Nr. 4 zur Ergä-
nzung und Durchführung der Anordnung I/43 der Reichsstelle
für Textilwirtschaft (Bewirtschaftung von Tierhaaren) vom
gleichen Tag (Deutscher Reichsanz. u. Preuß. Staatsanz. Nr. 304
vom 29. Dezember 1942).

§ 3
Ausnahmen

Der Produktionsausschuß Ledererzeugung kann Ausnahmen
von den Vorschriften dieser Anweisung zulassen.

§ 4
Strafvorschriften

Zuwiderhandlungen gegen diese Anweisung werden nach
den §§ 10, 12 bis 15 der Verordnung über den Warenverkehr
bestraft. Das Antragsrecht gemäß § 14 sowie das Ordnungs-
strafrecht gemäß § 15 dieser Verordnung werden vom Reichs-
beauftragten für Lederwirtschaft wahrgenommen.

§ 5
Inkrafttreten und Geltungsbereich

Diese Anweisung tritt am siebenten Tage nach ihrer Ver-
kündung in Kraft. Sie gilt auch in den eingegliederten Ost-
gebieten.

Berlin, den 20. Dezember 1944.

Der Leiter des Produktionsausschusses Ledererzeugung
Wilhelm Möhlenbeck

Dr. Ernst Meulemann:

**Die öffentlich-rechtliche
Schiedsgerichtsbarkeit des Reichsnährstandes
und seiner Zusammenschlüsse**

Das Buch behandelt kurz das Wesen der landwirtschaftlichen Marktordnung, schildert den Aufbau und die Aufgaben der Schiedsgerichte für die landwirtschaftliche Marktordnung und zeigt dann an Beispielen aus der Praxis den Gang der Verfahren vor diesen Gerichten.

Es ist nicht nur ein Buch für den Juristen, sondern auch für den Bauern und Landwirt

131 Seiten

2,— RM

Erscheinungsjahr 1939

**REICHSNÄHRSTANDSVERLAG
(1) BERLIN**

Die Reichspachtschutzordnung

vom 30. Juli 1940

Von Dr. E. Sauer und Dr. H. Weißer

- Dieses Buch ist ein wertvolles Hilfsmittel in der Hand von Pächtern, Verpächtern, Sachverständigen und Behörden. Alle einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, wie Ausführungsbestimmungen und Dienstanordnungen, Einheitspachtverträge, Pachtleistungsrichtlinien u. a., sind darin zusammengestellt und unter Berücksichtigung der Zielsetzung der agrarpolitischen Führung erläutert.

2. Aufl., 444 Seiten, Halbleinen RM 8,40.

REICHSNÄHRSTANDSVERLAG (1) BERLIN

Unsere Schriftenreihe für die Praxis

**ARBEITEN
DES REICHSNÄHRSTANDES**

Bisher erschienen 75 Bände mit einer
Gesamtauflagenhöhe von fast
einer Million

Behandelte Gebiete:

Ackerbau
Viehzucht und -pflege
Bauen auf dem Lande
Technik in der Landwirtschaft
Garten- und Weinbau
Hauswirtschaft
Wirtschaftsfragen

Weitere Bände sind in Vorbereitung

Diese Fachblätter unterstützen alle landwirtschaftlich Tätigen bei der Erfüllung ihrer kriegswichtigen Aufgaben in Haus und Hof

REICHSNÄHRSTANDSVERLAG (1) BERLIN

Dr. Rudolf Habeck:

**Erzeugung und Bewirtschaftung
inländischer Schafwolle
und Angorakaninwolle**

Eine wichtige Neuerscheinung für Schaf- und Angorakaninzüchter und die wollverarbeitende Industrie. Das Buch berichtet über die Entwicklung und Handhabung der Bewirtschaftung dieser volkswirtschaftlich wertvollen Rohstoffe, bringt darüber hinaus alle Bestimmungen, Erlasse, Anordnungen und Durchführungsverordnungen auf dem Gebiete der Erzeugung, Bewirtschaftung und Marktregelung, erläutert die Grundgedanken und Ziele der getroffenen Maßnahmen und ist damit der Praxis in Zweifelsfällen ein wertvolles Nachschlagewerk.

88 Seiten

2,10 RM

REICHSNÄHRSTANDSVERLAG (1) BERLIN



VERKÜNDUNGSBLATT des Reichsnährstandes

B

(abgekürzt RNVbl.)

Erscheinen nach Bedarf. Bezug durch die Postanstalten. — Verlag: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin N 4, Linienstraße 139—140. Fernsprecher: 41 66 51. Postscheckkonto: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin 1006 71. Bankkonto: Bank für Landwirtschaft, Berlin SW 11, Dessauer Straße 26. Schriftleitung: Berlin SW 11, Dessauer Straße 26. Fernsprecher: 19 55 41.

Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich RM 4,05 (einschl. 14,01 Rpf. Postzeitungsgebühr und 7,2 Rpf. Postverpackungsgebühr) und 28 Rpf. Bestellgeld. Ausland RM 1,35 und Porto. Einzelbezug jeder — auch jeder älteren — Nummer bis zu 8 Seiten 15 Rpf. u. Porto, über 8 Seiten erfolgt Berechnung nach Umfang. Bei größeren Bestellungen 10 bis 60 vH Preisermäßigung.

1945**Ausgegeben zu Berlin, den 13. Januar****Nr. 2**

Datum	Inhalt	Seite
10. 1. 1945	Anordnung des Reichsbauernführers betr. Zahl und Gebiete der Milch-, Fett- und Eierwirtschaftsverbände (MWV)	9
9. 1. 1945	Anordnung des Reichsbauernführers betr. Angliederung des Landesverbandes der Tierversicherungsvereine Oberschlesien e. V., Sosnowitz (O.-S.)	9
4. 1. 1945	Anordnung Nr. 1/45 der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft betr. Belieferung der Bäcker, Konditoren, Süßwarenhersteller, Brotfabriken, Gaststätten- und Beherbergungsbetriebe mit Brotaufstrichmitteln	10
3. 1. 1945	Anordnung Nr. A 50 der Hauptvereinigung der deutschen Milch-, Fett- und Eierwirtschaft über die Ablieferung von Milch, Landbutter, Zentrifugen und Butterfässern	10
29. 12. 1944	Bekanntmachung über die Übernahmepreise für Branntwein für das Betriebsjahr 1944/45	11*
29. 12. 1944	Bekanntmachung betr. Abschlag zur Berechnung des Branntweinaufschlags	11
29. 12. 1944	Anordnung über die Aufhebung meiner Anordnung über die Erhebung einer Gebühr zur Förderung der Schweineenthäutung	11
29. 12. 1944	Zweite Anordnung zur Änderung der Dritten Anordnung über die Preise für im Inland anfallende Zahmschweinshäute	12

Anordnungen des Reichsbauernführers

Anordnung des Reichsbauernführers betr. Zahl und Gebiete der Milch-, Fett- und Eierwirtschaftsverbände (MWV.)

Vom 10. Januar 1945

Auf Grund gesetzlicher Ermächtigung (Anm.) ordne ich mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft an:

I.

(1) Von dem Gebiet des Milch-, Fett- und Eierwirtschaftsverbandes Rheinland-Westfalen wird das Gebiet der Landesbauernschaft Westfalen abgetrennt. Für das Gebiet der Landesbauernschaft Westfalen wird ein Milch-, Fett- und Eierwirtschaftsverband Westfalen mit dem Sitz in Unna gebildet.

(2) Der auf die Gebiete der Landesbauernschaften Rheinland und Moselland beschränkte Milch-, Fett- und Eierwirtschaftsverband Rheinland-Westfalen erhält die Gebietsbezeichnung „Rheinland“ und verlegt seinen Sitz nach Bonn.

Anm.: § 2 Abs. 2 der Verordnung über den Zusammenschluß der deutschen Milch- und Fettwirtschaft vom 29. Juli 1938¹⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 957) in der Fassung vom 11. Mai 1943²⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 303).

¹⁾ RNVbl. S. 387.

²⁾ RNVbl. S. 188.

II.

Diese Anordnung tritt am siebenten Tage nach der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 10. Januar 1945.

Der Reichsbauernführer

In Vertretung

Behrens

Anordnung des Reichsbauernführers betr. Angliederung des Landesverbandes der Tierversicherungsvereine Oberschlesien e. V., Sosnowitz (O.-S.)

Vom 9. Januar 1945

Gemäß § 9 der Ersten Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom 8. Dezember 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 1060) gliedere ich den Landesverband der Tierversicherungsvereine Oberschlesien e. V., Sosnowitz (O.-S.), Marktstraße 12, an den Reichsnährstand an.

Die Anordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 9. Januar 1945.

Der Reichsbauernführer

In Vertretung

Behrens

Gartenbauwirtschaft

Anordnung Nr. 1/45

der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft betr. Belieferung der Bäcker, Konditoren, Süßwarenhersteller, Brotfabriken, Gaststätten- und Beherbergungsbetriebe mit Brotaufstrichmitteln

Vom 4. Januar 1945

Auf Grund gesetzlicher Ermächtigung (Anm.) wird mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsbauernführers angeordnet:

Anm.: § 4 der Verordnung über den Zusammenschluß der deutschen Gartenbauwirtschaft vom 21. Oktober 1936*) (Reichsgesetzbl. I. S. 911), § 8 der Satzung der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft vom 6. Februar 1937 (RNvbl. S. 77).

*) RNvbl. S. 550.

§ 1

Die Zuteilung von Brotaufstrichmitteln an Bäcker, Konditoren und Brotfabriken wird eingestellt. Soweit die Anordnung Nr. 3/41 vom 6. Januar 1941 (RNvbl. S. 10) Vorschriften über die Zuteilung von Brotaufstrichmitteln an Bäcker, Konditoren und Brotfabriken enthält, werden diese hiermit aufgehoben.

§ 2

Diese Anordnung tritt am Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 4. Januar 1945.

**Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft**

In Vertretung
Siefert

Milch-, Fett- und Eierwirtschaft

Anordnung Nr. A 50

der Hauptvereinigung der deutschen Milch-, Fett- und Eierwirtschaft über die Ablieferung von Milch, Landbutter, Zentrifugen und Butterfässern

Vom 3. Januar 1945

Auf Grund gesetzlicher Ermächtigung (Anm.) ordne ich mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsbauernführers an:

§ 1

Sämtliche Kuhhalter sind verpflichtet, die gewonnene Milch an den Be- oder Verarbeitungsbetrieb (Milchsammelstelle, Molkerei, Käserei, Dauermilchwerk) abzuliefern, zu deren Einzugsgebiet sie gehören. Die Einzugsgebiete ergeben sich aus den Anordnungen der Wirtschaftsverbände. Soweit ein Einzugsgebiet nicht festgelegt oder keine sonstige Regelung getroffen worden ist, ist die Milch an den nächstgelegenen Be- oder Verarbeitungsbetrieb abzuliefern.

§ 2

(1) Soweit Kuhhalten infolge großer Entfernung von einem Be- oder Verarbeitungsbetrieb oder einer Milchfuhr die Milchablieferung nicht zuzumuten ist, kann der Wirtschaftsverband ihnen auf Antrag genehmigen, die Milch zu entrahmen, zu verbuttern oder Butterschmalz herzustellen. Die Genehmigung muß schriftlich erteilt werden.

(2) Die auf diese Weise gewonnenen Erzeugnisse sind von den Kuhhaltern an die vom Wirtschaftsverband bestimmten Betriebe oder Stellen abzuliefern.

(3) Die noch gültigen Genehmigungen zur Rahmablieferung oder Landbutterherstellung bleiben in Kraft, sofern der Wirtschaftsverband nichts anderes bestimmt.

§ 3

Die Ablieferungspflicht von Milch, Rahm, Landbutter oder Butterschmalz umfaßt auch die Anfuhr an die Molkerei oder Sammelstelle. Erschwernisse in der Anfuhr entbinden nicht von der Ablieferungspflicht.

§ 4

Der Wirtschaftsverband kann einzelne Milcherzeuger ermächtigen oder anweisen, Milch, Rahm, Landbutter oder Butterschmalz an Verteiler oder Verbraucher abzugeben.

Anm.: Die Anordnung ergeht auf Grund der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 27. August 1939*) (Reichsgesetzbl. I S. 1521), der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Milch, Milcherzeugnissen, Ölen und Fetten vom 7. September 1939*) (Reichsgesetzbl. I S. 1719) und der Verordnung über den Zusammenschluß der deutschen Milch-, Fett- und Eierwirtschaft vom 29. Juli 1938*) (Reichsgesetzbl. I S. 957) in der Fassung der Verordnung vom 11. Mai 1943*) (Reichsgesetzbl. I S. 303).

*) RNvbl. S. 635. *) RNvbl. S. 668. *) RNvbl. S. 387. *) RNvbl. S. 188.

§ 5

(1) Die Betriebe dürfen als Selbstversorger diejenigen Milch- und Buttermengen zur Deckung ihres eigenen Bedarfs einbehalten, die ihnen durch Erlaß des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und anderer bewirtschaftender Stellen zuerkannt sind.

(2) Die zur Selbstversorgung freigegebene Milch darf weder verbuttert noch zur Herstellung anderer Milcherzeugnisse (z. B. Schlagrahm oder Käse) verwendet werden.

(3*) Selbstversorger dürfen die ihnen oder ihren zur Selbstversorgung berechtigten Haushaltsangehörigen im Rahmen der für die Selbstversorgung geltenden Bestimmungen zum eigenen Verbrauch zustehenden Milch- und Buttermengen nicht verkaufen. Ausgenommen sind Verkäufe an diejenigen Abnehmer, an die diese Erzeugnisse auf Grund des Erlasses des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft oder der Anordnungen der bewirtschaftenden Stellen verkauft werden müssen oder verkauft werden dürfen. Dem Verkauf stehen gleich der Tausch sowie das Überlassen der Erzeugnisse gegen eine gewerbliche oder berufliche nichtlandwirtschaftliche Arbeits- oder Dienstleistung.

§ 6

Milchsammelstellen, Buttersammler und Landbuttersammelstellen sind verpflichtet, die angelieferten Erzeugnisse an die Be- oder Verarbeitungsbetriebe oder Bezirksammelstellen, denen sie angeschlossen sind, weiterzuleiten. An Verbraucher dürfen diese Erzeugnisse nur mit Genehmigung des Wirtschaftsverbandes abgegeben werden.

§ 7

(1) Die in § 1 genannten Betriebe und Landbuttersammelstellen sind verpflichtet, jede Verletzung der Ablieferungspflicht sofort dem für den Erzeugerbetrieb zuständigen Wirtschaftsverband zu melden.

(2) Die in Abs. 1 genannten Betriebe haben die Belege für den Nachweis der an Milch- oder Rahmlieferer zurückgegebenen Butter sorgfältig aufzubewahren.

§ 8

Kuhhalter dürfen entrahmte Milch nur in den für den eigenen landwirtschaftlichen Betrieb und die dazugehörigen Selbstversorger benötigten Mengen zurücknehmen. Eine Weitergabe entrahmter Frischmilch oder aus ihr gewonnener Erzeugnisse ist nur entsprechend § 5 Abs. 3 statthaft.

§ 9

(1) Alle Kuhhalter, die keine Genehmigung zur Herstellung von Landbutter haben, und alle Personen, die als Selbstver-

*) Vgl. Erlaß des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 22. Dezember 1943 (RNvbl. 1944 S. 39).

sorger Milch oder Butter erhalten, sind verpflichtet, die in ihrem Besitz befindlichen Butterfässer und Zentrifugen abzuliefern.

(2) Kuhhalter, die eine Genehmigung zur Ablieferung von Rahm haben, sind verpflichtet, die in ihrem Besitz befindlichen Butterfässer abzuliefern.

(3) Die Gegenstände sind in einem ordnungsmäßigen und lagerfähigen Zustand sowie mit einem Anhängeschild, auf dem der Name des Eigentümers steht, abzuliefern. Die Wirtschaftsverbände erteilen die näheren Weisungen.

§ 10

Verstöße gegen diese Anordnung werden nach den geltenden Bestimmungen bestraft.

§ 11

(1) Diese Anordnung tritt am 1. Oktober 1944 in Kraft. § 9 gilt nicht in den Wirtschaftsverbänden Danzig-Westpreußen und Wartheland.

(2) Gleichzeitig treten folgende Anordnungen der Hauptvereinigung außer Kraft:

- a) Nr. A 3 betr. Ablieferung der vom Milcherzeuger hergestellten Butter (Landbutter) vom 1. September 1939 (RNVbl. S. 622);
- b) Nr. A 5 betr. Milchablieferungspflicht vom 6. September 1939 (RNVbl. S. 641);
- c) Nr. A 15 betr. Selbstversorger mit Milch, Milcherzeugnissen und Speiseöl vom 30. November 1939 (RNVbl. S. 835);
- d) Nr. A 28 betr. Durchführung der Milchablieferungspflicht vom 9. April 1941 (RNVbl. S. 136).

Berlin, den 3. Januar 1945.

Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Milch-, Fett-
und Eierwirtschaft
Dr. Zweigler

Wein- und Trinkbranntweinwirtschaft

Bekanntmachung

über die Übernahmepreise für Branntwein für das Betriebsjahr 1944/45

Vom 29. Dezember 1944

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 3 vom 4. Januar 1945)

In Ergänzung meiner Bekanntmachung vom 6. Oktober 1944*) — V 7103—3052/1a — (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 228 vom 11. Oktober 1944 — Reichszollblatt Nr. 39 Seite 183)

1. erhöhe ich den Zuschlag zum Grundpreis unter II 2a dieser Bekanntmachung für den aus **eigengebauten** Zuckerrüben hergestellten Branntwein von 14 RM auf 18 RM, für den aus **zugekauften** Zuckerrüben hergestellten Branntwein von 16 RM auf 20 RM

für das Hektoliter Weingeist,

2. gewähre ich den landwirtschaftlichen und gewerblichen Kartoffelbrennereien, die **Zuckerschnitzel** verarbeiten, neben dem Zuschlag gemäß vorstehender Ziff. 1 einen weiteren Zuschlag bis zu 12 RM

für das Hektoliter Weingeist.

Dieser Zuschlag wird nicht gewährt, wenn besonders verbilligte Zuckerrübenschnitzel verarbeitet werden. In diesen Fällen ermäßigt sich der Zuschlag zum Grundpreis nach Ziff. 1 für das Hektoliter Weingeist.

Berlin, den 29. Dezember 1944.

Reichsmonopolverwaltung für Branntwein

Wolf

*) RNVbl. S. 401.

Bekanntmachung

betr. Abschlag zur Berechnung des Branntweinaufschlags

Vom 29. Dezember 1944

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 3 vom 4. Januar 1945)

Auf Grund von § 79 Abs. 1 des Gesetzes über das Branntweinmonopol in Verbindung mit § 221 der Brennereiorde wird der besondere Abschlag vom regelmäßigen Verkaufspreis zur Berechnung des Branntweinaufschlags für ein Hektoliter Weingeist wie folgt festgesetzt:

1. Bei Branntwein, der unter Abfindung oder der in Verschlusskleinbrennereien mit einer Jahreserzeugung bis zu vier Hektoliter Weingeist hergestellt ist,
 - a) ausschließlich aus Steinobst, Beeren oder Enzian-RM wurzeln auf 200
 - b) aus anderen Stoffen auf 100
2. bei Branntwein aus Verschlusskleinbrennereien mit einer Jahreserzeugung über vier Hektoliter Weingeist und bei Branntwein, der in Brennereien mit Brennrecht innerhalb des Brennrechts hergestellt ist, auf 50

Danach beträgt vom 1. Februar 1945 ab der Branntweinaufschlag je Hektoliter Weingeist

zu 1 a	500
zu 1 b	600
zu 2	650

Im Protektorat Böhmen und Mähren zahlen Stoffbesitzer, ebenso Obstverschlussbrennereien, die nur selbstgewonnene Obststoffe verarbeiten, für die ersten fünfzig Liter Weingeist ihrer Jahreserzeugung an Branntweinaufschlag statt 500 RM: 325 RM und statt 600 RM: 425 RM je Hektoliter Weingeist.

Berlin, den 29. Dezember 1944.

Reichsmonopolverwaltung für Branntwein

— Reichsmonopolamt —

Wolf

Preisüberwachung und Preisbildung

Anordnung

über die Aufhebung meiner Anordnung über die Erhebung einer Gebühr zur Förderung der Schweineenthäutung

Vom 29. Dezember 1944

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 4 vom 5. Januar 1945)

Auf Grund des § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Durchführung des Vierjahresplans — Bestellung eines Reichskommissars für die Preisbildung — vom 29. Oktober 1936¹⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 927) ordne ich an:

¹⁾ RNVbl. S. 554. ²⁾ RNVbl. S. 616.

§ 1

Die Anordnung über die Erhebung einer Gebühr zur Förderung der Schweineenthäutung vom 2. November 1940²⁾ (Deutscher Reichsanz. und Preuß. Staatsanz. Nr. 260 vom 5. November 1940) in der Fassung der Zweiten Anordnung zur Änderung der Anordnung über die Erhebung einer Gebühr zur Förderung der Schweineenthäutung vom 15. April 1942 (Deutscher Reichsanz. und Preuß. Staatsanz. Nr. 93 vom 22. April 1942) wird aufgehoben.

§ 2

Die Anordnung tritt am 1. Januar 1945 in Kraft.

Berlin, den 29. Dezember 1944.

Der Reichskommissar für die Preisbildung

Fischböck

**Zweite Anordnung
zur Änderung der Dritten Anordnung über Preise
für im Inland anfallende Zahmschweinhäute**

Vom 29. Dezember 1944
(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 4 vom 5. Januar 1945)

Auf Grund des § 9 der Verordnung über die Bildung von Preisen und Entgelten auf dem Gebiete der Lederwirtschaft (Lederpreisverordnung) vom 29. April 1937¹⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 553) wird angeordnet:

§ 1

Der § 4 der Dritten Anordnung über Preise für im Inland anfallende Zahmschweinhäute vom 15. April 1940²⁾ (Deutscher Reichsanz. und Preuß. Staatsanz. Nr. 91 vom 18. April 1940)

¹⁾ RNVbl. S. 553. ²⁾ RNVbl. S. 183.

in der Fassung der Anordnung zur Änderung der Dritten Anordnung über Preise für im Inland anfallende Zahmschweinhäute vom 2. November 1940³⁾ (Deutscher Reichs- und Preuß. Staatsanz. Nr. 260 vom 5. November 1940) erhält folgende Fassung:

„Beim Verkauf durch einen Großhändler oder eine Häuteverwertung an Verarbeiter darf auf die in § 1 Abs. 1 unter I bis III festgesetzten Preise ein Zuschlag von 0,12 RM je Kilogramm und auf die für Eberfelle festgesetzten Preise ein Zuschlag von 0,06 RM je Kilogramm berechnet werden. Weitere Zuschläge sind nicht zulässig.“

§ 2

Die Anordnung tritt am 1. Januar 1945 in Kraft.
Berlin, den 29. Dezember 1944.

Der Reichskommissar für die Preisbildung
Fischböck

³⁾ RNVbl. S. 616.

Unsere Schriftenreihe für die Praxis

ARBEITEN DES REICHSNÄHRSTANDES

Bisher erschienen 75 Bände mit einer
Gesamtauflagenhöhe von fast
einer Million

Behandelte Gebiete:

Ackerbau
Viehzucht und Pflege
Bauen auf dem Lande
Technik in der Landwirtschaft
Garten- und Weinbau
Hauswirtschaft
Wirtschaftsfragen

Weitere Bände sind in Vorbereitung

Diese Fachbücher unterstützen alle landwirtschaftlich Tätigen bei der Erfüllung ihrer kriegswichtigen Aufgaben in Haus und Hof

REICHSNÄHRSTANDSVERLAG (1) BERLIN

Dr. Rudolf Habeck:

Erzeugung und Bewirtschaftung inländischer Schafwolle und Angorakaninwolle

Eine wichtige Neuerscheinung für Schaf- und Angorakaninzüchter und die wollverarbeitende Industrie. Das Buch berichtet über die Entwicklung und Handhabung der Bewirtschaftung dieser volkswirtschaftlich wertvollen Rohstoffe, bringt darüber hinaus alle Bestimmungen, Erlasse, Anordnungen und Durchführungsverordnungen auf dem Gebiete der Erzeugung, Bewirtschaftung und Marktregelung, erläutert die Grundgedanken und Ziele der getroffenen Maßnahmen und ist damit der Praxis in Zweifelsfällen ein wertvolles Nachschlagewerk.

88 Seiten

2,10 RM

REICHSNÄHRSTANDSVERLAG (1) BERLIN

**B**

VERKÜNDUNGSBLATT des Reichsnährstandes

(abgekürzt RNVbl.)

Erscheinen nach Bedarf. Bezug durch die Postanstalten. — Verlag: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin N 4, Lindenstraße 139—140. Fernsprecher: 41 66 51. Postscheckkonto: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin 1006 71. Bankkonto: Bank für Landwirtschaft, Berlin SW 11, Dessauer Straße 26. Schriftleitung: Berlin SW 11, Dessauer Straße 26. Fernsprecher: 19 55 41.

Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich RM 4,05 (einschl. 14,01 Rpf. Postzeitungsgebühr und 7,2 Rpf. Postverpackungsgebühr) und 28 Rpf. Bestellgeld. Ausland RM 1,35 und Porto. Einzelbezug jeder — auch jeder älteren — Nummer bis zu 8 Seiten 15 Rpf. u. Porto, über 8 Seiten erfolgt Berechnung nach Umfang. Bei größeren Bestellungen 10 bis 60 vH Preisermäßigung.

1945**Ausgegeben zu Berlin, den 22. Januar****Nr. 3**

Datum	Inhalt	Seite
10. 1. 1945	Anordnung des Reichsbauernführers betr. Verordnung über die Verkündung von Anordnungen und Festsetzungen des Reichsnährstandes	13
30. 12. 1944	Verordnung zur achten Änderung des Biersteuergesetzes	13
6. 1. 1945	Bekanntmachung der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft zur Anordnung Nr. 3/44 betr. Anbau- und Lieferungsverträge vom 4. April 1944	14

Anordnung des Reichsbauernführers

Anordnung des Reichsbauernführers betr. Verordnung über die Verkündung von Anordnungen und Festsetzungen des Reichsnährstandes

Vom 10. Januar 1945

Auf Grund des § 2 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung über die Verkündung von Anordnungen und Festsetzungen des Reichsnährstandes vom 19. Dezember 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 1272) ordne ich an:

§ 1

(1) Anordnungen, die nicht für das ganze Reichsgebiet gelten, werden verkündet

- a) durch Abdruck im Wochenblatt der Landesbauernschaft oder
- b) durch Anschlag an der Gemeindefafel. Auf den Inhalt dieser Anordnungen ist im Wochenblatt der Landesbauernschaft kurz hinzuweisen,

c) durch Anschlag am schwarzen Brett von Märkten und marktähnlichen Veranstaltungen.

(2) Anordnungen brauchen nicht allgemein verkündet zu werden, wenn sie dem Betroffenen schriftlich mitgeteilt oder von ihm unterschriftlich anerkannt werden.

§ 2

Die 46. Anordnung des Verwaltungsamtsführers betr. Verkündungsblatt der Landesbauernschaften vom 24. Januar 1935 (RNVbl. S. 85) wird aufgehoben.

§ 3

Diese Anordnung tritt am siebenten Tage nach der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 10. Januar 1945.

Der Reichsbauernführer
In Vertretung
Behrens

Brauwirtschaft

Verordnung zur achten Änderung des Biersteuergesetzes

Vom 30. Dezember 1944
(Reichsgesetzbl. I S. 4)

Ich verordne auf Grund des Abschnitts I Abs. 2 des Erlasses des Führers über den totalen Kriegseinsatz vom 25. Juli 1944 (Reichsgesetzbl. I S. 161) im Einvernehmen mit dem Reichsminister und Chef der Reichskanzlei, dem Leiter der Partei-Kanzlei und dem Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung:

§ 1

§ 16 Satz 1 des Biersteuergesetzes vom
28. März 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 110)
2. November 1943 (Reichsgesetzbl. I S. 651)

wird durch die folgenden Vorschriften ersetzt:

„Inhaber von Brauereien, in denen in einem Rechnungsjahr nicht mehr als 1000 Hektoliter Bier hergestellt werden, werden abgefunden. Auf abgefundene Brauer werden § 2 Abs. 1, § 5, § 6 Abs. 1 und § 8 nicht angewendet. Das Hauptzollamt kann Ausnahmen zulassen; es kann Brauer von der Abfindung ausschließen.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. April 1945 in Kraft.

Berlin, den 30. Dezember 1944.

Der Reichsminister der Finanzen
In Vertretung
Reinhardt

Gartenbauwirtschaft

Bekanntmachung der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft zur Anordnung Nr. 3/44 betr. Anbau- und Lieferungsverträge vom 4. April 1944

Vom 6. Januar 1945

Mit Zustimmung des Reichskommissars für die Preisbildung und des Reichsbauernführers bestimme ich:

Die Anlage 9 der Anordnung Nr. 3/44 betr. Anbau- und Lieferungsverträge vom 4. April 1944 (RNVbl. S. 97) wird in Abschnitt I A Ziffer 4, 5 und 9 wie folgt geändert:

4. Herbstkohl

(sogen. September-Kohl) B- und E-Vertrag.

In den Gebieten der Gartenbauwirtschaftsverbände:

	je 100 kg RM
Schleswig-Holstein (außer Hamburg und Lauenburg)	2,60
Weser-Ems	3,50
Mecklenburg, Niedersachsen, Pommern (Basten Stralsund und Stettin), Rheinland und die schleswig-holsteinischen Gebiete Hamburg und Lauenburg	4,—
Westfalen	4,50
Baden, Danzig-Westpreußen, Hessen-Nassau, Kurhessen, Nieder- und Oberschlesien, Pommern (ohne Basten Stralsund und Stettin), Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Wartheland, Westmark, Württemberg	5,50
Bayern, Donau-Alpenland, Kärnten, Kurmark, Ostpreußen, Steiermark, Sudetenland	6,—

5. Platten Holsteiner Kohl und Dauersorten ab 15. Oktober

in den Gebieten der Gartenbauwirtschaftsverbände:

	je 100 kg RM
Schleswig-Holstein	3,30
Mecklenburg, Niedersachsen, Pommern (Basten Stralsund und Stettin), Weser-Ems	4,70
Rheinland, Westfalen	5,20
Baden, Danzig-Westpreußen, Hessen-Nassau, Kurhessen, Nieder- und Oberschlesien, Pommern (ohne Basten Stralsund und Stettin), Sachsen, Sachsen-Anhalt, Sudetenland, Thüringen, Wartheland, Westmark, Württemberg	6,20
Bayern, Kurmark und Niederdonau	6,70
Kärnten, Oberdonau, Ostpreußen, Salzburg, Steiermark und Tirol	7,20

Die Preise zu 4 und 5 gelten vom 1. September ab in den aufgeführten Gebieten auch für den Frischmarkt. Die Preise erhöhen sich ab 21. November zur Abgeltung der Ein- und Auslagerungskosten um 0,60 RM je 100 kg und für je weitere volle 7 Tage um 0,60 RM je 100 kg Lagerungskostenzuschlag.

9. Mohrrüben, lange Sorten (außer gelben Sorten)

	C- u. E-Vertrag je 100 kg RM
ab 1. August	9,50
ab 15. August	6,—

Die Preise des A-Gebiets gelten auch für den Frischmarkt für die 1. Baubezirke in den Gebieten der Gartenbauwirtschaftsverbände Kurmark, Mecklenburg, Niedersachsen, Niederschlesien, Rheinland, Sachsen-Anhalt und BAST-Bezirke Leipzig, Schleswig-Holstein, Thüringen (Altenburg), Wartheland, Westmark.

Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 10. Januar 1945 in Kraft.

Berlin, den 6. Januar 1945.

**Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft**

In Vertretung
Siefert



VERKÜNDUNGSBLATT des Reichsnährstandes

B

(abgekürzt RNVbl.)

Erscheinen nach Bedarf. Bezug durch die Postanstalten. — Verlag: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin N 4, Linienstraße 139—140. Fernsprecher: 41 66 51. Postscheckkonto: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin 1006 71. Bankkonto: Bank für Landwirtschaft, Berlin SW 11, Dessauer Straße 26. Schriftwallung: Berlin SW 11, Dessauer Straße 26. Fernsprecher: 19 55 41.

Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich RM 4,05 (einschl. 17,22 Rpf. Postzeitungsgebühr und 7,04 Rpf. Postverpackungsgebühr) und 24 Rpf. Bestellgeld. Ausland RM 1,35 und Porto. Einzelbezug jeder — auch jeder älteren — Nummer bis zu 8 Seiten 15 Rpf. u. Porto, über 8 Seiten erfolgt Berechnung nach Umfang. Bei größeren Bestellungen 10 bis 60 vH Preisermäßigung.

1945**Ausgegeben zu Berlin, den 29. Januar****Nr. 4**

Datum	Inhalt	Seite
20. 12. 1944	Erlaß des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft betr. Durchführung des Kartensystems für Lebensmittel für die 72. Zuteilungsperiode vom 5. Februar bis 4. März 1945 (mit Ergänzungen für die 71. Zuteilungsperiode)	15
13. 1. 1945	Anordnung IX/44 des Reichsbeauftragten für Verpackungsmittel über die Erfassung gebrauchter Papiersäcke	16

Kriegsernährungswirtschaft

Erlaß des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft betr. Durch- führung des Kartensystems für Lebensmittel für die 72. Zuteilungsperiode vom 5. Februar bis 4. März 1945 (mit Ergänzungen für die 71. Zuteilungsperiode)

Vom 20. Dezember 1944

Erster Teil

Ergänzungen für die 71. Zuteilungsperiode

In der 71. Zuteilungsperiode werden auf die Abschnitte B 1 und B 2 der Grundkarten für über 3 Jahre alte Normalversorgungsberechtigte sowie der Ergänzungskarten SV 1 bis 6 und SV 8 je 125 g Fleisch oder Fleischwaren abgegeben.

Zweiter Teil

Festsetzung der Rationen für die 72. Zuteilungsperiode

Die Lebensmittelrationen der 71. Zuteilungsperiode gelten mit folgenden Ausnahmen auch in der 72. Zuteilungsperiode.

Fett/Fleischaustausch

Die Entscheidung darüber, ob die Ausgabe von 250 g Fleisch an Stelle von Fett auf die Abschnitte B 1 und B 2 für die über 3 Jahre alten Versorgungsberechtigten und Teilselbstversorger auch in der 72. Zuteilungsperiode noch fortgesetzt wird, bleibt vorbehalten und wird rechtzeitig vor Beginn der 72. Zuteilungsperiode bekanntgegeben. Daher enthalten die Abschnitte B 1 und B 2 auf den Grundkarten der über 3 Jahre alten Versorgungsberechtigten und auf den Ergänzungskarten der Teilselbstversorger wiederum nur die Mengenangabe von je 62,5 g, aber nicht die Angabe der Warenart.

Käse

Falls die zweite Kürzung der Käseration um 62,5 g als Restausgleich für die in der 69. Zuteilungsperiode erfolgte Fleischzuteilung (Fernschreiben vom 28. November 1944 — IIB 1—5050 —) für die 72. Zuteilungsperiode angeordnet wird, beträgt die Käseration 62,5 g. Erfolgt die Anrechnung nicht in dieser Zuteilungsperiode, so ist meine Weisung abzuwarten, ob weitere 62,5 g auf einen noch bekanntzugebenden freien Kartenabschnitt abzugeben sind.

Marmelade und Kunsthonig

Wie bereits angekündigt, erhalten die Versorgungsberechtigten im Alter von 10 bis 18 Jahren in der 72. Zuteilungsperiode 200 g Marmelade.

Nährmittel

Die Nährmittelration der über 3 Jahre alten Vollselbstversorger wird um 75 g je Zuteilungsperiode auf 175 g gekürzt.

Übrige Rationen

Folgende Erzeugnisse werden in der gleichen Menge wie in der 71. Zuteilungsperiode verteilt:

Brot, Mehl, Fleisch (Ausgleichszuteilungen an Stelle von anderen Lebensmitteln sind hierbei nicht berücksichtigt), Butter, Margarine, Schlachtfette, Quark und Vollmilch, ferner die Normalration an Marmelade (wahlweise Zucker).

Dritter Teil

Durchführungsbestimmungen und sonstige Regelungen

Erster Abschnitt

Zuckerversorgung

Die Verbraucher sind mit dem ihnen zustehenden Zucker bis zur 72. Zuteilungsperiode einschließlich versorgt (vgl. Erlaß vom 17. November 1944 — IIB 1—71 —). Ein Vorgriff auf den Zucker einer späteren Zuteilungsperiode erfolgt in der 72. Zuteilungsperiode nicht.

Zweiter Abschnitt

Kartenwesen

1. Abgabe von Nährmitteln an Vollselbstversorger

Im Hinblick auf die für über 3 Jahre alten Vollselbstversorger um 75 g gekürzte Nährmittelration (vgl. Zweiter Teil) entfallen auf den Grundkarten SV und SV Klk die Abschnitte über insgesamt 50 g Stärkeerzeugnisse sowie ein Abschnitt über 25 g Nährmittel. In den Gebieten, in denen die Nährmittelration nur aus Teigwaren besteht, entfallen die Abschnitte über insgesamt 50 g Stärkeerzeugnisse sowie ein mit „T“ gekennzeichneteter Abschnitt über 25 g Nährmittel.

2. Versorgung mit Kaffee-Ersatz

Da die Verbraucher von der ihnen in der 71. bis 75. Zuteilungsperiode insgesamt zustehenden Ration an Kaffee-Ersatz in Höhe von 750 g bereits in der 71. Zuteilungsperiode 250 g beziehen können, enthalten die Karten für die 72. und die weiteren Zuteilungsperioden Abschnitte über je 125 g Kaffee-Ersatz (vgl. Erlaß vom 17. November 1944 — IIB 1—71 —).

3. Abgabe von Vollmilch

Abs. 7 Satz 1 des Dritten Abschnittes „Neuregelung der Abgabe von Vollmilch“ des Erlasses betreffend Durchführung des Kartensystems vom 17. November 1944 — IIB 1—71 — erhält folgende Fassung:

Falls einzelne Kinder oder sonstige Personen, die Vollmilch über Haushaltsausweise beziehen, aus dem Haushalt ausscheiden, hat das Ernährungsamt bei der Abmeldung aus der Versorgung mit Lebensmitteln in dem Haushaltsausweis an der dafür vorgesehenen Stelle unterhalb der Tagesfelder die Litermenge unter Beifügung des Dienstsiegels zu vermerken, die dem um die ausscheidenden Personen verkleinerten Haushalt künftig zusteht, und die Rückrechnung bei dem Kleinverteiler unverzüglich durchzuführen.

4. Abgabe von Seifenerzeugnissen

Auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministers, dessen nähere Durchführungsbestimmungen abzuwarten sind, enthalten die Karten 72 für über 3 Jahre alte Verbraucher Abschnitte über je ein Stück Einheitsfeinseife und die Karten für Kleinstkinder bis zu 3 Jahren je einen Abschnitt über ein Stück Feinseife.

5. Papierfarben

Als Papierfarben für die 73. bis 76. Zuteilungsperiode werden bestimmt:

73. Zuteilungsperiode:	Grundkarten	blau	Nr. 84,
	Ergänzungskarten	rot	Nr. 142,
74. Zuteilungsperiode:	Grundkarten	rosa	Nr. 113,
	Ergänzungskarten	gelb	Nr. 4,
75. Zuteilungsperiode:	Grundkarten	rot	Nr. 142,
	Ergänzungskarten	blau	Nr. 84,
76. Zuteilungsperiode:	Grundkarten	gelb	Nr. 4,
	Ergänzungskarten	rosa	Nr. 113.

6. Kartenformate

Infolge der Unterbringung neuer und des Wegfalls anderer Abschnitte mußten einige Kartenformate geändert werden. Eine Zusammenstellung der in der 72. Zuteilungsperiode gültigen Kartenformate, soweit gegenüber der 71. Zuteilungsperiode eine Änderung eingetreten ist, ist aus der Anlage ersichtlich.

Dritter Abschnitt

Schlußbestimmungen

Abgabe der Bestellscheine

Die Verbraucher haben die Bestellscheine 72 für Vollmilch und für entrahmte Frischmilch in der Woche vom 29. Januar bis 3. Februar 1945 bei den Verteilern abzugeben, sofern nicht die Ernährungsämter die Abgabe auf bestimmte Tage dieser Woche beschränken.

Maternübersendung

Die gemäß den Vorschriften dieses Erlasses hergestellten Matern werden wie üblich übersandt.

Die Ernährungsämter haben die Druckmatern, die nicht für das gesamte Reichsgebiet einheitlich hergestellt werden, sofort nach ihrem Eingang auf ihre Richtigkeit zu prüfen.

Inkrafttreten

Die Bestimmungen dieses Erlasses über die Zuteilungen für die Zeit vom 5. Februar bis 4. März 1945 treten am 5. Februar 1945, die übrigen Anordnungen, soweit nichts anderes bestimmt ist, sofort in Kraft.

Die Ernährungsämter und Kartenstellen sind durch Übersendung eines Abdruckes dieses Erlasses unmittelbar zu verständigen.

Der Erlass wird im „Deutschen Reichsanzeiger“ veröffentlicht.

Berlin, den 20. Dezember 1945.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft

Im Auftrag
Dr. Moritz

Anlage

Zusammenstellung der in der 72. Zuteilungsperiode gültigen Kartenformate, soweit sie sich gegenüber der 71. Zuteilungsperiode geändert haben

	bisher		jetzt	
	Format cm	Nutzenzahl	Format cm	Nutzenzahl
Grundkarte				
Jgd . . .	21 : 14,8	16	19,7 : 14	18
SV K1st .	11,8 : 12	35	11,8 : 10,5	40
TSV K1k .	16,3 : 14,8	20	14 : 14,8	24

Verschiedenes

Anordnung IX/44

des Reichsbeauftragten für Verpackungsmittel über die Erfassung gebrauchter Papiersäcke

Vom 13. Januar 1945

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 10 vom 16. Januar 1945)

Auf Grund der Verordnung über den Warenverkehr in der Fassung vom 11. Dezember 1942 (Reichsgesetzbl. I S. 686) in Verbindung mit der Verordnung über die Einsetzung eines Reichsbeauftragten für Verpackungsmittel vom 8. Februar 1943 (Deutscher Reichs- und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 38 vom 16. Februar 1943) wird mit Zustimmung des Generalbevollmächtigten für Rüstungsaufgaben — Planungsamt —, des Reichswirtschaftsministers und des Reichskommissars für die Preisbildung angeordnet:

§ 1

(1) Papiersäcke mit Ausnahme von Papiergewebesäcken werden, um die Wiedergewinnung des Rohstoffes zu sichern, mit einem Pfand von 0,20 RM je Sack belastet.

(2) Das Pfand ist von dem Hersteller der Papiersäcke, sobald er Papiersäcke veräußert, an die Verteilungsstelle für Säcke des Reichsbeauftragten für Verpackungsmittel zu entrichten.

§ 2

(1) Hersteller von Papiersäcken sowie Lieferer von Waren, die in Papiersäcken verpackt sind, haben den Beziehern das Pfand gesondert zu berechnen.

(2) Empfänger von Papiersäcken oder von Waren, die in Papiersäcken verpackt sind, haben den berechneten Pfandbetrag an den Lieferer zu zahlen. Geben Bezieher von Papiersäcken diese an den Lieferer zurück, so haben sie gegen den Lieferer Anspruch auf Rückzahlung der Pfandbeträge.

§ 3

(1) Wenn entleerte Papiersäcke an zugelassene Reinigungsanstalten oder an Altpapierhändler abgeliefert werden, haben diese den Ablieferern die Pfandbeträge zu erstatten. Die Reinigungsanstalten haben die Beträge für die Verteilungsstelle für Säcke, die Altpapierhändler für die Reinigungsanstalten zu verauslagen. Die Reinigungsanstalten haben den Altpapierhändlern die von ihnen verauslagten Beträge bei Ablieferung der Papiersäcke zu erstatten.

(2) Die Verteilungsstelle für Säcke zahlt die verauslagten Erstattungsbeträge gegen Vorlage von Quittungen auf vorgeschriebenem Formblatt, aus denen die Zahl der abgelieferten Papiersäcke ersichtlich ist.

(3) Bezieht ein Warenempfänger Waren in geringerer Menge als 50 Sack, so kann er die entleerten Säcke auch an den Lieferer zurückgeben; dann ist dieser verpflichtet, das Pfand zu erstatten und die hierfür erforderlichen Beträge zu verauslagen.

(4) Der Anspruch des Ablieferers auf Bezahlung des Altpapierwertes des abgelieferten Sackes bleibt unberührt.

§ 4

Wer Waren in Papiersäcken liefert, hat die Abnehmer in geeigneter Form auf folgendes hinzuweisen:

„Auf jedem Papiersack lastet ein Pfand von 0,20 RM. Dieses Pfand soll die Wiedergewinnung des in den Papiersäcken verwandten Rohstoffes sichern. Es wird daher erstattet, wenn der Papiersack an eine zugelassene Reinigungsanstalt für Natronsackaltpapier oder einen Altpapierhändler abgeliefert wird.“

Reinigungsanstalten und Altpapierhändler sind verpflichtet, die Gebühr bei Ablieferung des Sackes zu erstatten.

Das Pfand ist nicht ein Teil des Warenpreises, auch nicht ein Teil der Verpackungskosten.“

§ 5

Der Reichsbeauftragte für Verpackungsmittel behält sich vor, in besonders zu begründenden Einzelfällen Ausnahmen von den Vorschriften dieser Anordnung zuzulassen. Er kann diese Befugnis auf die Verteilungsstelle für Säcke übertragen.

§ 6

Die Vorschriften dieser Anordnung gelten nicht für Säcke, auf die sich die Anordnung VIII/44 des Reichsbeauftragten für Verpackungsmittel über die Erfassung gebrauchter Düngemittelsäcke vom 15. Juni 1944 (Deutscher Reichs- und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 135 vom 16. Juni 1944) bezieht. Die Hersteller von Papiersäcken sind zur Entrichtung des Pfandes nicht verpflichtet, wenn sie Säcke an die Hersteller von Handelsdüngemitteln (Stickstoff, Phosphorsäure, Kali und Kalk) liefern.

§ 7

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung werden nach den §§ 10, 12 bis 15 der Verordnung über den Warenverkehr bestraft.

§ 8

(1) Diese Anordnung tritt am 1. Februar 1945 in Kraft; sie gilt auch in den eingegliederten Ostgebieten.

(2) Gleichzeitig tritt die Anordnung IV/43 des Reichsbeauftragten für Verpackungsmittel über die Erfassung gebrauchter Papiersäcke vom 15. November 1943 (Deutscher Reichs- und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 270 vom 18. November 1943) außer Kraft; sie gilt jedoch über diese Zeit hinaus für diejenigen Papiersäcke, die vor dem 1. Februar 1945 an die Hersteller von Zement, Kalk (ausgenommen Düngekalk), Gips und Kreide bereits geliefert sind.

Berlin, den 13. Januar 1945.

Der Reichsbeauftragte für Verpackungsmittel

Dr. Gruber

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Rudolf Laß, Berlin (z. Z. bei der Wehrmacht). Vertreter: Otto Schlosser, Berlin-Lankwitz. Verlag u. Druck: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin N 4, Lönienstr. 139—140. Verantw. Verlagsleiter: Roland Schulze, Berlin.



VERKÜNDUNGSBLATT des Reichsnährstandes

B

(abgekürzt RNVbl.)

Erscheinen nach Bedarf. Bezug durch die Postanstalten. — Verlag: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin N 4, Linienstraße 139–140. Fernsprecher: 41 66 51. Postscheckkonto: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin 1006 71. Bankkonto: Bank für Landwirtschaft, Berlin SW 11, Dessauer Straße 26. Schriftwallung: Berlin SW 11, Dessauer Straße 26. Fernsprecher: 19 55 41.

Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich RM 4,05 (einschl. 17,22 Rpf. Postzeitungsgebühr und 7,04 Rpf. Postverpackungsgebühr) und 24 Rpf. Bestellgeld. Ausland RM 1,35 und Porto. Einzelbezug jeder — auch jeder älteren — Nummer bis zu 8 Seiten 15 Rpf. u. Porto, über 8 Seiten erfolgt Berechnung nach Umfang. Bei größeren Bestellungen 10 bis 60 vH Preisermäßigung.

1945**Ausgegeben zu Berlin, den 5. Februar****Nr. 5**

Datum	Inhalt	Seite
23. 1. 1945	Bekanntmachung der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft betr. Festsetzung der Verarbeitungsquoten der Roggen- und Weizenmühlen	17
25. 1. 1945	Anordnung der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft und der Saatgutstelle betr. Bewirtschaftung von Peluschken, peluschkenartigen Futtererbsen einschl. Wintererbsen (pisum arvense), Wicken, Ackerbohnen und bitterstofffreien Lupinen für die Aussaat 1945	18
25. 1. 1945	Anordnung Nr. 83/45 der Saatgutstelle betr. Maßnahmen zur Bewirtschaftung des Saatgutes von Speiseerbsen	18

Getreide- und Futtermittelwirtschaft

Bekanntmachung der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft betr. Festsetzung der Ver- arbeitungsquoten der Roggen- und Weizenmühlen

Vom 23. Januar 1945

Die Verarbeitungsquoten für die Roggen- und Weizenmühlen werden, mit Ausnahme der Roggen- und Weizenmühlen im Getreidewirtschaftsverband Alpen- und Donauland (vgl. II), gemäß Ziff. 4 der Anordnung vom 15. Juli 1938 betreffend Regelung der Verarbeitung der Roggen- und Weizenmühlen wie folgt festgesetzt:

1. Die Verarbeitungsquoten betragen für den Monat Februar 1945 für die Mühlen, die ein Grundkontingent von mehr als insgesamt 500 t Roggen und Weizen haben,
9 vH des Roggengrundkontingentes und
7 vH des Weizengrundkontingentes.
2. Den Mühlen, die ein Grundkontingent bis einschließlich insgesamt 500 t Roggen und Weizen haben, wurden für die drei Monate Januar, Februar und März 1945
25 vH des Roggengrundkontingentes und
22 vH des Weizengrundkontingentes
zur Vermahlung freigegeben. Die Aufteilung dieser Verarbeitungsquoten auf die einzelnen Monate bleibt den Mühlen überlassen.
3. Für die Mühlen, die ein Grundkontingent von mehr als 500 t Roggen und Weizen insgesamt haben und denen auf Antrag Vierteljahresquoten bewilligt worden sind, werden die für die drei Monate Januar, Februar und März 1945 bisher festgesetzten Verarbeitungsquoten von 20 vH des Roggengrundkontingentes und 12 vH des Weizengrundkontingentes auf
25 vH des Roggengrundkontingentes und
20 vH des Weizengrundkontingentes
erhöht. Die Aufteilung dieser Verarbeitungsquoten auf die einzelnen Monate bleibt den Mühlen überlassen. Der Verkauf der anfallenden Erzeugnisse darf jedoch nur im Rahmen der jeweils geltenden Monatsquoten erfolgen.

II.

Die Monatsverarbeitungsquoten für die Roggen- und Weizenmühlen im Getreidewirtschaftsverband Alpen- und Donauland werden gemäß Ziff. 2 Abs. 2 der Anordnung der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft vom 21. Dezember 1939 betr. vorläufige Regelung der Verarbeitung der Roggen- und Weizenmühlen in der Ostmark wie folgt festgesetzt:

1. Die Monatsverarbeitungsquoten betragen für den Monat Februar 1945
165 vH der Monatsgrundquote in Roggen und
100 vH der Monatsgrundquote in Weizen.

2. Für Mühlen, denen auf Antrag Vierteljahresquoten bewilligt worden sind, wurden für die drei Monate Januar, Februar und März 1945

450 vH der Monatsgrundquote in Roggen und
250 vH der Monatsgrundquote in Weizen

zur Vermahlung freigegeben. Die Aufteilung dieser Verarbeitungsquoten auf die einzelnen Monate bleibt den Mühlen überlassen. Der Verkauf der anfallenden Erzeugnisse darf jedoch nur im Rahmen der jeweils geltenden Monatsquoten erfolgen.

3. Neben den Roggenverarbeitungsquoten werden

a) den Mühlen der vorstehenden Ziff. 1 für den Monat Februar 1945 weitere

30 vH der Monatsgrundquote in Weizen,

b) den Mühlen der vorstehenden Ziff. 2 für die Monate Februar und März 1945 ebenfalls weitere insgesamt

30 vH der Monatsgrundquote in Weizen

zur Vermahlung nur in Roggen freigegeben.

III.

Auf Grund meiner Anordnung vom 1. Juli 1944 betr. Bestimmungen für das Getreidewirtschaftsjahr 1944/45 haben die Mühlen, die im Besitz eines Weizengrundkontingentes sind bzw. über eine Monatsgrundquote in Weizen verfügen, Gerste zu vermahlen, sofern Gerste für diesen Zweck zur Verfügung steht.

1. Zur Vermahlung von Gerste wird für die Mühlen zu Ziff. I Abs. 1 (Mühlen des Altreichs mit einem Gesamtgrundkontingent über 500 t und Monatsquoten) neben der Weizenverarbeitungsquote, die in reinem Weizen auszunutzen ist, für den Monat Februar 1945 eine Sonderquote von
1 vH des Weizengrundkontingentes
festgesetzt.

2. Zur Vermahlung von Gerste wurden neben den Weizenverarbeitungsquoten, die in reinem Weizen auszunutzen sind, für die Monate Januar, Februar und März 1945 die folgenden Sonderquoten freigegeben:

a) für die Mühlen zu Ziff. I Abs. 2 (Mühlen des Altreichs mit einem Gesamtgrundkontingent bis 500 t)

3 vH des Weizengrundkontingentes,

b) für die Mühlen zu Ziff. I Abs. 3 (Mühlen des Altreichs mit einem Gesamtgrundkontingent über 500 t und Vierteljahresquoten)

2 vH des Weizengrundkontingentes,

c) für die Mühlen zu Ziff. II Abs. 2 (Mühlen des Getreidewirtschaftsverbandes Alpen- und Donauland mit Vierteljahresquoten)

30 vH der Weizenmonatsgrundquote.

3. Den Vierteljahresmühlen zu Ziff. I Abs. 2 und 3 sowie Ziff. II Abs. 2 bleibt die Aufteilung der Sonderquoten auf die einzelnen Monate überlassen.

IV.

Lohn- und Umtauschmüllerei, soweit diese nach den bestehenden Vorschriften statthaft ist, wird auf die Verarbeitungsquoten angerechnet. Lohnvermahlungen einer Mühle für eine andere Mühle werden auf die Verarbeitungsquoten der Mühle angerechnet, die den Mahlauftrag erteilt hat.

V

Gemäß § 73 der Anordnung vom 1. Juli 1944 (Bestimmungen für das Getreidewirtschaftsjahr 1944/45) gelten die Anwei-

sungen der vorstehenden Ziff. I, III und IV für die Mühlen des Altreichs, denen an Stelle des Grundkontingentes eine Verarbeitungsanweisung erteilt wurde, entsprechend.

Berlin, den 23. Januar 1945.

Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und
Futtermittelwirtschaft
In Vertretung
Wuttke

Saatgut

Anordnung

der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und
Futtermittelwirtschaft und der Saatgutstelle betr.
Bewirtschaftung von Peluschken, peluschkenartigen
Futtererbsen einschl. Wintererbsen (pisum arvense),
Wicken, Ackerbohnen und bitterstofffreien Lupinen
für die Aussaat 1945

Vom 25. Januar 1945

Auf Grund gesetzlicher Ermächtigung (Anm.) wird mit Zustimmung des Reichsbauernführers angeordnet:

§ 1

Anerkanntes Saatgut und zugelassenes Handelssaatgut von Peluschken, peluschkenartigen Futtererbsen einschl. Wintererbsen (pisum arvense), Wicken, Ackerbohnen und bitterstofffreien Lupinen darf nur zu Saat Zwecken in den Verkehr gebracht, abgegeben, bezogen und verwandt werden.

§ 2

(1) Der Verbraucher des im § 1 genannten Saatgutes mit Ausnahme von bitterstofffreien Lupinen hat aus der Ernte 1945 die gleiche Menge des bezogenen Saatgutes in Futterhülsenfrüchten abzuliefern.

(2) Die Rücklieferung kann auch mit Genehmigung der zuständigen Kreisbauernschaft in Futtergetreide erfolgen, wobei dann die doppelte Menge des bezogenen Saatgutes geliefert werden muß.

(3) Der Verbraucher von zugelassenem Handelssaatgut von bitterstofffreien Lupinen darf diese nur für Grünfütterzwecke anbauen und hat die doppelte Menge des bezogenen Saatgutes in Form von Futtergetreide zurückzuliefern.

(4) Die Rücklieferung muß an einen Erfassungsverteiler spätestens bis zum 31. Dezember 1945 erfolgt sein.

(5) Der Erfassungsverteiler ist verpflichtet, dem Verbraucher des Saatgutes für die Rücklieferungen eine Ablieferungsbescheinigung nach dem von der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft vorgeschriebenen Muster auszustellen.

§ 3

(1) Wer das im § 1 aufgeführte Saatgut an Verbraucher abgibt, hat der Kreisbauernschaft des Verbrauchers unmittelbar nach der Abgabe die Art und Menge des Saatgutes sowie den Namen und den Wohnort des Saatgutbezieher zu melden. Außerdem ist er verpflichtet, den Verbraucher schriftlich oder durch Stempelaufdruck auf die Erfüllung der Rücklieferungspflicht gemäß § 2 Abs. 1 und 2 hinzuweisen.

§ 4

Die Bestimmungen dieser Anordnung gelten nicht für anerkanntes Saatgut, das zu Vermehrungszwecken auf Anbauvertrag geliefert wird. Die Nichterfüllung der Anbauverträge kann gemäß § 5 dieser Anordnung bestraft werden.

§ 5

Verstöße gegen diese Anordnung werden nach den geltenden Bestimmungen bestraft.

§ 6

Die Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 25. Januar 1945.

Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und
Futtermittelwirtschaft
In Vertretung
Wuttke

Der Vorsitzende der Saatgutstelle
Dr. Roemer

Anm.: Auf Grund der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Getreide, Futtermitteln und sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 7. September 1939¹⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 1705), der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Saatgut vom 18. Oktober 1939²⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 2051) in der Fassung der Änderungsverordnung vom 14. Juni 1940³⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 878) und auf Grund der Verordnung über die öffentliche Bewirt-

Anordnung Nr. 83/45

der Saatgutstelle betr. Maßnahmen zur Bewirt-
schaftung des Saatgutes von Speiseerbsen

Vom 25. Januar 1945

Auf Grund gesetzlicher Ermächtigung (Anm.) wird mit Zustimmung des Reichsbauernführers folgendes angeordnet:

§ 1

(1) Anerkanntes Saatgut und zugelassenes Handelssaatgut von Speiseerbsen darf nur für Saat Zwecke in den Verkehr gebracht, abgegeben, bezogen und verwandt werden.

(2) Ist die Abgabe oder die Verwendung für Saat Zwecke nicht möglich, so ist das Saatgut dem zuständigen Getreidewirtschaftsverband anzubieten und nach dessen Weisungen zu verwenden.

§ 2

(1) Die Abgabe des Saatgutes von Speiseerbsen an Verbraucher darf nur erfolgen, wenn der Verbraucher dem Lieferanten eine schriftliche Erklärung unterzeichnet, wonach das von ihm bezogene Saatgut ausschließlich für Anbau Zwecke im eigenen Betrieb Verwendung findet und ihm hinreichendes Saatgut aus eigenem oder fremdem Betrieb nicht zur Verfügung steht.

(2) Bei Mengen unter 12½ kg ist für die Abgabe außerdem die Vorlage eines Bezugscheines notwendig, der von dem für den Verbraucher zuständigen Ortsbauernführer oder der Kreisbauernschaft ausgestellt wird.

(3) Als Bezugsschein gilt auch eine Bescheinigung des Reichsbundes deutscher Kleingärtner oder der Reichsbahn-Landwirtschaft oder des Reichsverbandes Deutscher Kleintierzüchter oder des Deutschen Siedlerbundes oder des Reichsverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzer oder eines diesen Vereinen angeschlossenen Untervereins.

(4) Den Bezugsschein hat der Verkäufer einzubehalten und aufzubewahren.

§ 3

Wer Saatgut von Speiseerbsen an Verbraucher abgibt, hat die Abgabe der für den Verbraucher zuständigen Kreisbauernschaft unter Angabe von Warenart und Menge sowie Namen und Wohnort des Verbrauchers unverzüglich nach Abschluß der Versandperiode mitzuteilen. Außerdem hat er die an Verbraucher abgegebenen Mengen listenmäßig unter Angabe von Warenart, Menge, Namen und Wohnort des Verbrauchers aufzuzeichnen.

§ 4

(1) Verstöße gegen diese Anordnung und gegen die auf Grund dieser Anordnung erlassenen Weisungen werden mit Ordnungsstrafen bis zu 100 000 RM im Einzelfall bestraft.

(2) Diese Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

(3) Die Anordnung Nr. 72/44 der Saatgutstelle vom 10. Februar 1944 (RNvbl. S. 57) und die Gemeinschaftsanordnung der Saatgutstelle und der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft betr. Bewirtschaftung von Saatgetreide und Saathülsenfrüchten vom 21. August 1944 (RNvbl. S. 351) werden, soweit sie sich auf Speiseerbsen beziehen, aufgehoben.

Berlin, den 25. Januar 1945.

Der Vorsitzende der Saatgutstelle
Dr. Roemer

Anm.: Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Saatgut vom 18. Oktober 1939¹⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 2051) in der Fassung der Änderungsverordnung vom 14. Juni 1940²⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 878) und auf Grund der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Saatgut in den eingegliederten Ostgebieten vom 31. Juli 1940³⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 1074).

1) RNvbl. S. 782. 2) RNvbl. S. 256. 3) RNvbl. S. 434.

schaffung von Saatgut in den eingegliederten Ostgebieten vom 31. Juli 1940⁴⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 1074) sowie der Anordnung Nr. 39/41 der Saatgutstelle betr. Einbeziehung von Handelssaatgut in die Bewirtschaftung vom 30. Juni 1941 (RNvbl. S. 258).

1) RNvbl. S. 665. 2) RNvbl. S. 256. 3) RNvbl. S. 782. 4) RNvbl. S. 434.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Rudolf Laß, Berlin (z. Z. bei der Wehrmacht). Vertreter: Otto Schlosser, Berlin-Lankwitz. Verlag u. Druck: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin N 4, Linienstr. 139-140. Verantw. Verlagsleiter: Roland Schulze, Berlin.



VERKÜNDUNGSBLATT des Reichsnährstandes

B

(abgekürzt RNVbl.)

Erscheinen nach Bedarf. Bezug durch die Postanstalten. — Verlag: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin N 4, Linienstraße 139—140. Fernsprecher: 41 66 51. Postscheckkonto: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin 1006 71. Bankkonto: Bank für Landwirtschaft, Berlin SW 11, Dessauer Straße 26. Schriftwallung: Berlin SW 11, Dessauer Straße 26. Fernsprecher: 19 55 41.

Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich RM 4,05 (einschl. 17,22 Rpf. Postzeitungsgebühr und 7,04 Rpf. Postverpackungsgebühr) und 24 Rpf. Bestellgeld. Ausland RM 1,35 und Porto. Einzelbezug jeder — auch jeder älteren — Nummer bis zu 8 Seiten 15 Rpf. u. Porto, über 8 Seiten erfolgt Berechnung nach Umfang. Bei größeren Bestellungen 10 bis 60 vH Preisermäßigung.

1945**Ausgegeben zu Berlin, den 13. Februar****Nr. 6**

Datum	Inhalt	Seite
29. 1. 1945	Dritte Nähere Anweisung zur Anordnung Nr. 1/44 des Reichsbeauftragten für Forst und Holz in der Fassung der Anordnung Nr. 1/45 vom 27. September 1944	19
5. 2. 1945	Durchführungsanordnung des Reichsbauernführers zur Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft zur Sicherstellung der Brotversorgung	19
25. 1. 1945	Bekanntmachung Nr. 2a/45 der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft betr. Darmkontingentierung	20
5. 2. 1945	Anordnung Nr. 27 der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft betr. Versorgungsausgleich für Naturdärme	20
9. 1. 1945	Verordnung über die Verwendung des Ertrags gemeinschaftlicher Jagdbezirke	20
	Berichtigung	20

Forst- und Holzwirtschaft

Dritte Nähere Anweisung zur Anordnung Nr. 1/44

des Reichsbeauftragten für Forst und Holz in der Fassung der Anordnung Nr. 1/45 vom 27. September 1944

Vom 29. Januar 1945

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 22 vom 2. Februar 1945)

Der Dringlichkeit der Deckung des Bedarfs an Nadel-schnittholz, Sperrholz und Holzfaserdämmplatten zur Beseitigung von Teilliegerschäden in gewerblichen Betrieben Rechnung tragend, wird mit Zustimmung des Reichsforstmeisters, des Reichswirtschaftsministers und des Generalbevollmächtigten für Rüstungsfragen — Planungsamt — in Abänderung der Bestimmungen unter Abschnitt G/9/IIA und III der Ersten Näheren Anweisung zur Anordnung Nr. 1/44 in der Fassung der Anordnung Nr. 1/45 des Reichsbeauftragten für Forst und Holz vom 27. September 1944*) verfügt:

Zur Beseitigung der nach Inkrafttreten dieser Anweisung entstehenden Teilliegerschäden in gewerblichen Betrieben werden

1. für die Wiederherstellung innerbetrieblicher Einrichtungen,
2. zur Beseitigung von geringfügigen baulichen Schäden mit einem Holzbedarf insgesamt bis höchstens 3 cbm je Einzelfall

den Forst- und Holzwirtschaftsämtern bezirkliche Fliegerschadenkontingente an Nadel-schnittholz, Sperrholz und Holzfaserdämmplatten zur Verfügung gestellt. Die Forst- und Holz-

wirtschaftsämter teilen die Einkaufsscheine nach Maßgabe der von ihnen festgestellten Erfordernisse zu Zuteilungen anderer Stellen für diese Verwendungszwecke sind verboten.

Anträge auf Zuteilung von Einkaufsscheinen aus dem Fliegerschadenkontingent sind nicht mehr an die bisherigen Ausgabestellen (Fachliche Stellen der Organisation der gewerblichen Wirtschaft), sondern

- a) von den Betrieben, die vom Landeswirtschaftsamt betreut werden, an die zuständige Gauwirtschaftskammer oder Wirtschaftskammer,
- b) von den Betrieben, die von Rüstungsdienststellen betreut werden, an das zuständige Rüstungskommando bzw. die Rüstungsinspektion

zu richten.

Die Fliegerschadenkontingente dürfen nicht in Anspruch genommen werden für:

- a) die Beseitigung von Totalschäden,
- b) die Deckung des Bedarfs an betrieblichen Inneneinrichtungen in Fällen der Betriebsverlagerung,
- c) die Deckung des Bedarfs an innerbetrieblichen Einrichtungen, wenn ein genehmigungspflichtiges Bauvorhaben die Voraussetzung für die Wiederaufnahme des Betriebes bildet,
- d) den anfallenden Bedarf aus Fliegerschäden, die vor Inkrafttreten dieser Anweisung entstanden sind.

Holzfaserdämmplatten dürfen zur Beseitigung von Teilliegerschäden nicht verwendet werden.

Diese Regelung tritt mit dem 15. Februar 1945 in Kraft.
Berlin, den 29. Januar 1945.

Der Reichsbeauftragte für Forst und Holz

Dr. Schmieder

*) RNVbl. S. 385.

Getreide- und Futtermittelwirtschaft

Durchführungsanordnung des Reichsbauernführers zur Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft zur Sicherstellung der Brot- versorgung

Vom 5. Februar 1945

Auf Grund der mir erteilten Ermächtigung ordne ich für die Ablieferung von Gerste (Gerste, -Menggetreide und -Mischfrucht) an:

§ 1

Die gesamte im Betrieb des Erzeugers vorhandene Gerste ist auch über die im Namen der Hauptvereinigung der deut-

schen Getreide- und Futtermittelwirtschaft erteilten Mindestablieferungsbescheide hinaus mit Ausnahme des Saatgutbedarfs abzuliefern.

§ 2

Die Ablieferung muß an einen hierfür zugelassenen Betrieb (Verteiler oder Verarbeiter) erfolgen, der die Ablieferung durch die von der Hauptvereinigung vorgeschriebene Ablieferungsbescheinigung zu bestätigen hat.

§ 3

Die Verfütterung von Gerste im eigenen Betrieb einschließlich der im Rahmen der Schweinemastverträge ausgelieferten Mengen ist verboten. Eine weitere Belieferung der Mastverträge mit Gerste erfolgt nicht.

Ausnahmen zu Futterzwecken können vom Ortsbauernführer nach näherer Weisung des Kreisbauernführers nur zugelassen werden

- a) für Schweine im Gewicht von mindestens 60 kg je Stück, die nachweislich nicht abgenommen werden können, sowie für Hausschlachtungsschweine, die noch zur Versorgung im laufenden Hausschlachtungsjahr geschlachtet werden dürfen. Die Freigabe ist auf das äußerste Maß zu beschränken, das zur Durchhaltung dieser Schweine bis zur Ablieferung notwendig ist. Sie darf 50 kg je Stück keinesfalls überschreiten.

- b) Für die Fütterung der Pferde, soweit Hafer im einzelnen Betrieb nicht oder nicht ausreichend geerntet wurde, so daß Gerste als Pferdefutter eingesetzt werden muß. Auch in diesen Fällen ist dem Sinn der Verordnung entsprechend die Freigabe auf das geringstmögliche Maß zu beschränken.

Berlin, den 6. Februar 1945.

Der Reichsbauernführer

Im Auftrag

Zschirnt

Viehwirtschaft

Bekanntmachung Nr. 2a/45 der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft betr. Darmkontingentierung

Vom 25. Januar 1945

(1) Durch Bekanntmachung Nr. 2/45 betr. Darmkontingentierung vom 18. Dezember 1944 (RNVbl. S. 476) habe ich die Lieferziffer für Naturdärme für das erste Halbjahr 1945 auf 10 vH der Kontingentsgrundzahl festgesetzt.

(2) Im Vorgriff auf die Lieferziffer für das zweite Halbjahr 1945 werden darüber hinaus ab sofort 5 vH des Darmkontingents zum Einkauf freigegeben.

Berlin, den 25. Januar 1945.

Der Vorsitzende

der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft

In Vertretung

Müller

Anordnung Nr. 27 der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft betr. Versorgungsausgleich für Naturdärme

Vom 5. Februar 1945

Auf Grund gesetzlicher Ermächtigung (Anm.) wird mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsbauernführers angeordnet:

Anmerkung: Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 27. August 1939¹⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 1521), Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Tieren und tierischen Erzeugnissen vom 7. September 1939²⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 1714), Verordnung zur Regelung des Verkehrs mit Schlachtvieh vom 27. Februar 1935³⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 301), Satzung der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft vom 9. Mai 1936 (RNVbl. S. 230) sämtlich in der geltenden Fassung.

1) RNVbl. S. 635. 2) RNVbl. S. 667. 3) RNVbl. S. 107.

§ 1

Die bei den Schleimereibetrieben aus Reichsstellschlachtungen und aus Schlachtungen zur Versorgung der Zivilbevölkerung anfallenden Därme gelten, soweit diese nicht zur Erfüllung der jeweils zum Einkauf freigegebenen Lieferziffer benötigt werden, als beschlagnahmt. Über die hierunter fallenden Darmbestände darf nur auf Grund eines besonderen schriftlichen Bescheides der Hauptvereinigung oder des Viehwirtschaftverbandes verfügt werden.

§ 2

Die von einzelnen Schleimereibetrieben zur Erfüllung ihrer Lieferverpflichtungen nicht benötigten Därme werden zum Ausgleich der Darmversorgung anderen Lieferfirmen zugewiesen.

§ 3

Die Übernahmepreise sind die Großhandels-Einkaufspreise der Anlage 9 der Anordnung Nr. 1/45 der Hauptvereinigung mit einem Abschlag von 5 vH für sortierte Därme und einem Abschlag von 20 vH für geschleimte, aber unsortierte Därme.

§ 4

Jede von den Weisungen der Hauptvereinigung oder des Viehwirtschaftsverbandes abweichende Verfügung über die beschlagnahmten Därme ist verboten. Verstöße gegen diese Anordnung werden nach den geltenden Bestimmungen bestraft.

§ 5

Diese Anordnung tritt am 11. Februar 1945 in Kraft.

Berlin, den 5. Februar 1945.

Der Vorsitzende

der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft

Pflaumbaum

Jagdrecht

Verordnung über die Verwendung des Ertrags gemeinschaftlicher Jagdbezirke

Vom 9. Januar 1945

(Reichsgesetzbl. I S. 10)

Auf Grund der Nr. VI des Erlasses des Führers über die Vereinfachung der Verwaltung vom 28. August 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1535) wird mit Zustimmung des Beauftragten für den Vierjahresplan verordnet:

§ 1

Der § 67 des Reichsjagdgesetzes vom 3. Juli 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 549) erhält folgende Fassung:

„§ 67

Abweichend von § 11 Abs. 4 Satz 1 fließen die Erträge genossenschaftlicher Jagden bis zu dem auf das Kriegsende

folgenden 31. März den Gemeinden zu. Ist der Ertrag einer genossenschaftlichen Jagd bisher zu einem anderen gemeinnützigen Zweck verwendet worden, so verbleibt es bis zum gleichen Zeitpunkt hierbei.“

§ 2

Der § 3 der Dritten Verordnung über die Vereinfachung der Verwaltung vom 30. März 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 566) wird aufgehoben.

§ 3

Die Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1944 in Kraft. Soweit bei ihrer Verkündung bereits Erträge unter die Jagdgenossen verteilt waren, behält es hierbei sein Bewenden.

Berlin, den 9. Januar 1945.

Der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung

In Vertretung

Dr. Stuckart

Berichtigung

Der § 78 Abs. 1 der Jahresanordnung Nr. 1/45 der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft vom 18. Dezember 1944 (RNVbl. S. 469) muß richtig wie folgt lauten:

„(1) Alle Betriebe, die Fleischwaren herstellen oder verteilen, dürfen Fleisch und Fleischwaren mit der Eisenbahn nur bis zu einer Entfernung von 50 Bahnkilometer

von ihrem Betriebssitz und mit einem Mindestgewicht von 15 kg versenden.“

Berlin, den 20. Januar 1945.

Der Vorsitzende

der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft

In Vertretung

Müller

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Rudolf Lais, Berlin (z. Z. bei der Wehrmacht). Vertreter: Otto Schlosser, Berlin-Lankwitz. Verlag u. Druck: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin N 4, Liniestr. 139—140. Verantw. Verlagsleiter: Roland Schulze, Berlin.



VERKÜNDUNGSBLATT des Reichsnährstandes

B

(abgekürzt RNVbl.)

Erscheinen nach Bedarf. Bezug durch die Postanstalten. — Verlag: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin N 4, Linienstraße 139—140. Fernsprecher: 41 66 51. Postscheckkonto: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin 1006 71. Bankkonto: Bank für Landwirtschaft, Berlin SW 11, Dessauer Straße 26. Schriftleitung: Berlin SW 11, Dessauer Straße 26. Fernsprecher: 19 55 41.

Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich RM 4,05 (einschl. 17,22 Rpf. Postzeitungsgebühr und 7,04 Rpf. Postverpackungsgebühr) und 24 Rpf. Bestellgeld. Ausland RM 1,35 und Porto. Einzelbezug jeder — auch jeder älteren — Nummer bis zu 8 Seiten 15 Rpf. u. Porto, über 8 Seiten erfolgt Berechnung nach Umfang. Bei größeren Bestellungen 10 bis 60 vH Preisermäßigung.

1945**Ausgegeben zu Berlin, den 22. Februar****Nr. 7**

Datum	Inhalt	Seite
14. 2. 1945	Anordnung Nr. 2/45 der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft betr. Versorgung der Großverbraucher mit frischem Obst und Gemüse	21
5. 2. 1945	Verordnung zur Sicherstellung des Brotgetreidebedarfs	22
6. 2. 1945	Anordnung Nr. 84/45 der Saatgutstelle betr. Beizung von Mohnsaatgut	22
14. 2. 1945	Anordnung Nr. 85/45 der Saatgutstelle betr. Erfassung und Meldung von Saatgut, das infolge von Kriegsereignissen in den Besitz Nichtberechtigter gelangt	22

Gartenbauwirtschaft

Anordnung Nr. 2/45 der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft betr. Versorgung der Großverbraucher mit frischem Obst und Gemüse

Vom 14. Februar 1945

Auf Grund gesetzlicher Ermächtigung (Anm.) ordne ich mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsbauernführers an:

§ 1

(1) Die Versorgung der Großverbraucher mit frischem Obst und Gemüse erfolgt durch die zuständigen Gartenbauwirtschaftsverbände entsprechend den gebietlichen Regelungen.

(2) Der Einkauf von Obst und Gemüse durch Großverbraucher unmittelbar beim Erzeuger ist nur mit Genehmigung des Gartenbauwirtschaftsverbandes gestattet. Der Gartenbauwirtschaftsverband kann das Genehmigungsrecht auf die Bezirksabgabestellen für Obst und Gemüse übertragen. Tausch sowie Übernahme gegen gewerbliche oder berufliche Gegenleistungen stehen dem Kauf gleich.

(3) Als Großverbraucher gelten insbesondere: Wehrmacht (einschließlich der Lazarette), Reichsarbeitsdienst, andere Organisationen von Partei und Staat, Gaststätten, Kantinen, Werk- und Lagerküchen, Krankenanstalten, Erholungsheime, Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen für Jugendliche, Süßwarenhersteller und sonstige gewerbliche Großabnehmer.

§ 2

(1) Gemüse aus eigenem Anbau von Großverbrauchern auf betriebseigenem Gelände oder Pachtland ist auf die Liefer-

sätze anzurechnen, die durch den zuständigen Gartenbauwirtschaftsverband für die Belieferung der Verpflegungsteilnehmer jeweils festgesetzt werden.

(2) Die Großverbraucher sind verpflichtet, dem zuständigen Gartenbauwirtschaftsverband den Umfang der Fläche, die sie mit Gemüse (ohne Gewürzpflanzen) bebauen (einschl. des Vor-, Zwischen- und Nachanbaues), am 1. Mai eines jeden Jahres unterteilt nach den verschiedenen Gemüsearten zu melden. Die Ernte aus diesen Flächen wird auf den Liefersatz (Abs. 1) angerechnet; jedoch bleiben mindestens 10 vH der Ernte von der Anrechnung frei.

Diese Meldepflicht ist vom Statistischen Zentralausschuß gemäß Verordnung vom 13. Februar 1939 durch Verfügung vom 9. Februar 1945 genehmigt worden.

(3) Soweit Gefolgschaftsmitglieder gewerblicher Betriebe außerhalb ihrer Dienstzeit im freiwilligen Einsatz werkeigenes Gelände urban machen und mit Gemüse bebauen, sind die geernteten Gemüsemengen — unbeschadet der Vorschriften des Abs. 2 Satz 2 — den Betrieben für die Verpflegung ihrer Gefolgschaftsmitglieder zu belassen und nicht auf den Liefersatz (Abs. 1) anzurechnen.

§ 3

Die Vorsitzenden der Gartenbauwirtschaftsverbände können in Einzelfällen Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Anordnung zulassen.

§ 4

(1) Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden nach den geltenden Bestimmungen bestraft.

(2) Als Zuwiderhandlungen sind auch Maßnahmen anzusehen, die, ohne gegen den Wortlaut der erlassenen Bestimmungen zu verstoßen, eine Umgehung darstellen.

§ 5

Diese Anordnung tritt am siebenten Tage nach¹ der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 14. Februar 1945.

**Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft
Quast**

Anm.: Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 27. August 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1521), Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Brotaufstrichmitteln, Speisezwiebeln und Gewürzen vom 7. September 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1731), § 4 der Verordnung über den Zusammenschluß der deutschen Gartenbauwirtschaft vom 21. Oktober 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 911), § 8 der Satzung der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft vom 6. Februar 1937 (RNVbl. S. 77) und Erlaß des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft betr. Erwerb von Gartenbauerzeugnissen durch Großverbraucher vom 18. Juli 1944 (DRA. Nr. 165 vom 25. Juli 1944).

¹) RNVbl. S. 635. ²) RNVbl. S. 671. ³) RNVbl. S. 550. ⁴) RNVbl. S. 312.

Getreide- und Futtermittelwirtschaft

Verordnung zur Sicherstellung des Brotgetreidebedarfs

Vom 5. Februar 1945
(Reichsgesetzbl. I S. 22)

Auf Grund gesetzlicher Ermächtigung*) wird verordnet:

§ 1

(1) Jeder Erzeuger von inländischer Gerste ist verpflichtet, die gesamte bei ihm noch vorhandene Menge an Gerste abzuliefern.

(2) Ausgenommen von der Ablieferungspflicht ist lediglich die Menge, die für Saat Zwecke innerhalb des Betriebes des Erzeugers benötigt wird.

(3) Als Ablieferung gilt nur die Lieferung, die zur Erfüllung eines auf Veräußerung gerichteten Geschäfts an einen dafür zugelassenen Betrieb gegen Ablieferungsbescheinigung erfolgt.

(4) Als Gerste im Sinne dieser Verordnung gelten auch Menggetreide (Gemenge von Gerste mit anderen Getreidearten) und Mischfrucht (Gemenge von Gerste mit Hülsenfrüchten).

*) (§§ 1 bis 4, 7, 8 des Gesetzes zur Ordnung der Getreidewirtschaft vom 27. Juni 1943, Reichsgesetzbl. I S. 527, und der Änderung über die öffentliche Bewirtschaftung von Getreide, Futtermitteln und sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 7. September 1939), Reichsgesetzbl. I S. 1705.)

1) RNVbl. S. 135. 2) RNVbl. S. 317.

§ 2

Gerste (sowohl gedroschen als auch ungedroschen) oder Erzeugnisse aus Gerste dürfen weder vom Erzeuger noch von anderen zu Futterzwecken verwendet, veräußert oder erworben werden.

§ 3

Gerste darf nur von den hierfür zugelassenen gewerblichen Betrieben für Zwecke der menschlichen Ernährung be- oder verarbeitet werden. Jede andere Be- oder Verarbeitung, insbesondere zu Futterzwecken (auch durch Schrotten, Quetschen, Weichen, Kochen), ist verboten.

§ 4

Der Reichsbauernführer kann Durchführungsvorschriften erlassen und Bestimmungen über die Bewilligung von Ausnahmen treffen.

§ 5

Die Strafbestimmungen der §§ 11 und 12 der Verordnung zur Sicherstellung des Brotgetreidebedarfs vom 5. Juli 1942²⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 443) finden entsprechende Anwendung.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 5. Februar 1945.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft

Mit der Führung der Geschäfte beauftragt
H. Backe

Saatgut

Anordnung Nr. 84/45 der Saatgutstelle betr. Beizung von Mohnsaatgut

Vom 6. Februar 1945

Auf Grund der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Saatgut vom 18. Oktober 1939¹⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 2051) in der Fassung der Änderungsverordnung vom 14. Juni 1940²⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 878) und auf Grund der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Saatgut in den eingegliederten Ostgebieten vom 31. Juli 1940³⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 1074) wird im Einvernehmen mit dem Reichsbauernführer folgendes angeordnet:

§ 1

(1) Saatgut von Mohn aller Anbaustufen darf vom Letztverleiher an den Verbraucher nur in gebeiztem Zustand geliefert werden.

(2) Die Beizung hat durch Trockenbeizmittel, und zwar Abavit, Ceresan, Fusariol oder Germisan, und zwar in der Konzentration von 0,3 vH, zu erfolgen.

§ 2

Die durch die Beizung entstehenden Selbstkosten dürfen auf die vorgeschriebenen Höchstpreise aufgeschlagen werden.

§ 3

Verstöße gegen diese Anordnung werden mit Ordnungsstrafen bis zu 100 000 RM im Einzelfall bestraft.

§ 4

Die Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 6. Februar 1945.

Der Vorsitzende der Saatgutstelle
Dr. Roemer

1) RNVbl. S. 782. 2) RNVbl. S. 256. 3) RNVbl. S. 434.

Anordnung Nr. 85/45 der Saatgutstelle betr. Erfassung und Meldung von Saatgut, das infolge von Kriegereignissen in den Besitz Nichtberechtigter gelangt

Vom 14. Februar 1945

Auf Grund der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Saatgut vom 18. Oktober 1939¹⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 2051) in der Fassung der Änderungsverordnung vom 14. Juni 1940²⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 878) und auf Grund der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Saatgut in den eingegliederten Ostgebieten vom 31. Juli 1940³⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 1074) wird folgendes angeordnet:

1) RNVbl. S. 782. 2) RNVbl. S. 256. 3) RNVbl. S. 434.

§ 1

(1) Personen und Firmen, die infolge von Kriegereignissen, ohne ursprünglich Berechtigte oder Empfänger zu sein, in den Besitz von Saatgut oder solchen landwirtschaftlichen Produkten gelangen, die als Saatgut verwendet werden können, haben der Saatgutstelle unverzüglich Meldung zu erstatten.

(2) Die Meldung hat zu enthalten:

- a) Art, Menge und soweit feststellbar, auch die Sorte des empfangenen Saatgutes.
- b) soweit feststellbar, den Ablader und den Empfangsberechtigten,
- c) die Umstände, durch die die Ware in den Besitz des Meldenden gelangt ist,
- d) bei aus dem Ausland stammender Ware die Angabe des Ursprungslandes.

§ 2

(1) Die Besitzer der Ware haben, soweit nicht durch andere zuständige Behörden über die Ware verfügt wird und soweit nicht der Zustand des Saatgutes eine sofortige Verwertung erforderlich macht, jede Verfügung über die Ware zu unterlassen.

(2) Die Ware gilt insoweit als zugunsten der Saatgutstelle beschlagnahmt.

§ 3

(1) Die Saatgutstelle kann die Ware zur Verwertung unter der Bedingung freigeben, daß entweder von dem Besitzer derselben ein dem Werte der Ware entsprechender Betrag oder der für die Ware erzielte Erlös sofort nach Eingang auf ein Treuhandkonto der Saatgutstelle bei der Bank für Landwirtschaft A. G., Berlin SW 11, Dessauer Str. 26, unter der Bezeichnung „Treuhandkonto für Erfassung von Waren infolge von Kriegereignissen“ einzuzahlen ist.

(2) Erfolgt die Verwertung der Ware gemäß § 2 Abs. 1 auf Grund der Verfügung einer zuständigen Behörde oder wegen des schlechten Zustandes der Ware, so ist der Erlös auch ohne Anweisung der Saatgutstelle unverzüglich auf ein Treuhandkonto der Saatgutstelle bei der Bank für Landwirtschaft A. G., Berlin SW 11, Dessauer Str. 26, unter der Bezeichnung „Treuhandkonto für Erfassung von Waren infolge von Kriegereignissen“ einzuzahlen.

§ 4

Verstöße gegen diese Anordnung werden mit Ordnungsstrafen bis zu 100 000 RM im Einzelfall bestraft.

§ 5

Die Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 14. Februar 1945.

Der Vorsitzende der Saatgutstelle
Dr. Roemer



VERKÜNDUNGSBLATT des Reichsnährstandes

B

(abgekürzt RNVbl.)

Erscheinen nach Bedarf. Bezug durch die Postanstalten. — Verlag: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin N 4, Linienstraße 139—140. Fernsprecher: 41 66 51. Postscheckkonto: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin 1006 71. Bankkonto: Bank für Landwirtschaft, Berlin SW 11, Dessauer Straße 26. Schriftleitung: Berlin SW 11, Dessauer Straße 26. Fernsprecher: 19 55 41.

Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich RM 4,05 (einschl. 17,22 Rpf. Postzeitungsgebühr und 7,04 Rpf. Postverpackungsgebühr) und 24 Rpf. Bestellgeld. Ausland RM 1,35 und Porto. Einzelbezug jeder — auch jeder Älteren — Nummer bis zu 8 Seiten 15 Rpf. u. Porto, über 8 Seiten erfolgt Berechnung nach Umfang. Bei größeren Bestellungen 10 bis 60 vH Preisermäßigung.

1945**Ausgegeben zu Berlin, den 6. März****Nr. 8**

Datum	Inhalt	Seite
20. 2. 1945	Bekanntmachung der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft zur Anordnung Nr. 3/44 betr. Anbau- und Lieferungsverträge	23
20. 2. 1945	Bekanntmachung der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft zur Anordnung Nr. 19/44 betr. Anbau von Gemüsejungpflanzen und Gemüse in Betrieben des Blumen- und Zierpflanzenbaues	25
23. 2. 1945	Richtlinien zur Anordnung des Reichsbauernführers zur Regelung der Preisbildung für Zuchtthengste sowie der Höchstsätze, der Deck- und Fohlengelder	25
23. 2. 1945	Anordnung des Reichsbauernführers betr. Veräußerung von Pferden	25
23. 2. 1945	Anordnung des Reichsbauernführers betr. Preisregelung für Maultiere u	25
21. 2. 1945	Anordnung des Reichsbauernführers über das Verbot der künstlichen Erbrütung von Eiern	25
12. 2. 1945	Anordnung Nr. 1 a/45 der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft betr. Änderung der Preise für Schweine	26
12. 2. 1945	Bekanntmachung Nr. 3/45 der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft betr. Änderung der Bekanntmachung Nr. 10/44 über Ausgleichsbeträge für geschlachtete Schweine und Rinder	26

Gartenbauwirtschaft

Bekanntmachung der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft zur Anordnung Nr. 3/44 betr. Anbau- und Lieferungsverträge

Vom 20. Februar 1945

Mit Zustimmung des Reichskommissars für die Preisbildung und des Reichsbauernführers bestimme ich:

Die Anlage 9 der Anordnung Nr. 3/44 betr. Anbau- und Lieferungsverträge vom 4. April 1944 (RNVbl. S. 97) erhält folgende Fassung:

Anlage 9

I. Preise

Den Reicheinheitsverträgen — außer den F- und F1-Verträgen — sind die nachstehenden Erzeugerleistepreise zugrunde zu legen:

A. Gemüse

	A-Vertrag je 100 kg RM	E-Vertrag je 100 kg RM
1. Essiggurken		
3—6 cm	45,—	47,—
6—9 cm	27,—	29,—
2. Salz-Einlegegurken		
9—15 cm	25,—	27,—
9—22 cm	18,—	20,—
15—22 cm	16,—	18,—
3. Schälgurken	11,—	12,—
Krüppelgurken und großgewordene Einleger über 60 mm Ø	6,—	6,—
Die Preise zu 1 bis 3 gelten für das gesamte Reichsgebiet, auch für den Verkauf auf dem Frischmarkt. Erforderlichenfalls kann der Gartenbauwirtschaftsverband mit Zustimmung der Preisbildungsstelle bestimmen, welche Sortierungen im Gebiet zugelassen sind.		
4. Herbstkohl (sog. September-Kohl) B- und E-Vertrag In den Gebieten der Gartenbauwirtschaftsverbände:		je 100 kg RM
Schleswig-Holstein (außer Hamburg und Lauenburg)		3,10

je 100 kg

RM

Rheinland	4,—
Niedersachsen, Weser-Ems, Westfalen	4,50
Mecklenburg, Pommern (Basten Stralsund und Stettin), Württemberg und die schleswig-holsteinischen Gebiete Hamburg und Lauenburg	5,50
Bayern, Bayreuth, Hessen-Nassau, Kurhessen, Sachsen-Anhalt	6,—
Danzig-Westpreußen, Kurmark, Niederschlesien, Pommern (ohne Basten Stralsund und Stettin), Wartheland, Westmark	6,50
Baden	7,—
Donau-Alpenland, Kärnten, Oberschlesien, Ostpreußen, Sachsen, Sudetenland, Steiermark, Thüringen	8,—

5. Platten Holsteiner Kohl und Dauersorten ab 15. Oktober In den Gebieten der Gartenbauwirtschaftsverbände:	
Schleswig-Holstein	4,—
Niedersachsen	5,—
Pommern (Basten Stralsund und Stettin), Rheinland, Westfalen und die schleswig-holsteinischen Gebiete Hamburg und Lauenburg	5,50
Mecklenburg, Weser-Ems	6,—
Danzig-Westpreußen, Hessen-Nassau, Kurhessen, Pommern (ohne Basten Stralsund und Stettin), Sachsen-Anhalt, Wartheland, Westmark, Württemberg	6,50
Baden, Bayern, Bayreuth, Kurmark, Niederschlesien	7,—
Donauland (Alpenland, Oberdonau), Kärnten, Ostpreußen, Sachsen, Steiermark, Sudetenland, Thüringen	8,—
Donauland (Niederdonau, Wien), Oberschlesien	9,—

Die Preise zu 4 und 5 gelten vom 1. September ab in den aufgeführten Gebieten auch für den Frischmarkt. Die Preise erhöhen sich ab 21. November zur Abgeltung der Ein- und Auslagerungskosten um 0,60 RM je 100 kg und

für je weitere volle 7 Tage um 0,60 RM je 100 kg Lagerungskostenzuschlag.

6. Spargel	C- und E-Vertrag je 100 kg RM
1. Sortierung	100,—
2. Sortierung	80,—
3. Sortierung	60,—
4. Sortierung	30,—

Die Preise gelten von der 7. Erntewoche ab, auch für den Frischmarkt, für die Hauptanbaubezirke in den Gebieten der Gartenbauwirtschaftsverbände Baden, Hessen-Nassau, Kurmark, Mecklenburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt.

7. Pflückerbsen	C- und E-Vertrag je 100 kg RM
Schalerbsen (Palerbsen)	32,—
Markerbsen	32,—

Die Preise gelten, falls nicht ein anderer Zeitpunkt bekanntgegeben wird, vom 25. Juni bis 15. August, auch für den Frischmarkt, für die Hauptanbaubezirke in den Gebieten der Gartenbauwirtschaftsverbände Baden, Donau-Alpenland (Niederdonau), Mecklenburg (ab 10. Juli), Niedersachsen (Hannover-Braunschweig), Niederschlesien (ab 10. Juli), Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein (Lübeck ab 10. Juli), Weser-Ems (ab 1. August) sowie ferner für das Gebiet des württembergischen Neckarbezirks und der hessischen Kreise Bergstraße und Erbach.

8. Mohrrüben, kleine, runde (Karotten)	A-Preisgebiet je 100 kg RM	B-Preisgebiet je 100 kg RM
1. Sorte Frühkarotten	17,—	20,—
2. Sorte Frühkarotten	13,—	15,—
1. Sorte Herbstkarotten	12,—	15,—
2. Sorte Herbstkarotten	8,—	10,—

Als A-Preisgebiet gelten die Gebiete der Gartenbauwirtschaftsverbände Baden, Bayern, Kurmark, Niedersachsen, Rheinland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Wartheland, Westmark.

Als B-Preisgebiet gelten die Gebiete der Gartenbauwirtschaftsverbände Danzig-Westpreußen, Donauland, Hessen-Nassau, Mecklenburg, Niederschlesien, Pommern, Sachsen, Weser-Ems.

9. Mohrrüben, lange Sorten	C- und E-Vertrag je 100 kg RM
ab 1. August	9,50
ab 15. August	6,—

Die Preise gelten auch für den Frischmarkt für die Hauptanbaubezirke in den Gebieten der Gartenbauwirtschaftsverbände Kurmark, Mecklenburg, Niedersachsen (Lüneburg, Braunschweig), Rheinland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen (Altenburg), Wartheland, Westmark.

10. Bohnen	C- und E-Vertrag je 100 kg RM
Buschbohnen alle Sorten ohne Fäden	40,—
Buschbohnen alle Sorten mit Fäden	32,—
Stangenbohnen alle Sorten ohne Fäden	48,—
Stangenbohnen alle Sorten mit Fäden	40,—

Die Preise gelten, falls kein anderer Zeitpunkt festgesetzt wird, vom 1. August bis 10. September, auch für den Frischmarkt, für die Hauptanbaubezirke in den Gebieten der Gartenbauwirtschaftsverbände Kurmark, Mecklenburg, Niedersachsen, Niederschlesien, Rheinland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Weser-Ems.

11. Große Bohnen (dicke Bohnen Puffbohnen)	C- und E-Vertrag je 100 kg RM
weiße	16,—
braune	16,—
12. Knollensellerie	17,—

Der Preis gilt vom 1. September bis 30. November, auch für den Frischmarkt, für die Hauptanbaubezirke in den Gebieten der Gartenbauwirtschaftsverbände Kurmark, Pommern (Kreise Greifenhagen, Naugard, Pyritz, Saatzig, Stargard, Stettin, Uckermünde), Sachsen-Anhalt.

13. Spinat	C- und E-Vertrag je 100 kg RM
a) Wurzelspinat	11,—
b) Blattspinat	17,—

Die Preise gelten auch für den Frischmarkt.

Für das Gebiet des Gartenbauwirtschaftsverbandes

Niedersachsen vom 20. Mai bis 15. Juli,
Niederschlesien vom 1. Juni bis 15. Juli,
Rheinland vom 1. Mai bis 15. Juli,
Sachsen-Anhalt vom 20. Mai bis 15. Juli,
Westmark vom 1. Mai bis 15. Juli

und in den genannten Bezirken vom 1. Oktober bis 30. November.

14. Grünkohl	C- und E-Vertrag je 100 kg RM
bis 30. November	7,—
ab 1. Dezember	12,—

Die Preise gelten vom 15. Oktober bis 30. November auch für den Frischmarkt für die Hauptanbaubezirke in den Gebieten der Gartenbauwirtschaftsverbände Niedersachsen, Rheinland und Weser-Ems und vom 1. Dezember bis 31. Dezember auch für den Frischmarkt im ganzen Reichsgebiet.

15. Rotkohl	C- und E-Vertrag je 100 kg RM
	4,80

Der Preis gilt vom 10. September bis 20. November auch für den Frischmarkt für die Hauptanbaubezirke im Gebiet des Gartenbauwirtschaftsverbandes Schleswig-Holstein. Der Preis erhöht sich am 21. November auf 6,20 RM je 100 kg und von dort bis zum 1. Februar für je volle 7 Tage um 0,60 RM je 100 kg.

16. Wirsing	C- und E-Vertrag je 100 kg RM
	6,—

Dieser Preis gilt vom 1. September bis 20. November für die Hauptanbaubezirke im Gebiet des Gartenbauwirtschaftsverbandes Schleswig-Holstein.

B. Obst

Die Vertragspreise für Obst werden noch bekanntgegeben.

II. Zoneneinteilung

Es gehören:

- zur Zone I das Gebiet der Gartenbauwirtschaftsverbände Rheinland, Westmark, Baden, vom Gartenbauwirtschaftsverband Hessen-Nassau das Gebiet des Reg.-Bez. Wiesbaden und des Landes Hessen mit Ausnahme des Gebiets der ehemaligen Provinz Oberhessen;
- zur Zone II das Gebiet des Gartenbauwirtschaftsverbandes Westfalen (außer Lippe-Detmold und dem Reg.-Bez. Minden), Württemberg, der ehemaligen hessischen Provinz Oberhessen sowie der Kreise Schlüchtern, Gelnhausen und Hanau des Reg.-Bez. Kassel, des bayerischen Reg.-Bez. Mainfranken sowie der Reichsgaue Niederdonau und Wien;
- zur Zone III das Gebiet der bayerischen Reg.-Bez. Schwaben und Mittelfranken, vom Gartenbauwirtschaftsverband Bayreuth die Gebiete Oberfranken und Niederbayern, das Gebiet des Reichsgaues Steiermark, der hannoverschen Reg.-Bez. Hannover und Hildesheim, vom Gartenbauwirtschaftsverband Westfalen die Gebiete Lippe-Detmold und Reg.-Bez. Minden, das Gebiet der Länder Schaumburg-Lippe und Braunschweig.

- der Gartenbauwirtschaftsverband Sachsen-Anhalt, Sachsen, Kurmark, Thüringen, des Reichsgaues Oberdonau, des Regierungsbezirks Kassel mit Ausnahme der Kreise Schlüchtern, Gelnhausen und Hanau;
- zur Zone IV das Gebiet des bayerischen Reg.-Bez. Oberbayern, vom Gartenbauwirtschaftsverband Bayreuth das Gebiet Oberpfalz, das Gebiet der hannoverschen Reg.-Bez. Lüneburg und Stade, die Gebiete der Gartenbauwirtschaftsverbände Weser-Ems, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, des pommerschen Reg.-Bezirks Stettin mit Ausnahme der Kreise Cammin, Rügen, Usedom-Wollin, der Reichsgaue Tirol-Vorarlberg, Salzburg, Kärnten, das Gebiet der Gartenbauwirtschaftsverbände Niederschlesien und Sudetenland;
- zur Zone V das Gebiet der pommerschen Reg.-Bez. Köslin und die Grenzmark und aus dem pommerschen Reg.-Bez. Stettin der Kreise Cammin, Rügen, Usedom-Wollin, des ostpreußischen Reg.-Bez. Zichenau, die Gebiete der Gartenbauwirtschaftsverbände Danzig-Westpreußen, Wartheland und Oberschlesien;
- zur Zone VI das Gebiet der ostpreußischen Reg.-Bez. Königsberg, Allenstein und Gumbinnen.

Die Bekanntmachung tritt am siebenten Tage nach der Verkündung, auch mit Wirkung für die vor diesem Tage bereits für das laufende Jahr abgeschlossenen Verträge in Kraft.

Gleichzeitig tritt meine Bekanntmachung vom 6. Januar 1945 (RNVbl. S. 14) außer Kraft.

Berlin, den 20. Januar 1945.

Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft
In Vertretung
Sievert

Bekanntmachung der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft zur Anordnung Nr. 19/44 betr. Anbau von Gemüsejungpflanzen und Gemüse in Betrieben des Blumen- und Zierpflanzenbaues

Vom 20. Februar 1945

Im Einvernehmen mit dem Reichsbauernführer übertrage ich das mir gemäß § 6 Abs. 2a meiner Anordnung Nr. 19/44 vom 1. Dezember 1944 (RNVbl. S. 449) zustehende Recht, zur Sicherung einer ausreichenden Gemüseversorgung weitergehende Einschränkungen des Blumen- und Zierpflanzenbaues anzuordnen, auf die Vorsitzenden der Gartenbauwirtschaftsverbände.

Berlin, den 20. Februar 1945.

Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft
In Vertretung
Sievert

Viehwirtschaft

Richtlinien

zur Anordnung des Reichsbauernführers zur Regelung der Preisbildung für Zuchtthengste sowie der Höchstsätze der Deck- und Fohlengelder

Vom 23. Februar 1945

In Ergänzung meiner Anordnung vom 29. November 1943 (RNVbl. S. 506) gelten im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und dem Reichskommissar für die Preisbildung mit Wirkung vom 1. März 1945 nachstehende Richtlinien:

(1) Die in der vorgenannten Anordnung festgesetzten Deckgeldsätze sind als Höchstsätze anzusehen.

(2) Wird ein Hengst einer höheren Zuchtwertklasse in einer niedrigeren Preisklasse verkauft, so richtet sich das Höchstdeckgeld nach derjenigen Zuchtwertklasse, die dieser Preisklasse entspricht.

(3) Wird ein Fohlengeld erhoben, so darf das Deckgeld zuzüglich des halben Fohlengeldes den für die betreffende Zuchtwertklasse vorgeschriebenen Deckgeldhöchstsatz nicht überschreiten.

(4) Der Mindestsatz des Deckgeldes beträgt für sämtliche Zuchtwertklassen 25 RM. Die Reichsgestütverwaltung wird dafür Sorge tragen, daß diese Regelung sich nicht zum Nachteil der Eigen- bzw. genossenschaftlichen Hengsthaltung auswirkt.

Berlin, den 23. Februar 1945.

Der Reichsbauernführer
Im Auftrag
Dr. Winnigstedt

Anordnung des Reichsbauernführers betr. Veräußerung von Pferden

Vom 23. Februar 1945

In Ergänzung meiner Anordnungen vom 20. Februar 1943 (RNVbl. S. 83) und vom 18. September 1943 (RNVbl. S. 381) wird mit sofortiger Wirkung im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und dem Reichskommissar für die Preisbildung bestimmt, daß die gemäß § 11

Abs. 3 vorgesehene Entrichtung eines Betrages von 20 RM bei Pferden, die unter einem geschätzten Höchstwert von 500 RM liegen, in Wegfall kommt.

Berlin, den 23. Februar 1945.

Der Reichsbauernführer
Im Auftrag
Dr. Winnigstedt

Anordnung des Reichsbauernführers betr. Preisregelung für Maultiere und Maulesel

Vom 23. Februar 1945

In Ergänzung meiner Anordnung vom 20. Februar 1943 (RNVbl. S. 83) wird im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und dem Reichskommissar für die Preisbildung bestimmt, daß mit sofortiger Wirkung die Preise für Maultiere nach den vollen Wertsätzen der Schätzung für Nutzpferde, die Preise für Maulesel auf 75 vH des Schätzwertes für Nutzpferde gemäß den Richtlinien obiger Anordnung festgesetzt werden. Die Schätzung erfolgt auf Formularen der Pferdekarte.

Berlin, den 23. Februar 1945.

Der Reichsbauernführer
Im Auftrag
Dr. Winnigstedt

Anordnung des Reichsbauernführers über das Verbot der künstlichen Erbrütung von Eiern

Vom 21. Februar 1945

In Durchführung des § 8 Abs. 2 der Anordnung über den Verkehr mit Nutz- und Zuchtgeflügel sowie über Brütereiern vom 28. September 1940 (RNVbl. S. 692) wird mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft angeordnet:

§ 1

Das Einlegen von Eiern aller Art in Brutapparate zum Zweck der künstlichen Erbrütung ist verboten.

§ 2

Der Reichsfachwart des Reichsnährstandes für Kleintierzucht und -haltung kann Ausnahmen von dieser Anordnung zulassen, wenn diese im Interesse des Krieges liegen.

§ 3

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung werden nach den geltenden Bestimmungen bestraft.

§ 4

(1) Die Anordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Die Anordnung über die Festsetzung der Brutzeit für Nutz- und Zuchtgeflügel für 1945 vom 20. September 1944 (RNVbl. S. 380) tritt an demselben Tage außer Kraft.

Berlin, den 21. Februar 1945

Der Reichsbauernführer

In Vertretung

Behrens

Anordnung Nr. 1 a/45

**der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft
betr. Änderung der Preise für Schweine**

Vom 12. Februar 1945

Auf Grund gesetzlicher Ermächtigung (Anm.) wird mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichskommissars für die Preisbildung und des Reichsbauernführers angeordnet:

§ 1

(1) Die gemäß Anlage 5 der Anordnung Nr. 1/45 der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft vom 18. Dezember 1944 (RNVbl. S. 469) geltenden Grundpreise für Schweine auf Schlachtviehmärkten werden wie folgt geändert:

- a) Die Preise der Schlachtwertklasse e (60—79,5 kg) werden um 7 RM erhöht und damit den Preisen der Schlachtwertklassen a, b¹, b², c und d angeglichen;
- b) die Preise der Schlachtwertklassen g² (andere Sauen), h (Eber) werden um 5 RM erhöht und damit den Preisen der Schlachtwertklassen g¹ (fette Specksauen) und i (Altschneider) angeglichen.

(2) Die Grundpreise für die übrigen Schlachtwertklassen bleiben unverändert

Anm.: Verordnung zur Regelung des Verkehrs mit Schlachtvieh vom 27. Februar 1935^{*)} (Reichsgesetzbl. I S. 301), Satzung der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft vom 9. Mai 1936 (RNVbl. S. 233), sämtlich in der geltenden Fassung.

^{*)} RNVbl. S. 107.

§ 2

Die Anlage 5 der Anordnung 1/45 ist entsprechend abzuändern.

§ 3

Die Höchstpreise für Schweinehälften im Großhandel bleiben unverändert.

§ 4

Diese Anordnung tritt am 5. März 1945 in Kraft.

Berlin, den 12. Februar 1945.

**Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft**
Pflaumbaum

Bekanntmachung Nr. 3/45

**der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft
betr. Änderung der Bekanntmachung Nr. 10/44 über
Ausgleichsbeträge für geschlachtete Schweine und
Rinder**

Vom 12. Februar 1945

§ 1

Die Bekanntmachung Nr. 10/44 vom 13. Juni 1944 (RNVbl. S. 169) in der Fassung der Bekanntmachung Nr. 10 b/44 vom 2. November 1944 (RNVbl. S. 422) wird wie folgt geändert:

Die Einleitung erhält folgende Fassung:

„Gemäß § 94 Abs. 6 und § 95 Abs. 3 der Anordnung Nr. 1/45 der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft vom 18. Dezember 1944 (RNVbl. S. 469) gebe ich bekannt:“

§ 2 erhält folgende Fassung:

„Der Ausgleichsbetrag für Schweine beträgt bis auf weiteres je Tier für Schweine im Gewicht von 60 kg und darüber 27,— RM
für Schweine im Gewicht unter 60 kg und für notgeschlachtete Schweine ohne Lebendgewichtsfeststellung 16,— RM“

§ 2

Diese Bekanntmachung tritt am 5. März 1945 in Kraft.

Berlin, den 12. Februar 1945.

**Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft**
Pflaumbaum



VERKÜNDUNGSBLATT des Reichsnährstandes

(abgekürzt RNVbl.)

Erscheinen nach Bedarf. Bezug durch die Postanstalten. — Verlag: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin N 4, Lindenstraße 139—140. Fernsprecher: 41 66 51. Postscheckkonto: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin 1006 71. Bankkonto: Bank für Landwirtschaft, Berlin SW 11, Dessauer Straße 28. Schriftleitung: Berlin SW 11, Dessauer Straße 28. Fernsprecher: 19 55 41.

Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich RM 3,60 (einschl. 12 Rpf. Postzeitungsgebühr und 8,4 Rpf. Postverpackungsgebühr) und 24 Rpf. Bestellgeld. Ausland RM 1,20 und Porto. Einzelbezug jeder — auch jeder älteren — Nummer bis zu 8 Seiten 15 Rpf. u. Porto, über 8 Seiten erfolgt Berechnung nach Umfang. Bei größeren Bestellungen 10 bis 60 vH Preisermäßigung.

1945

Ausgegeben zu Berlin, den 13. März

Nr. 9

Datum	Inhalt	Seite
15. 2. 1945	Anordnung der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft betr. Ausmahlung des Weizens	27
24. 2. 1945	Bekanntmachung der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft betr. Festsetzung der Verarbeitungsquoten der Roggen- und Weizenmühlen	29
24. 2. 1945	Anordnung betr. Änderung der Anordnung des Reichsbauernführers betr. Vertriebs- und Preisregelung für Saatgut von bitterstofffreien Lupinen ab Ernte 1943	30
28. 2. 1945	Anordnung Nr. 86/45 der Saatgutstelle betr. Maßnahmen zur Bewirtschaftung von Pflanzkartoffeln	30
8. 3. 1945	Anordnung Nr. 87/45 der Saatgutstelle betr. Maßnahmen zur Beschleunigung der Versorgung mit gartenbaulichen Sämereien für die Aussaat 1945	30
10. 2. 1945	Verordnung über Vereinfachungen im Wasser- und Wasserverbandrecht	31
15. 1. 1945	Erlaß des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft betr. Durchführung des Kartensystems für Lebensmittel für die 73. Zuteilungsperiode vom 5. März bis 1. April 1945 (mit Ergänzungen für die 72. Zuteilungsperiode)	32

Getreide- und Futtermittelwirtschaft

Anordnung der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft betr. Ausmahlung des Weizens Vom 15. Februar 1945

Auf Grund gesetzlicher Ermächtigung (Anm.) ordne ich mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichskommissars für die Preisbildung und des Reichsbauernführers folgendes an:

- (1) Mit Wirkung vom 15. Februar 1945 dürfen aus Weizen nur noch Mahlerzeugnisse der Typen 550 (Weizengrieß), 1950 (Weizenbrotmehl) und 1700 (Weizenvollkornschrot, Weizenbackschrot) hergestellt und abgesetzt werden.
- (2) Die aus Weizen hergestellten Mahlerzeugnisse müssen den nachstehend angegebenen Typen entsprechen:

Type	vorgeschriebener Aschegehalt in vH	zulässiger Mindestaschegehalt in vH	zulässiger Höchstaschegehalt in vH
550 (Weizengrieß)	0,550	0,490	0,580
1950 (Weizenbrotmehl)	1,950	1,700	2,200
1700 (Weizenvollkornschrot, Weizenbackschrot)	1,700	1,440	1,800

- (1) Die Vorschriften in § 76 Abs. 2 der Anordnung vom 1. Juli 1944 (RNVbl. S. 223) über die Vermahlung des Roggens sind in gleicher Weise bei der Herstellung der Weizenmehltypen 1950 und 1700 anzuwenden.

- (2) Bei der Herstellung der Type 1950 sind entsprechend den technischen Möglichkeiten bis zu 10 vH Weizengrieß vorwegzuziehen.

- (1) Der Preis für Weizenbrotmehl Type 1950 ergibt sich aus der Anlage.

Anm.: Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 27. August 1939¹⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 1521), Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Getreide, Futtermitteln und sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 7. September 1939²⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 1705), Verordnung zur Ordnung der Getreidewirtschaft und der Salzung der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft.

¹⁾ RNVbl. S. 635. ²⁾ RNVbl. S. 665.

- (2) Für die Typen 550 (Weizengrieß) und 1700 (Weizenvollkornschrot, Weizenbackschrot) werden folgende Aufschläge festgesetzt:

Im Reichsgebiet mit Ausnahme des Getreidewirtschaftsverbandes Alpen-Donauland

Type	Aufschlag je 100 kg
550 (Weizengrieß)	11,75 RM
1700 (Weizenvollkornschrot)	3,55 RM
1700 (Weizenbackschrot)	3,05 RM

Im Gebiet des Getreidewirtschaftsverbandes Alpen-Donauland

Type	Aufschlag je 100 kg
550 (Weizengrieß)	15,90 RM
1700 (Weizenvollkornschrot)	7,00 RM
1700 (Weizenbackschrot)	6,50 RM

- Für die Vermahlung des Weizens zur Type 1950 (einschl. Weizengrieß) wird auf Antrag ein Zuschuß in Höhe von 4,50 RM je 100 kg, im Gebiet des Getreidewirtschaftsverbandes Alpen-Donauland in Höhe von 7,20 RM je 100 kg gewährt.

- (1) Die bei den Mühlen noch vorhandenen Bestände an Type 550 (Weizendunst) und Type 1350 (Weizenmehl) dürfen nur bis zum 15. März 1945, die im Besitz von Verteilern befindlichen Mengen bis zum 31. März 1945 verkauft und ausgeliefert werden.

- (2) Die Berechnung hat nach den bisher gültigen Preisbestimmungen zu erfolgen.

- (3) Verarbeitungsbetriebe (Backbetriebe und Teigwarenbetriebe) dürfen die nicht mehr zugelassenen Mahlerzeugnisse nur noch bis zum 15. April 1945 verarbeiten.

- (4) Die nach dem jeweils maßgebenden Zeitpunkt noch vorhandenen Bestände dürfen nur mit Erlaubnis des zuständigen Getreidewirtschaftsverbandes verkauft, geliefert oder verarbeitet werden. Sie sind dem Wirtschaftsverband bis zum 30. April 1945 bereitzustellen.

- (1) Die nach der Herstellung der Type 1950 und 1700 anfallenden Nacherzeugnisse dürfen nur unter der Bezeichnung Weizenschälkleie in den Verkehr gebracht werden.

- (2) Der Preis für Weizenschälkleie wird in Höhe des Preises für Gerstenschälkleie festgesetzt.

- (3) Die nach der Type 1350 angefallene Kleie kann noch

zu dem bisherigen Preis abgesetzt werden. Sie ist noch als Weizenkleie zu kennzeichnen.

7.

(1) Die in der Anordnung vom 31. Oktober 1944 (RNvbl. S. 417) für die Lohn- und Umlauschmüllerei festgesetzten Mahljöhne werden um 0,10 RM je 100 kg erhöht.

(2) Es sind auszuliefern:

92 vH Weizenbrotmehl Type 1950

4 vH Weizenschälkleie

8.

Hinsichtlich seiner Verwendung wird das Weizenbrotmehl Type 1950 dem Roggenmehl Type 1790 und dem Brotmehl 2000 gleichgestellt. Die Getreidewirtschaftsverbände sind berechtigt, gegebenenfalls nähere Bestimmungen zu treffen.

9.

(1) Teigwaren dürfen nur unter Verwendung der Typen 1950 und 1700 hergestellt werden.

(2) Die Preise liegen um 8 RM je 100 kg — im Getreidewirtschaftsverband Alpen-Donauland um 12,50 RM je 100 kg — unter den in §§ 151 und 152 der Anordnung vom 1. Juli 1944 festgesetzten Preisen. Die gemäß § 153 der Anordnung vom 1. Juli 1944 für den Verbraucher geltenden Höchstpreise werden einheitlich um 0,10 RM je kg gesenkt.

10.

Gegen sämtliche Bedarfsnachweise für Brot und Mehl dürfen abgegeben werden:

Roggenmehl Type 1790,

Roggenvollkornschrot und Roggenbackschrot Type 1800,

Roggengemengemehl Type 1750,

Weizenvollkornschrot und Weizenbackschrot Type 1700,

Weizenbrotmehl Type 1950,

Brotmehl Type 2000

sowie die aus den vorerwähnten Mahlerzeugnissen hergestellten Fertigwaren, doch dürfen Mahlerzeugnisse der genannten Art auf Kartenabschnitte nur dann abgegeben werden, wenn diese zum Mehlbezüge berechnen.

Dieser Vorschrift entgegenstehende Bestimmungen der Anordnung vom 1. Juli 1944 treten außer Kraft.

11.

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung werden nach den geltenden Bestimmungen bestraft.

12.

Die Anordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Berlin, den 15. Februar 1945.

Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futter-
mittelwirtschaft
In Vertretung
Wuttke

Mehlpreise

Getreidewirtschaftsverband	Weizenmehl Type 1950	
	ab 15. Februar 1945	
	W	RM
Alpen-Donauland	VIII	21,70
	X	21,95
	XII	22,25
	XIV	22,50
	XVII	22,90
	XXI	23,85
Baden-Elsaß	XVI	21,90
	XVII	21,90
	XX ³⁾	22,25
	XX ⁴⁾	21,90
	XXI	22,25
Bayern	X	21,90
	XIV	21,90
	XVI	21,90
	XVII	21,90
Danzig-Westpreußen	III	21,10
	VI	21,10
	9)	19,80
	10)	20,30
	11)	21,10

Getreidewirtschaftsverband	Weizenmehl Type 1950	
	ab 15. Februar 1945	
	W	RM
Hessen-Nassau	XIII	21,90
	XVI	21,90
	XIX	21,90
	XX ¹²⁾	21,90
	XX ¹³⁾	22,25
Kurhessen	IX	21,15
	XII	21,90
	XIII	21,90
	XVI	21,90
	XIX	21,90
Kurmark	VI	21,10
	VII ¹⁴⁾	21,10
	VII ¹⁵⁾	21,15
	VIII	21,10
	IX	21,10
	X	21,10
	XII	21,80
	XIV	21,90
Mecklenburg	IX	21,60
	X	21,60
Niedersachsen	V	21,15
	VII	21,15
	VIII	21,60
	IX	21,15
	X ¹⁶⁾	21,60
	X ¹⁷⁾	21,15
	XII	21,15
	XIII ¹⁸⁾	21,90
	XIII ¹⁹⁾	21,15
	XVIII	21,90
Niederschlesien	IV	20,35
	VI	20,35
	VII	20,35
Oberschlesien	IV	20,35
	VI	20,80
	VIII	20,80
	21)	20,80
	22)	20,80
Ostpreußen	III	21,10
	VI	21,10
	VIII	21,10
	20)	19,80
	21)	21,10
Pommern	III	21,10
	V	21,10
	VI	21,10
	VII	21,10
	VIII	21,10
	IX	21,10
	X	21,10
Rheinland	XVI	21,90
	XIX	21,90
Sachsen	IV	21,40
	V	21,40
	VII	21,40
	VIII	21,40
	IX	21,40
	X	21,15
Sachsen-Anhalt	V	21,15
	VII	21,15
	VIII	21,15
	IX	21,15
	X	21,15
Schleswig-Holstein	IX	21,40
	X	21,60
	XI	21,60
	XIII	21,90
	XVI	21,90
Sudetenland	IV	20,65
	VI	20,65
	VIII	20,65
	IX	21,55
	XII	21,55
Thüringen	IV	21,15
	V	21,15
	VII ²³⁾	21,15
	VII ²⁴⁾	21,40
	IX	21,90
	XI	21,90

Getreidewirtschaftsverband	Weizenmehl Type 1950	
	ab 15. Februar 1945	RM
	W	
Wartheland	33)	19,80
	34)	19,80
	36)	20,30
	38)	20,30
	37)	20,55
Weser-Ems	XIII	21,90
	XVI	21,90
	XVIII	21,90
Westfalen	IX	21,15
	XII ²⁵⁾	21,15
	XII ²⁶⁾	21,90
	XIII	21,90
	XVI	21,90
	XVIII	21,90
Westmark	XIX	21,90
	XX	22,25
	XXI	22,25
Württemberg	XIV	21,90
	XVI	21,90
	XVII	21,90
	XVIII	21,90
	XIX	21,90

Hinsichtlich der in der vorstehenden Aufstellung verwendeten Index-Ziffern verweise ich auf meine Anlage 6 der Anordnung vom 1. Juli 1944 (RNVbl. S. 223).

Bekanntmachung

der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft betr. Festsetzung der Verarbeitungsquoten der Roggen- und Weizenmühlen

Vom 24. Februar 1945

I.

Die Verarbeitungsquoten für die Roggen- und Weizenmühlen werden, mit Ausnahme der Roggen- und Weizenmühlen im Getreidewirtschaftsverband Alpen- und Donauland (vgl. II), gemäß Ziff. 4 der Anordnung vom 15. Juli 1938 betreffend Regelung der Verarbeitung der Roggen- und Weizenmühlen wie folgt festgesetzt:

1. Die Verarbeitungsquoten betragen für den Monat März 1945 für die Mühlen, die ein Grundkontingent von mehr als insgesamt 500 t Roggen und Weizen haben,
 - 8 vH des Roggengrundkontingentes und
 - 6 vH des Weizengrundkontingentes.

2. Den Mühlen, die ein Grundkontingent bis einschließlich insgesamt 500 t Roggen und Weizen haben, wurden für die drei Monate Januar, Februar und März 1945

25 vH des Roggengrundkontingentes und
22 vH des Weizengrundkontingentes

zur Vermahlung freigegeben.

3. Für Mühlen, die ein Grundkontingent von mehr als 500 t Roggen und Weizen insgesamt haben und denen auf Antrag Vierteljahresquoten bewilligt worden sind, wird die für die drei Monate Januar, Februar und März 1945 bisher festgesetzte Verarbeitungsquote von 25 vH des Roggengrundkontingentes auf

26 vH des Roggengrundkontingentes

erhöht. Die für die Monate Januar, Februar und März 1945 bisher festgesetzte Verarbeitungsquote von 20 vH des Weizengrundkontingentes bleibt unverändert bestehen.

II.

Die Monatsverarbeitungsquoten für die Roggen- und Weizenmühlen im Getreidewirtschaftsverband Alpen- und Donauland werden gemäß Ziff. 2 Abs. 2 der Anordnung der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft vom 21. Dezember 1934 betr. vorläufige Regelung der Verarbeitung der Roggen- und Weizenmühlen in der Ostmark wie folgt festgesetzt:

1. Die Monatsverarbeitungsquoten betragen für den Monat März 1945
 - 165 vH der Monatsgrundquote in Roggen und
 - 115 vH der Monatsgrundquote in Weizen.

2. Für Mühlen, denen auf Antrag Vierteljahresquoten bewilligt worden sind, werden die für die drei Monate Januar, Februar und März 1945 bisher festgesetzten Verarbeitungsquoten von 450 vH der Monatsgrundquote in Roggen und 250 vH der Monatsgrundquote in Weizen auf
 - 495 vH der Monatsgrundquote in Roggen und
 - 300 vH der Monatsgrundquote in Weizen
 erhöht.

3. Neben den Roggenverarbeitungsquoten werden für den Monat März 1945

a) den Mühlen der vorstehenden Ziff. 1 weitere
30 vH der Monatsgrundquote in Weizen und

b) den Mühlen der vorstehenden Ziff. 2 ebenfalls weitere
30 vH der Monatsgrundquote in Weizen
zur Vermahlung nur in Roggen freigegeben.

III.

Auf Grund meiner Anordnung vom 1. Juli 1944¹⁾ betr. Bestimmungen für das Getreidewirtschaftsjahr 1944/45 haben die Mühlen, die im Besitz eines Weizengrundkontingentes sind bzw. über eine Monatsgrundquote in Weizen verfügen, Gerste zu vermahlen, sofern Gerste für diesen Zweck zur Verfügung steht.

1. Zur Vermahlung von Gerste wird für die Mühlen zu Ziff. I Abs. 1 (Mühlen des Altreichs mit einem Gesamtgrundkontingent über 500 t und Monatsquoten) neben der Weizenverarbeitungsquote, die in reinem Weizen auszunutzen ist, für den Monat März 1945 eine Sonderquote von

1 vH des Weizengrundkontingentes

festgesetzt.

2. Zur Vermahlung von Gerste wurden neben den Weizenverarbeitungsquoten, die in reinem Weizen auszunutzen sind, für die Monate Januar, Februar und März 1945 die folgenden Sonderquoten freigegeben:

a) für die Mühlen zu Ziff. I Abs. 2 (Mühlen des Altreichs mit einem Gesamtgrundkontingent bis 500 t)

3 vH des Weizengrundkontingentes,

b) für die Mühlen zu Ziff. II Abs. 2 (Mühlen des Getreidewirtschaftsverbandes Alpen- und Donauland mit Vierteljahresquoten)

30 vH der Weizenmonatsgrundquote.

3. Die für die Mühlen zu Ziff. I Abs. 3 (Mühlen des Altreichs mit einem Gesamtgrundkontingent über 500 t und Vierteljahresquoten) zur Vermahlung von Gerste für die Monate Januar, Februar und März 1945 bisher festgesetzte Sonderquote von 2 vH des Weizengrundkontingentes wird auf

3 vH des Weizengrundkontingentes

erhöht.

IV.

Lohn- und Umtauschmüllerei, soweit diese nach den bestehenden Vorschriften statthaft ist, wird auf die Verarbeitungsquoten angerechnet. Lohnvermahlungen einer Mühle für eine andere Mühle werden auf die Verarbeitungsquoten der Mühle angerechnet, die den Mahlauftrag erteilt hat.

V.

Gemäß § 73 der Anordnung vom 1. Juli 1944 (Bestimmungen für das Getreidewirtschaftsjahr 1944/45) gelten die Anweisungen der vorstehenden Ziff. I, III und IV für die Mühlen des Altreichs, denen an Stelle des Grundkontingentes eine Verarbeitungsanweisung erteilt wurde, entsprechend.

VI.

Die Ausnutzung der für das Abrechnungsjahr 1944/45 (1. April 1944 bis 31. März 1945) bei Roggen, Weizen und Gerste festgesetzten Verarbeitungsquoten wird über den 31. März 1945 hinaus nicht zugelassen.

Berlin, den 24. Februar 1945.

Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und
Futtermittelwirtschaft

In Vertretung

Wuttke

1) RNVbl. S. 325. 2) RNVbl. S. 891. 3) RNVbl. S. 223.

Saatgut

Anordnung

betr. Änderung der Anordnung des Reichsbauernführers betr. Vertriebs- und Preisregelung für Saatgut von bitterstofffreien Lupinen ab Ernte 1943

Vom 24. Februar 1945

Auf Grund der Verordnung über Saatgut vom 26. März 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 248) wird mit Zustimmung des Reichskommissars für die Preisbildung angeordnet:

§ 1

In Abänderung des § 1 der Anordnung des Reichsbauernführers betr. Vertriebs- und Preisregelung für Saatgut von bitterstofffreien Lupinen ab Ernte 1943 (RNvbl. S. 206) wird der Verbraucherfestpreis für anerkannten Nachbau von bitterstofffreien Lupinen ab Ernte 1944 auf 54 RM je 100 kg festgesetzt. In diesem Preis ist ein Erzeugerpreis von 48 RM je 100 kg eingeschlossen. Die übrigen Bestimmungen der vorgenannten Anordnung bleiben auch für den anerkannten Nachbau von bitterstofffreien Lupinen nach wie vor in Kraft.

Berlin, den 24. Februar 1945.

Der Reichsbauernführer

Im Auftrag

Dr. Winnigstedt

Anordnung Nr. 86/45 der Saatgutstelle

betr. Maßnahmen zur Bewirtschaftung von Pflanzkartoffeln

Vom 28. Februar 1945

Auf Grund der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Saatgut vom 18. Oktober 1939¹⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 2051) in der Fassung der Änderungsverordnung vom 14. Juni 1940²⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 878) und der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Saatgut in den eingegliederten Ostgebieten vom 31. Juli 1940³⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 1074) wird folgendes angeordnet:

Die Anordnung Nr. 77/44 der Saatgutstelle vom 7. Juni 1944 (RNvbl. S. 160) wird wie folgt abgeändert und ergänzt:

I.

(1) Alle im Zeitpunkt des Inkrafttretens der vorliegenden Anordnung bereits abgeschlossenen Verträge über Lieferung von Pflanzkartoffeln aus dem Gebiet einer Landesbauernschaft in das Gebiet einer anderen Landesbauernschaft (übergebieltliche Lieferungen) verlieren vorbehaltlich der Bestimmung in Abs. 2 mit diesem Zeitpunkt ihre Rechtsgültigkeit; es sei denn, daß die Ware in dem genannten Zeitpunkt bereits verladen ist.

(2) Unbeschadet der Bestimmung des Abs. 1 behalten ihre Rechtsgültigkeit Verträge über übergebieltliche Lieferung von Pflanzkartoffeln zwischen dem Erzeuger und dem zum Aufkauf berechtigten Erstverleiher.

II.

Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens der vorliegenden Anordnung ab dürfen Verträge über übergebieltliche Lieferung von Pflanzkartoffeln nur gemäß den den Kartoffelwirtschaftsverbänden von der Saatgutstelle erteilten Weisungen abgeschlossen und ausgeführt werden. Verträge, die diesen Weisungen nicht entsprechen, sind rechtsungültig.

III.

§ 5 der Anordnung Nr. 77/44 vom 7. Juni 1944 (RNvbl. S. 160) gilt nur für Verträge über Lieferung von Pflanzkartoffeln innerhalb des Gebietes einer Landesbauernschaft (innergebieltliche Lieferungen).

IV.

Die Kartoffelwirtschaftsverbände können für ihren Bezirk eine den vorstehenden Bestimmungen entsprechende Regelung hinsichtlich der innergebieltlichen Lieferung von Pflanzkartoffeln treffen.

V.

Diese Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. Februar 1945.

Der Vorsitzende der Saatgutstelle

In Vertretung

Dr. Spennemann

¹⁾ RNvbl. S. 782. ²⁾ RNvbl. S. 256. ³⁾ RNvbl. S. 434.

Anordnung Nr. 87/45 der Saatgutstelle betr. Maßnahmen zur Beschleunigung der Versorgung mit gartenbaulichen Sämereien für die Aussaat 1945

Vom 8. März 1945

Die Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse muß auf jeden Fall sichergestellt werden. Voraussetzung hierfür ist die schnelle und reibungslose Verteilung der gartenbaulichen Sämereien bis zum letzten Verbraucher. Mit Rücksicht auf die derzeitigen Erschwernisse in den Verkehrsverhältnissen wird daher auf Grund der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Saatgut vom 18. Oktober 1939¹⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 2051) in der Fassung der Änderungsverordnung vom 14. Juni 1940²⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 878) und auf Grund der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Saatgut in den eingegliederten Ostgebieten vom 31. Juli 1940³⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 1074) mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsbauernführers folgendes angeordnet:

§ 1

(1) Die Verkäufer von gartenbaulichen Sämereien sind, soweit nicht für den Käufer günstigere Zahlungsbedingungen, wie z. B. Zahlung innerhalb einer bestimmten Frist nach Lieferung, vereinbart werden, nur berechtigt, Kasse gegen Verlade-papiere beim Käufer oder bei einer Bank des Käufers zu verlangen.

(2) Ausnahmen von dieser Bestimmung sind nur zulässig, soweit der Verkäufer mit einem bestimmten Käufer im bisherigen Geschäftsverkehr ständig andere Zahlungsbedingungen vereinbart hatte.

(3) Der Versand von gartenbaulichen Sämereien durch Postnachnahme bleibt hiervon unberührt.

§ 2

Der Versand von gartenbaulichen Sämereien darf nicht deshalb unterbleiben oder verzögert werden, weil der Verkäufer nach dieser Anordnung für ihn günstigere Zahlungsbedingungen nicht verlangen darf.

§ 3

Um die Verkäufer von gartenbaulichen Sämereien von den durch diese Regelung eintretenden Risiken zu entlasten, wird von der Saatgutstelle eine Finanzbeihilfe nach Maßgabe der folgenden Grundsätze gewährt.

§ 4

Die Finanzbeihilfe in Form eines zinslosen Darlehens wird den Verkäufern von gartenbaulichen Sämereien auf Antrag durch die Saatgutstelle gewährt, soweit Forderungen aus dem Verkauf von gartenbaulichen Sämereien, die vom 1. Januar 1945 ab versandt worden sind, nicht innerhalb einer Frist von einem Monat nach dem Zeitpunkt eingegangen sind, in dem sie nach dem zwischen den Parteien abgeschlossenen Kaufvertrage unter Zugrundelegung normaler Verkehrsverbindungen hätten eingehen müssen.

§ 5

(1) Voraussetzungen für die Gewährung der Finanzbeihilfe sind:

1. Die gartenbaulichen Sämereien müssen vom Verkäufer zum Versand gebracht und dürfen bis zum Tage der Antragstellung nicht wieder in seinen Besitz gelangt sein.
2. Der Verkäufer muß sämtliche sonstigen ihm nach dem Kaufvertrag obliegenden Verpflichtungen, soweit nicht höhere Gewalt dem entgegensteht, erfüllt haben.
3. Die Finanzbeihilfe wird in Höhe von 80 vH des durch den Nichteingang des Rechnungsbetrages entstandenen Ausfalls gewährt, soweit dieser Ausfall 6 vH des Gesamtjahresumsatzes der die Finanzbeihilfe in Anspruch nehmenden Firma in gartenbaulichen Sämereien übersteigt. Maßgebend ist der Umsatz des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres.
4. Der Darlehensbetrag muß mindestens 10 000 RM betragen.

(2) Der Antrag muß bis zum 1. Oktober 1945 bei der Saatgutstelle eingegangen sein.

§ 6

Die Finanzbeihilfe wird, auch wenn die Voraussetzungen des § 5 gegeben sind, nicht gewährt, wenn der Geschäftsbetrieb des Verkäufers im Zeitpunkt der Antragstellung stillgelegt ist.

¹⁾ RNvbl. S. 782. ²⁾ RNvbl. S. 256. ³⁾ RNvbl. S. 434.

§ 7

Die Saatgutstelle kann in gesondert gelagerten Fällen zur Vermeidung von unbilligen Härten von den Voraussetzungen des § 5 Abs. 1 Ziff. 4, Abs. 2 und des § 6 ganz oder teilweise Abstand nehmen.

§ 8

Die Gewährung des Darlehns erfolgt unter folgenden Bedingungen:

1. Das Darlehn wird zinslos gewährt.
2. Die Rückzahlung des Darlehnsbetrages hat nur nach Maßgabe der Bestimmungen der Ziffern 3 bis 7 zu erfolgen.
3. Gelangt der Verkäufer wieder in den Besitz von Ware, die er nach dem 1. Januar 1945 versandt hat, ohne daß der Rechnungsbetrag bei ihm eingegangen ist, so hat er 80 vH des Rechnungsbetrages unverzüglich an die Saatgutstelle als Rückzahlung auf das Darlehn zu zahlen.
4. Geht ein Forderungsbetrag, der bei der Gesamterrechnung des eingetretenen Ausfalls mitberücksichtigt worden ist, ganz oder teilweise nach der Antragstellung bei dem Darlehnsnehmer ein, so hat er 80 vH des eingegangenen Betrages an die Saatgutstelle zum Zwecke der Rückzahlung des Darlehns unverzüglich zu zahlen.
5. Wird dem Darlehnsnehmer auf Grund bestehender oder später erlassener gesetzlicher Anordnungen eine Entschädigung wegen des Ausfalles der Forderungen gewährt, die in die Gesamtaufstellung zum Zwecke der Errechnung des

Ausfalls aufgenommen worden sind, so hat er 80 vH des an ihn gezahlten Entschädigungsbetrages an die Saatgutstelle zum Zwecke der Rückzahlung des Darlehns zu zahlen.

6. Der Darlehnsnehmer hat mit der Gewährung des Darlehns die ihm gemäß § 8 Ziff. 4 und 5 gegen die Schuldner und gegen die die Entschädigung auszahlenden Stellen zustehenden Forderungen auf die Saatgutstelle zum Zwecke der Sicherung des Darlehns zu übertragen.
- Die Übertragung erlischt, so bald das Darlehn getilgt ist.
7. Hat ein Darlehnsnehmer bei der Stellung des Antrages vorsätzlich oder grobfahrlässig falsche Angaben gemacht und dadurch die Gewährung eines Darlehns erreicht, so kann die Saatgutstelle Darlehn fristlos aufkündigen und Verzinsung des Darlehns vom Tage der Gewährung ab mit 1 vH über Reichsbankdiskont verlangen.

§ 9

Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften dieser Anordnung werden unbeschadet der Bestrafung nach den allgemeinen Strafvorschriften mit Ordnungsgeldstrafen bis zu 100 000 RM im Einzelfall bestraft.

§ 10

Die Anordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.
Berlin, den 8. März 1945.

Der Vorsitzende der Saatgutstelle
Dr. Roemer

Bodenrecht

Verordnung

Über Vereinfachungen im Wasser- und Wasser-verbandrecht

Vom 10. Februar 1945

(Reichsgesetzbl. I S. 29)

Auf Grund des Erlasses des Führers über den totalen Kriegseinsatz vom 25. Juli 1944 (Reichsgesetzbl. I S. 161) wird im Einvernehmen mit dem Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz, dem Reichsminister und Chef der Reichskanzlei, dem Leiter der Partei-Kanzlei und dem Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung verordnet:

§ 1

(1) An Stelle von Wasserbenutzungsrechten nach Maßgabe der Wassergesetze können von den zu deren Gewährung zuständigen Behörden Bewilligungen zur Benutzung von Wasserläufen, Seen und unterirdischem Wasser erteilt werden. Die bewilligten Benutzungen unterliegen nicht dem Anspruch auf Unterlassung und sind nur aus überwiegenden Gründen des gemeinen Wohles widerruflich.

(2) Soweit nach den bestehenden Vorschriften zu der Benutzung die Zustimmung des Eigentümers erforderlich ist, behält es dabei sein Bewenden.

§ 2

(1) Die Wasserbenutzung, für die eine Bewilligung erteilt wird, darf das gemeine Wohl nicht beeinträchtigen. Nachteilige Wirkungen für Dritte sind durch Einrichtungen und Maßnahmen auszugleichen, soweit solche mit der Ausgestaltung und dem Betrieb der Wasserbenutzung vereinbar und wirtschaftlich gerechtfertigt sind. Entsprechende Auflagen sind vorzuschreiben; sie können aus kriegsbedingten Gründen auch Einrichtungen und Maßnahmen vorsehen, die vorübergehender Art sind.

(2) Die Bewilligung schließt Entschädigungsansprüche nachteilig Betroffener nicht aus. Sie können im ordentlichen Rechtswege verfolgt werden.

§ 3

(1) Vor der Bewilligung ist die Absicht mit Fristsetzung zur Erhebung von Einsprüchen öffentlich bekanntzumachen. Ist die Bekanntmachung nicht tunlich, so sind die Betroffenen in geeigneter Weise zu unterrichten.

(2) Einsprüche sind unter Zuziehung desjenigen, dem die Bewilligung erteilt werden soll, und der beteiligten Behörden sowie des Reichsnährstandes, wenn der Bereich der Land- und der Ernährungswirtschaft berührt wird, mündlich zu erörtern. Von mündlicher Erörterung kann abgesehen werden, wenn die

entscheidende Behörde den Sachverhalt als hinreichend geklärt erachtet. Die Verordnung über die Vereinfachung des wasserrechtlichen Verwaltungsverfahrens vom 28. August 1942* (Reichsgesetzbl. I S. 542) findet keine Anwendung.

§ 4

(1) Wird eine Bewilligung widerrufen und würde der Widerruf zur Entschädigung verpflichten, wenn ein Wasserbenutzungsrecht nach Maßgabe der Wassergesetze erteilt worden wäre, so ist der Inhaber der Bewilligung für Nachteile angemessen zu entschädigen, soweit sie ihm billigerweise nicht zugemutet werden können. Die Entschädigung fällt demjenigen zur Last, der nach den bestehenden Bestimmungen bei Zurrücknahme des Wasserbenutzungsrechts entschädigungspflichtig gewesen wäre.

(2) Der Generalinspektor für Wasser und Energie wird ermächtigt, für die Bemessung der Entschädigungen Richtlinien zu erlassen.

§ 5

Über das Bestehen und den Umfang der Bewilligung sowie über den Widerruf und die Entschädigung im Falle des Widerrufs entscheiden die Verwaltungsbehörden, die zur Gewährung von Wasserbenutzungsrechten zuständig sind.

§ 6

Die Bewilligung schließt die Gewährung eines Rechts zur Wasserbenutzung nach Maßgabe der Wassergesetze nicht aus. Die zur Gewährung der Wasserbenutzungsrechte zuständigen Behörden können jedoch die Einleitung und Fortführung der vorgeschriebenen Verfahren zurückstellen und eine Bewilligung zur Wasserbenutzung erteilen.

§ 7

(1) Eine zeitlich begrenzte wasserrechtliche Befugnis wird auf die Geltungsdauer der Verordnung verlängert. Die zuständige Behörde kann die Verlängerung ausschließen oder kürzen.

(2) Erlischt nach den Vorschriften des Reichs und der Länder eine wasserrechtliche Befugnis, wenn nicht innerhalb einer bestimmten Frist eine Handlung vorgenommen wird, so bleibt bei Berechnung der Frist die Zeit des Krieges außer Ansatz. Dies gilt nicht, wenn die Handlung nach Entscheidung der zuständigen Behörden schuldhaft unterlassen worden ist.

§ 8

(1) Verbandversammlungen (Genossenschaftsversammlungen) und Ausschusssitzungen der Wasser- und Bodenverbände können mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden während des Krieges unterbleiben. Soweit dies geschieht, wer-

* RNVI. S. 422.

den die gesetzlich und satzungsmäßig der Verbandversammlung und dem Ausschuß vorbehaltenen Entscheidungen von dem Vorstand mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde getroffen; die Entlastung des Vorstandes wird jedoch den satzungsmäßigen Organen bei ihrem nächsten Zusammentreten vorbehalten. Die Aufsichtsbehörde kann Befugnisse des Vorstandes dem Vorsteher übertragen, soweit dies zur Behebung eines Notstandes erforderlich ist.

(2) Die Amtsdauer der Mitglieder des Vorstandes und Ausschusses sowie der besonderen Spruchstellen (Berufungsausschüsse, Berufungskommissionen) läuft während der Geltungsdauer der Verordnung nicht ab. Scheidet ein Mitglied infolge Todes oder aus sonstigen Gründen aus, so kann von der Bestellung eines Ersatzmitgliedes abgesehen werden, wenn nicht berechnete Interessen dem entgegenstehen. Die Ersatzmitglieder werden erforderlichenfalls von der Aufsichtsbehörde ernannt.

§ 9

Der Generalinspektor für Wasser und Energie kann im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern wasserrechtliche Zuständigkeiten von den bisher zuständigen Landesbehörden auf Reichsbehörden oder auf die Behörden eines anderen Landes übertragen, wenn es sich zur Vermeidung von

Erschwernissen der Verwaltung als notwendig erweist, Zuständigkeiten an einem Gewässer zusammenzufassen.

§ 10

(1) Die Verordnung tritt am siebenten Tage nach der Verkündung in Kraft; § 7 Abs. 2 gilt jedoch rückwirkend vom 1. September 1939 ab. Sie gilt auch in den eingegliederten Ostgebieten.

(2) Die Verordnung gilt für die Dauer des Krieges. Der Generalinspektor für Wasser und Energie kann ihre Anwendung auch für die unmittelbar auf den Krieg folgende Zeit anordnen. Er bestimmt den Zeitpunkt ihres Außerkrafttretens.

§ 11

Der Generalinspektor für Wasser und Energie erläßt die zur Durchführung erforderlichen Vorschriften durch Rechtsverordnung oder im Verwaltungswege.

Berlin, den 10. Februar 1945.

Der Generalinspektor für Wasser und Energie

Im Auftrag

Dr. Wehrmann

Kriegsernährungswirtschaft

Erlaß

des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft betr. Durchführung des Kartensystems für Lebensmittel für die 73. Zuteilungsperiode vom 5. März bis 1. April 1945 (mit Ergänzungen für die 72. Zuteilungsperiode)

Vom 15. Januar 1945

Erster Teil

Ergänzungen für die 72. Zuteilungsperiode

In der 72. Zuteilungsperiode werden auf die Abschnitte B1 und B2 der Grundkarten für über 3 Jahre alte Versorgungsberechtigte, der Ergänzungskarten SV1 bis 6 und SV8 sowie der AZ-Karten je 125 g Fleisch oder Fleischwaren abgegeben.

Die zweite Kürzung der Käseration um 62,5 g als Restausgleich für die in der 69. Zuteilungsperiode erfolgte Fleischezuteilung (vgl. Zuteilungserlaß II B1—72 vom 20. Dezember 1944*) wird in der 72. Zuteilungsperiode vorgenommen. Demgemäß beträgt die Käseration in dieser Zuteilungsperiode 62,5 g. Die Abgabe erfolgt auf den dafür vorgesehenen Käseabschnitt.

Zweiter Teil

Festsetzung der Rationen für die 73. Zuteilungsperiode

Die Lebensmittelrationen der 72. Zuteilungsperiode gelten mit folgenden Ausnahmen auch in der 73. Zuteilungsperiode:

Fettrationen

Die über 6 Jahre alten Versorgungsberechtigten und Teilselbstversorger mit Butter erhalten in der 73. Zuteilungsperiode an Stelle von 125 g Schweineschlachtfellen die dem Fettgehalt nach gleiche Menge von 100 g Butterschmalz. Demgemäß hat der Abschnitt C der Grundkarten E, Jgd, grK und K sowie der Ergänzungskarten SV1 E, SV3 K und SV5 Jgd den Aufdruck „100 g Butterschmalz“ erhalten.

Es bleibt vorbehalten, den über 10 Jahre alten Versorgungsberechtigten in der 73. Zuteilungsperiode an Stelle von 125 g Butter eine andere Fettart zuzuteilen. Aus diesem Grunde lautet der Abschnitt D der Grundkarten E, Jgd und grK lediglich über 125 g ohne Angabe der Warenart.

Fett/Fleischtausch

Die Entscheidung darüber, ob die Ausgabe von 250 g Fleisch an Stelle von Fett auf die Abschnitte B1 und B2 für die über 3 Jahre alten Versorgungsberechtigten und Teilselbstversorger auch in der 73. Zuteilungsperiode noch fortgesetzt wird, bleibt vorbehalten und wird rechtzeitig vor Beginn der 73. Zuteilungsperiode bekanntgegeben. Daher enthalten die Abschnitte B1 und B2 auf den Grundkarten der über 3 Jahre

alten Versorgungsberechtigten, auf den Ergänzungskarten der Teilselbstversorger sowie auf den AZ-Karten wiederum nur die Mengenangabe von je 62,5 g, aber nicht die Angabe der Warenart.

Käse

Die Käseration von 125 g wird zur Hälfte auf einen über 62,5 g lautenden Käseabschnitt und zur Hälfte auf einen noch bekanntzugebenden freien Z- bzw. W-Abschnitt der Grund- und AZ-Karten ausgegeben. Auf Grund dieser Regelung besteht die Möglichkeit, einer etwa eintretenden Verschlechterung der Käseversorgungslage Rechnung zu tragen.

Marmelade und Kunsthonig

Wie bereits angekündigt, erhalten die Versorgungsberechtigten im Alter von 10 bis 18 Jahren in der 73. Zuteilungsperiode 125 g Kunsthonig.

Übrige Rationen

Folgende Erzeugnisse werden in der gleichen Menge wie in der 72. Zuteilungsperiode verteilt:

Brot, Mehl, Fleisch (Ausgleichszuteilungen an Stelle von anderen Lebensmitteln sind hierbei nicht berücksichtigt), Margarine, Nahrungsmittel, Kartoffelstärkeerzeugnisse, Quark und Vollmilch, ferner die Normalration an Marmelade (wahlweise Zucker).

Dritter Teil

Durchführungsbestimmungen und sonstige Regelungen

Erster Abschnitt

Zuckerversorgung

Die Verbraucher sind mit dem ihnen zustehenden Zucker bis zur 72. Zuteilungsperiode einschließlich versorgt (vgl. Erlaß vom 20. Dezember 1944 — II B1—72 —). In der 73. Zuteilungsperiode wird die unveränderte Ration von 875 g Zucker auf die entsprechenden Abschnitte der Grundkarten abgegeben. Ein Vorgriff auf den Zucker einer späteren Zuteilungsperiode erfolgt in der 73. Zuteilungsperiode nicht.

Zweiter Abschnitt

Abgabe von Nahrungsmitteln

Die Abgabe von Nahrungsmitteln wird dahin vereinfacht, daß die unveränderte Ration von 550 g auf 2 Abschnitte über je 25 g Stärkeerzeugnisse und im übrigen auf mit dem Aufdruck „Nahrungsmittel“ gekennzeichnete Abschnitte ausgegeben wird. Für die über 3 Jahre alten Vollselbstversorger (Grundkarten SV und SV/Klk) wird die bisherige Ration von 175 g Nahrungsmitteln auf Abschnitte ausgegeben, die sämtlich über „Nahrungsmittel“ lauten. Ebenso enthalten auch die Berechtigungskarten für werdende und stillende Mütter sowie Wöchnerinnen keine Teigwaren-Abschnitte mehr.

Die Nahrungsmittelabschnitte berechnen zum Bezüge von

*) RNvbl. 1945 S. 15.

Getreidenährmitteln und Teigwaren im Rahmen der vorhandenen Vorräte. Die Kleinverteiler sind zu einer möglichst gleichmäßigen Verteilung dieser Erzeugnisse an die Verbraucher verpflichtet.

Der Aufdruck „T“ auf einzelnen Nährmittelabschnitten fällt von der 73. Zuteilungsperiode ab fort. Bei den Urlauberkarten verliert der „T“-Aufdruck auf einzelnen Nährmittelabschnitten mit Wirkung vom 5. März 1945 seine Bedeutung.

Die Ausstellung von Bezugscheinen über „Teigwaren“ (vgl. Erlaß betr. Durchführung des Kartensystems vom 12. März 1940 — II C 1—1200 —) hat künftig zu unterbleiben. Den Kleinverteilern werden auf Nährmittelbezugscheine Getreidenährmittel einschließlich Teigwaren im Rahmen der beim Großhandel vorhandenen Vorräte geliefert.

Dritter Abschnitt

Kartenwesen

1. Gültigkeit der Reichs-Lebensmittelbedarfsnachweise im Generalgouvernement

Die Ernährungsämter werden darauf hingewiesen, daß mit Wirkung vom 15. Dezember 1944 sämtliche reichsdeutschen Lebensmittelbedarfsnachweise einschließlich der Reise- und Gaststättenmarken, Lebensmittelmarken, Brotmarken für Wehrmachtangehörige, Urlauberkarten usw. im Generalgouvernement keine Gültigkeit mehr besitzen. Auch in den Gaststätten, Kasinos und sonstigen Verpflegungseinrichtungen des Generalgouvernements werden derartige Bedarfsnachweise nicht mehr entgegengenommen.

2. Belieferung von verfallenen Abschnitten bei nicht ausreichenden Warenbeständen

Ich ermächtige die Ernährungsämter, die Gültigkeit von Kartenabschnitten ausnahmsweise über die jeweilige Zuteilungsperiode hinaus zu verlängern, wenn Infolge von Transportschwierigkeiten oder aus anderen Gründen die Kleinverteiler nicht in der Lage sind, diese Abschnitte fristgemäß einzulösen. Von dieser Ermächtigung darf nur in dringenden Fällen Gebrauch gemacht werden.

3. Abgabe von Seltenerzeugnissen

Auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministers, dessen nähere Durchführungsbestimmungen abzuwarten sind, enthalten die Grundkarten 73 für über 3 Jahre alte Verbraucher einen mit „ES I“ bezeichneten Abschnitt.

4. Paplerfarben

Meine Feststellungen haben ergeben, daß die vorhandenen Bestände an hellrotem, karmesinrotem und lila Papier nicht ausreichen, um die reibungslose ein- oder mehrmalige Verwendung der Restbestände zur Herstellung der Grund- oder Ergänzungskarten zu gewährleisten. Von dem mit Erlaß vom 23. Oktober 1944 — II B 1—70 — bekanntgegebenen Vor-

behalt mache ich deshalb keinen Gebrauch. Die Ernährungsämter haben die Restbestände an diesen Papiersorten für andere amtliche Drucksachen aufzubrauchen.

5. Kartenformate

Infolge der Unterbringung neuer Abschnitte mußten einige Kartenformate geändert werden. Eine Zusammenstellung der in der 73. Zuteilungsperiode gültigen Kartenformate, soweit gegenüber der 72. Zuteilungsperiode eine Änderung eingetreten ist, ist aus der Anlage ersichtlich.

Vierter Abschnitt

Schlußbestimmungen

Abgabe der Bestellscheine

Die Verbraucher haben die Bestellscheine 73 für Vollmilch und für entrahmte Frischmilch in der Woche vom 26. Februar bis 3. März 1945 bei den Verteilern abzugeben, sofern nicht die Ernährungsämter die Abgabe auf bestimmte Tage dieser Woche beschränken.

Maternübersendung

Die gemäß den Vorschriften dieses Erlasses hergestellten Matern werden wie üblich übersandt.

Die Ernährungsämter haben die Druckmatern, die nicht für das gesamte Reichsgebiet einheitlich hergestellt werden, sofort nach ihrem Eingang auf ihre Richtigkeit zu prüfen.

Inkrafttreten

Die Bestimmungen dieses Erlasses über die Zuteilungen für die Zeit vom 5. März bis 1. April 1945 treten am 5. März 1945, die übrigen Anordnungen, soweit nichts anderes bestimmt ist, sofort in Kraft.

Berlin, den 15. Januar 1945.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft

Im Auftrag

Dr. Moritz

Anlage

Zusammenstellung der in der 73. Zuteilungsperiode gültigen Kartenformate, soweit sie sich gegenüber der 72. Zuteilungsperiode geändert haben

	bisher		jetzt	
	Format cm	Nutzenzahl	Format cm	Nutzenzahl
Grundkarte				
Jgd . . .	19,7 : 14	18	21 : 14,8	16
K . . .	16,8 : 14,8	20	19,7 : 14	18
SV Kist . .	11,8 : 10,5	40	11,8 : 12	35
TSV K . .	16,8 : 14,8	20	19,7 : 13,1	18
TSV Kik . .	14 : 14,8	24	16,3 : 14,8	20
Ergänzungskarte				
SV 10 . .	11,8 : 10,5	40	11,8 : 9,3	45

Unsere Schriftenreihe für die Praxis

ARBEITEN DES REICHSNÄHRSTANDES

Bisher erschienen 75 Bände mit einer
Gesamtauflagenhöhe von fast
einer Million

Behandelte Gebiete:

Ackerbau
Viehzucht und Pflege
Bauen auf dem Lande
Technik in der Landwirtschaft
Garten- und Weinbau
Hauswirtschaft
Wirtschaftsfragen

Weitere Bände sind in Vorbereitung

Diese Fachbücher unterstützen alle landwirtschaftlich Tätigen bei der Erfüllung ihrer kriegswichtigen Aufgaben in Haus und Hof

REICHSNÄHRSTANDSVRLAG (I) BERLIN

Dr. Rudolf Habeck:

Erzeugung und Bewirtschaftung inländischer Schafwolle und Angorakaninwolle

Eine wichtige Neuerscheinung für Schaf- und Angorakaninzüchter und die wollverarbeitende Industrie. Das Buch berichtet über die Entwicklung und Handhabung der Bewirtschaftung dieser volkswirtschaftlich wertvollen Rohstoffe, bringt darüber hinaus alle Bestimmungen, Erlasse, Anordnungen und Durchführungsverordnungen auf dem Gebiete der Erzeugung, Bewirtschaftung und Marktregelung, erläutert die Grundgedanken und Ziele der getroffenen Maßnahmen und ist damit der Praxis in Zweifelsfällen ein wertvolles Nachschlagewerk.

88 Seiten

2,10 RM

REICHSNÄHRSTANDSVRLAG (I) BERLIN



VERKÜNDUNGSBLATT des Reichsnährstandes

(abgekürzt RNVbl.)

Erscheinen nach Bedarf. Bezug durch die Postanstalten. — Verlag: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin N 4, Linienstraße 139—140. Fernsprecher: 41 66 51. Postscheckkonto: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin 1006 71. Bankkonto: Bank für Landwirtschaft, Berlin SW 11, Dessauer Straße 28. Schriftleitung: Berlin SW 11, Dessauer Straße 28. Fernsprecher: 19 55 41.

Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich RM 3,60 (einschl. 12 Rpf. Postzeitungsgebühr und 6,4 Rpf. Postverpackungsgebühr) und 24 Rpf. Bestellgeld. Ausland RM 1,20 und Porto. Einzelbezug jeder — auch jeder älteren — Nummer bis zu 8 Seiten 15 Rpf. u. Porto, über 8 Seiten erfolgt Berechnung nach Umfang. Bei größeren Bestellungen 10 bis 60 vH Preisermäßigung.

1945

Ausgegeben zu Berlin, den 19. März

Nr. 10

Datum	Inhalt	Seite
28. 2. 1945	Anordnung über die Verminderung der Geflügelbestände	35
28. 2. 1945	Durchführungsbestimmungen zur Anordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über die Verminderung der Geflügelbestände	35
28. 2. 1945	Anordnung über die Ziegenhaltung	36
28. 2. 1945	Durchführungsbestimmungen zur Anordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über die Ziegenhaltung	37
12. 3. 1945	Anordnung des Reichsbauernführers betr. Maßnahmen zur Sicherung der landwirtschaftlichen Erzeugung und Ablieferung; Lenkung der stickstoffhaltigen und phosphorsäurehaltigen Düngemittel.	37

Viehwirtschaft

Anordnung über die Verminderung der Geflügelbestände

Vom 28. Februar 1945

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 32 vom 3. März 1945)

Ausreichend Kartoffeln und Getreide sind zur Sättigung des deutschen Volkes in erster Linie erforderlich. Sie haben mehr als bisher der direkten menschlichen Ernährung zu dienen. Insbesondere erfordert die Versorgung der aus dem Osten rückgeführten sparsamste Bewirtschaftung der vorhandenen Mengen dieser Grundnahrungsmittel.

Durch eine mehr als friedensmäßige Geflügelhaltung wurden von diesen Nahrungsmitteln im Deutschen Reich jährlich 1,5 Millionen Tonnen Getreide und ebensoviel Kartoffeln an Geflügel aller Art verfüttert.

Bei der augenblicklichen Lage kann eine Verwendung dieser je 1,5 Millionen Tonnen Getreide und Kartoffeln als Futtermittel für Geflügel aller Art nicht mehr verantwortet werden, zumal bei der Umwandlung dieser pflanzlichen Nahrungsmittel in tierische Erzeugnisse erhebliche Mengen an Nahrungswerten verlorengehen.

Aus diesen Gründen muß die Geflügelhaltung auf das stärkste eingeschränkt werden. Dabei ist es unvermeidlich, daß die landwirtschaftlichen Betriebe ihre Geflügelbestände auf ein Mindestmaß beschränken und alle diejenigen, die in den Städten wohnen, ihr Geflügel ganz abschaffen müssen. Auf Grund des § 36 der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 27. August 1939¹⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 1521) wird daher angeordnet:

§ 1

Die Haltung von Gänsen, Enten, Truthühnern und Perlhühnern ist ab 1. April 1945 verboten.

§ 2

Hühner — auch Zwerghühner — dürfen nur von solchen Personen oder Betrieben gehalten werden, die aus eigener Erzeugung über das hierfür erforderliche Futter verfügen.

§ 3

Die Neuerrichtung von Hühnerhaltungen ist verboten.

§ 4

Hühnerhalter dürfen ab 1. Juni 1945 für jede zum Haushalt gehörende deutsche Person nur eine Henne halten.

§ 5

(1) Der Reichsnährstand wird ermächtigt, Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Er kann Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Anordnung zulassen, wenn diese im Kriegsinteresse liegen. Er kann seine Befugnisse auf andere Stellen übertragen.

(2) Anordnungen allgemeiner Art, die der Reichsnährstand oder die von ihm beauftragten Stellen auf Grund dieser Anordnung erlassen, sowie die Übertragung seiner Befugnisse auf andere Stellen bedürfen der Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft.

§ 6

(1) Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung und Vorschriften, die auf Grund dieser Anordnung erlassen werden, werden nach den Vorschriften der Verbrauchsregelungs-Strafverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. November 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 734) bestraft.

(2) Geflügel, das entgegen den Vorschriften dieser Anordnung und den Durchführungsvorschriften gehalten wird, wird gemäß §§ 9 und 10 der Verbrauchsregelungs-Strafverordnung eingezogen. Mit Zustellung des Einziehungsbescheides unterliegt dieses Geflügel der Verfügungsgewalt des Kreisbauernführers.

§ 7

Diese Anordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

§ 8

Die Bestimmungen der Anordnung über die Kleintierhaltung vom 28. März 1944²⁾ (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 79) treten, soweit sie sich auf Geflügel erstrecken, mit Ausnahme des § 8 am Tage nach der Verkündung dieser Anordnung außer Kraft.

Berlin, den 28. Februar 1945.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft
Mit der Führung der Geschäfte beauftragt

H. Backe

¹⁾ RNVbl. S. 635. ²⁾ RNVbl. S. 106.

Durchführungsbestimmungen zur Anordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über die Verminderung der Geflügelbestände

Vom 28. Februar 1945

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 32 vom 3. März 1945)

Auf Grund der mir gemäß § 5 der Anordnung vom 28. Februar 1945 übertragenen Rechte erlasse ich mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft folgende Bestimmungen:

§ 1

Als Futter eigener Erzeugung gelten auch Wirtschafts- und Haushaltsabfälle sowie als Entgelt für landwirtschaftliche Arbeit im Rahmen der geltenden Bestimmungen bezogene Futtermengen.

§ 2

(1) Bei der Haltung von 1 bis 15 Hennen darf ein Hahn, bei der Haltung von über 15 Hennen dürfen 2 Hähne gehalten werden.

(2) Für jede zugelassene Henne dürfen jährlich höchstens 2 Küken nachgezogen werden. Fallen bei der Erbrütung mehr Küken an, so ist die überschüssige Zahl zu töten.

(3) Am 31. Juli eines jeden Jahres dürfen nicht mehr Jungtiere vorhanden sein, als Hennen und Hähne zugelassen sind.

(4) Am 3. Dezember eines jeden Jahres darf insgesamt nur die zugelassene Anzahl Hennen und Hähne vorhanden sein.

§ 3

Als Haushaltsangehörige im Sinne des § 4 der Anordnung gelten auch alle Familienangehörige, die zu einer der Wehrmacht unterstehenden Formation oder zum Reichsarbeitsdienst eingezogen sind, wenn sie zur Zeit der Einberufung zur Tischgemeinschaft gehörten.

§ 4

(1) Die vom Reichsnährstand anerkannten Geflügelherdbuchzuchten dürfen außer den, in § 4 der Anordnung zugelassenen Hennen ihre Herdbuchstämme und sonstigen Zuchtstämme einschließlich der für ihre ordnungsmäßige Ergänzung erforderliche Nachzucht halten.

(2) Sie sind berechtigt, die in ihren eigenen Betrieben anfallenden Bruteier in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai eines jeden Jahres künstlich zu erbrüten.

§ 5

Die vom Reichsnährstand anerkannten Geflügelvermehrungszuchten, die Mitglieder der Züchtergruppe im Reichsverband Deutscher Kleintierzüchter und die Geflügelzüchter, die vor dem 3. Dezember 1942 mit selbstgezüchteten Hühnern auf einer vom Reichsnährstand oder vom Reichsverband Deutscher Kleintierzüchter genehmigten Ausstellung nachweisbar mit Erfolg ausgestellt haben und Mitglied des Reichsverbandes Deutscher Kleintierzüchter sind, dürfen einen Zuchtstamm bis zu 5 Hennen und 1 Hahn halten, auch wenn die Zahl der zum Haushalt gehörenden Personen unter fünf liegt.

§ 6

Die vom Reichsverband Deutscher Kleintierzüchter anerkannten Gänseherdbuchzuchten dürfen bis zu 6 Zuchtgänsen halten. Jede Veräußerung von Gosseln, Zuchtgänsen und Zuchtgantern ist nur mit Genehmigung des Gänseherdbuches zulässig.

§ 7

Die vom Reichsverband Deutscher Kleintierzüchter anerkannten Entenvermehrungszuchten dürfen bis zu 6 Zuchtenten halten. Jede Veräußerung von Entenküken, Zuchtenten und Zuchterpeln ist nur mit Zustimmung des Reichsverbandes Deutscher Kleintierzüchter zulässig.

§ 8

(1) Die Geflügelzüchter, die vor dem 3. Dezember 1942 selbstgezüchtete Gänse, Enten, Truthühner oder Perlhühner auf den vom Reichsnährstand oder vom Reichsverband Deutscher Kleintierzüchter genehmigten Ausstellungen nachweisbar mit Erfolg ausgestellt haben und Mitglied des Reichsverbandes Deutscher Kleintierzüchter sind, dürfen von den vorstehenden Arten halten:

entweder a) Gänse	3 Zuchttiere
oder b) Enten	3 Zuchttiere
oder c) Truthühner	3 Zuchttiere
oder d) Perlhühner	3 Zuchttiere

(2) Es darf jeweils nur die Tierart gehalten werden, die den Bestimmungen des Abs. 1 entspricht.

(3) Jede Veräußerung von Küken und Zuchttieren der in Abs. 1 genannten Arten ist nur mit Zustimmung des Reichsverbandes Deutscher Kleintierzüchter zulässig.

§ 9

Der Reichsverband Deutscher Kleintierzüchter wird mit der Überwachung der Durchführung der Vorschriften bei den in den §§ 4 bis 8 genannten Zuchtbetrieben beauftragt.

§ 10

Der Nachweis über die Zugehörigkeit zu einer in den §§ 4 bis 8 genannten Züchtergruppe ist durch eine Bescheinigung der Stellen zu erbringen, die die Anerkennung ausgesprochen haben.

§ 11

Das anfallende Schlachtgeflügel (Gänse, Enten, Truthühner und Perlhühner) ist nach den Weisungen des zuständigen Milch-, Fett- und Eierwirtschaftsverbandes zu verwerten.

§ 12

Die Vorschriften dieser Anordnung gelten nicht für Forschungsanstalten und ähnliche Einrichtungen, soweit sie Geflügel für Versuchszwecke nötig haben, und Lehr- und Versuchsanstalten für Kleintierzucht.

Berlin, den 28. Februar 1945.

Der Reichsbauernführer

In Vertretung

Behrens

Anordnung über die Ziegenhaltung

Vom 28. Februar 1945

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 33 vom 6. März 1945)

Auf Grund des § 36 der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 27. August 1939*) (Reichsgesetzbl. I S. 1521) wird angeordnet:

§ 1

(1) Ziegenhalter haben keinen Anspruch auf das volle Bezugsrecht oder Selbstversorgungsrecht für Fette, Vollmilch oder entrahmte Frischmilch.

(2) Von der ersten Lammung der Ziegen ab verliert der Halter für jede von ihm gehaltene Ziege für jährlich 6 Zuteilungsperioden für eine zum Haushalt gehörende Person

a) als Versorgungsberechtigter das Bezugsrecht für Fette und entrahmte Frischmilch,

b) als Selbstversorger das Selbstversorgungsrecht für Butter und Vollmilch.

§ 2

Hausschlachtungen von Ziegen, die älter als 6 Wochen sind, müssen beim Ernährungsamt (Kartenausgabestelle) vor der Schlachtung angemeldet werden. Das Fleisch dieser Tiere wird mit 5 kg je Ziege angerechnet.

§ 3

Die Landesernährungsämter haben die für die Durchführung des Fettentzuges und der Fleischanrechnung notwendigen Durchführungsvorschriften zu erlassen.

§ 4

Gewerbliche Schlachtungen von Ziegen durch Fleisch- und verarbeitende Betriebe sind vor der Schlachtung der Zuteilungsstelle (Marktgemeinschaft oder Verteilungsstelle oder Kreissachbearbeiter für Viehwirtschaft) anzumelden. Die Zuteilungsstelle bestimmt über den Verbrauch und die Anrechnung des Fleisches nach den Weisungen der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft.

§ 5

Männliche Ziegenlämmer sind spätestens im Alter von 6 Wochen zu schlachten.

§ 6

Die Neuerrichtung von Ziegenhaltungen ist verboten.

*) RNVI. S. 635.

§ 7

(1) Der Reichsnährstand wird ermächtigt, Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Er kann Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Anordnung zulassen, wenn diese im Kriegsinteresse liegen. Er kann seine Befugnisse auf andere Stellen übertragen.

(2) Anordnungen allgemeiner Art, die der Reichsnährstand oder die von ihm beauftragten Stellen auf Grund dieser Anordnung erlassen, sowie die Übertragung seiner Befugnisse auf andere Stellen bedürfen der Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft.

§ 8

Wenn die örtlichen Bedürfnisse oder Verhältnisse es erforderlich machen, können die Landesbauernführer die vorstehende Regelung auch auf die Milchschafhalter erstrecken mit der Maßgabe, daß der Halter nur für jährlich 3 Zuteilungsperioden das Bezugsrecht bzw. Selbstversorgungsrecht gemäß § 1 verliert.

§ 9

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung und Vorschriften, die auf Grund dieser Anordnung ergehen, werden nach den Vorschriften der Verbrauchsregelungs-Strafverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. November 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 734) bestraft.

§ 10

(1) Diese Anordnung tritt am 1. März 1945 in Kraft.

(2) Entgegenstehende Anordnungen treten mit demselben Tage außer Kraft.

§ 11

Soweit im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Anordnung über 6 Wochen alte nicht angekörte Ziegen vorhanden sind, müssen diese spätestens bis zum 1. April 1945 geschlachtet werden.

Berlin, den 28. Februar 1945.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft

Mit der Führung der Geschäfte beauftragt

H. Backe

Durchführungsbestimmungen

zur Anordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über die Ziegenhaltung

Vom 28. Februar 1945

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 33 vom 6. März 1945)

Auf Grund der mir gemäß § 7 der Anordnung vom 28. Februar 1945 übertragenen Rechte erlasse ich mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft folgende Bestimmungen:

§ 1

Bei Ziegenhaltern, die aus betriebswirtschaftlichen Gründen eine größere Anzahl von Ziegen halten (Bergland-, Almbewirtschaftung u. a.), kann der Kreisbauernführer im Benehmen mit dem zuständigen Milch-, Fett- und Eierwirtschaftsverband die Ablieferung der Milch oder Milcherzeugnisse von sämtlichen Ziegen anordnen; ein Entzug des Bezugsrechts oder Selbstversorgungsrechts findet dann nicht statt.

§ 2

(1) Die Vorschriften der §§ 1, 5 und 11 der Anordnung gelten nicht für die vom Reichsverband Deutscher Kleintierzüchter anerkannten Herdbuchziegenzüchter, sofern sie die Bestimmungen des Ziegenherdbuches einhalten, insbesondere ihrer Verpflichtung zur Aufzucht der vorgeschriebenen Anzahl von Jungböcken nachkommen.

(2) Die Vorschriften der Anordnung gelten ferner nicht für Forschungsanstalten oder ähnliche Einrichtungen, soweit sie Ziegen für Versuchszwecke nötig haben, und für Lehr- und Versuchsanstalten für Kleintierzucht.

§ 3

Soweit der Halter von angekörten Ziegenböcken auch Ziegen hält, wird für jeden gehaltenen Ziegenbock eine Ziege vom Fettabzug nach § 1 der Anordnung freigestellt.

Berlin, den 28. Februar 1945.

Der Reichsbauernführer

In Vertretung

Behrens

Düngemittelversorgung

Anordnung des Reichsbauernführers betr. Maßnahmen zur Sicherung der landwirtschaftlichen Erzeugung und Ablieferung; Lenkung der stickstoffhaltigen und phosphorsäurehaltigen Düngemittel

Vom 12. März 1945

Zur Sicherung der landwirtschaftlichen Erzeugung und Ablieferung ist es unbedingt notwendig, daß die in den wirtschaftseigenen Düngemitteln enthaltenen Nährstoffe mit geringsten Verlusten dem Boden zugeführt werden. Um dieses Ziel zu erreichen und um einen möglichst wirkungsvollen Einsatz der zur Verfügung stehenden Handelsdünger sicherzustellen, ergibt sich die Notwendigkeit, als weitere Maßnahme bei entsprechenden Verstößen den Bezug der Handelsdünger zu sperren. Dabei ist nach folgenden Richtlinien zu verfahren, die ich hiermit im Einvernehmen mit dem Reichsbeauftragten Chemie und nach Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft anordne:

I.

Die Kreisbauernschaften lassen durch Beauftragte (Hofbegehungskommission, Wirtschaftsberater, Ortsfachberater u. a.) eine Besichtigung der landwirtschaftlichen Betriebe durchführen, bei der zu prüfen ist, ob die Pflege und Anwendung der wirtschaftseigenen Düngemittel den folgenden Anforderungen entspricht:

1. Der Stallmist muß, wenn er nicht im Tiefstall gewonnen wird, stapelweise sorgfältig aufgesetzt, feucht und fest gehalten und jeder Stapel nach Fertigstellung mit Erde abgedeckt werden. Eine Lagerzeit des fertigen Stapels von mindestens 6 Wochen muß eingehalten werden. Die Anwendung soll in kleinen Gaben (etwa 200 dz je ha)

erfolgen. Der Stallmist muß nach dem Ausfahren sofort gebreitet und flach untergepflügt werden. Er darf nicht in kleinen Haufen auf dem Feld liegenbleiben. Ist das sofortige Einbringen nicht möglich, so muß der Stallmist auf dem Felde aufgestapelt und mit Erde abgedeckt werden. Nur bei wachsenden Kulturen und bei bestimmten sehr schweren Böden kann er auf dem Feld ausgebreitet liegenbleiben.

2. Die Jauche ist vom Stall so rasch wie möglich in die Jauchegrube abzuleiten und dort vor dem Versickern und vor Stickstoffverlusten zu schützen. Das Ausfahren der Jauche hat rechtzeitig und bei geeignetem Wetter zu erfolgen. Wo Jauchefässer und Jaucheverteiler fehlen, müssen die in der Gemeinde vorhandenen nötigenfalls auf Grund des Reichsleistungsgesetzes gemeinsam eingesetzt werden. Jauche, die auf dem Felde nicht gut verwertet werden kann, ist zur Bereitung von Kompost und Mehrungsmist zu verwenden.

3. Alle zur Düngung geeigneten Abfallstoffe sind, wenn notwendig in gemeinsamer Arbeit, zu Kompost zu verarbeiten. Kompost darf erst nach ausreichender Reife zur Anwendung gelangen.

II.

In Fällen, in denen die Pflege und Anwendung des wirtschaftseigenen Düngers nicht den vorstehenden Anforderungen entspricht, hat der Beauftragte des Kreisbauernführers dem Betriebsleiter oder seinem Vertreter praktische Vorschläge zur Behebung der festgestellten Mißstände zu machen. Er hat ihn gleichzeitig auf die Bestimmungen dieser Anordnung hinzuweisen, ihn nötfalls zu warnen und ihm eine angemessene Frist zur Beseitigung der Mängel zu setzen.

III.

Unterläßt ein Bauer oder Landwirt schuldhaft (vorsätzlich oder grobfahrlässig) die ihm nach Ziff. II auferlegte Besel-

tung von Mängeln in der Pflege oder Anwendung seines wirtschaftseigenen Düngers, so kann ihm der Kreisbauernführer in seiner Eigenschaft als Leiter des Ernährungsamtes, Abt. A auf Grund § 3 der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 27. August 1939^{*)} (Reichsgesetzbl. I S. 1521) den Bezug von phosphorsäurehaltigen und stickstoffhaltigen Düngemitteln solange ganz oder teilweise sperren, bis er den Nachweis erbracht hat, daß er den wirtschaftseigenen Dünger mit der geforderten Sorgfalt pflegt und anwendet.

Die Sperrung erfolgt durch schriftliche Anweisung des Kreisbauernführers an den bisherigen Lieferer des betreffenden Verbrauchers von Handelsdüngemitteln unter gleichzeitiger schriftlicher Benachrichtigung des Verbrauchers.

Über die dadurch bei dem Lieferer freigewordenen Handelsdüngermengen verfügt der Kreisbauernführer im Rahmen seines Härtefonds.

IV.

Die Bestimmungen unter II und III gelten — unabhängig von der Pflege und Anwendung des wirtschaftseigenen Düngers — sinngemäß wenn ein Bauer oder Landwirt schuldhaft in erheblichem Maße (vorsätzlich oder grob fahrlässig) gegen

die Grundsätze der ordnungsmäßigen Bewirtschaftung (Erzeugung oder Ablieferung) verstößt. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Verpflichtung zur ordnungsmäßigen Erzeugung oder Ablieferung wiederholt oder in größerem Umfange verletzt wurde und auch eine Strafe nicht zum Ziel führen würde.

V.

Wenn die Voraussetzungen für eine Sperrißnahme des Kreisbauernführers in seiner Eigenschaft als Leiter des Ernährungsamtes, Abt. A, ganz oder teilweise weggefallen sind, ist sowohl der betroffene Verbraucher von Handelsdüngemitteln als auch der Lieferer durch den Kreisbauernführer schriftlich zu benachrichtigen, in welcher Weise und in welcher Höhe der Verbraucher künftig wieder mit Handelsdüngemitteln zu beliefern ist.

VI.

Diese Anordnung tritt mit dem Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 12. März 1945.

Der Reichsbauernführer
Im Auftrag
Dr. Brummenbaum

^{*)} RNVL S. 635.



VERKÜNDUNGSBLATT des Reichsnährstandes

B

(abgekürzt RNVbl.)

Erscheinen nach Bedarf. Bezug durch die Postanstalten. — Verlag: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin N 4, Linienstraße 139—140. Fernsprecher: 41 66 51. Postscheckkonto: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin 1006 71. Bankkonto: Bank für Landwirtschaft, Berlin SW 11, Dessauer Straße 26. Schriftleitung: Berlin SW 11, Dessauer Straße 26. Fernsprecher: 19 55 41.

Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich RM 4,05 (einschl. 17,22 Rpf. Postzeitungsgebühr und 7,04 Rpf. Postverpackungsgebühr) und 24 Rpf. Bestellgeld. Ausland RM 1,35 und Porto. Einzelbezug jeder — auch jeder älteren — Nummer bis zu 8 Seiten 15 Rpf. u. Porto, über 8 Seiten erfolgt Berechnung nach Umfang. Bei größeren Bestellungen 10 bis 60 vH Preisermäßigung.

1945**Ausgegeben zu Berlin, den 7. April****Nr. 11**

Datum	Inhalt	Seite
15. 3. 1945	Beitragsordnung des Reichsnährstandes für die in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Gefolgschaftsmitglieder	39
15. 3. 1945	Anordnung zur Durchführung der Beitragsordnung des Reichsnährstandes für die in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Gefolgschaftsmitglieder	40
9. 3. 1945	Anweisung Nr. 9 zur Anordnung Nr. 134 der Hauptvereinigung der deutschen Fischwirtschaft betr. Verbot der Herstellung von Fischwaren	41
23. 3. 1945	Anordnung Nr. 28 der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft betr. Bewirtschaftung von Ziegen und Ziegenfleisch	42

Anordnungen des Reichsbauernführers

Beitragsordnung des Reichsnährstandes für die in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Gefolgschaftsmitglieder

Vom 15. März 1945

Auf Grund des § 12 der Ersten Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom 8. Dezember 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 1060) in der Fassung der Verordnung vom 26. April 1935^{*)} (Reichsgesetzbl. I S. 582) wird mit Genehmigung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen, des Reichsarbeitsministers und des Reichskommissars für die Preisbildung nachstehende Beitragsordnung erlassen:

§ 1

Beitragspflicht

(1) Beitragspflichtig sind alle Personen, die als Arbeiter oder Angestellte in der Land- und Forstwirtschaft nicht nur vorübergehend gegen Entgelt tätig sind.

(2) Als vorübergehend ist eine Tätigkeit anzusehen, die nach den Vorschriften über die Krankenversicherung als vorübergehende Dienstleistung von der Krankenversicherungspflicht befreit ist.

§ 2

Befreiungen

Vom Beitrag befreit sind:

1. Gefolgschaftsmitglieder, die nur mittelbar in der Landwirtschaft tätig sind (z. B. Buchhalter, Stenotypistinnen), wenn sie nicht nebenher auch landwirtschaftliche Tätigkeit (Aufsicht über den Hof, Getreidespeicher, Hühnerhof usw.) ausüben;
2. Gefolgschaftsmitglieder, die außer in dem landwirtschaftlichen auch in einem gewerblichen Betrieb desselben Betriebsführers tätig sind, wenn die Tätigkeit in dem gewerblichen Betrieb überwiegt;
3. Personen, die ausschließlich im Haushalt des Betriebsführers beschäftigt werden (z. B. Hauslehrer, Stubenmädchen);
4. Familienangehörige des Betriebsführers, wenn kein versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis besteht.

§ 3

Beitragsmaßstab

(1) Als Beitragsmaßstab gilt der nach § 180 der Reichsversicherungsordnung von den Krankenkassen festgesetzte Grundlohn.

(2) Ist das Gefolgschaftsmitglied wegen Überschreitung der maßgebenden Verdienstgrenze nicht krankenversicherungs-pflichtig, so gilt als Beitragsmaßstab der höchste Grundlohn.

§ 4

Höhe des Beitrages

Der Beitrag beträgt 0,5 vH des Grundlohnes.

§ 5

Erhebung

(1) Die Beiträge werden von den zuständigen Land- und Ortskrankenkassen eingezogen und von ihnen an den Reichsnährstand abgeführt.

(2) Die Krankenkassen erhalten für ihre Tätigkeit eine Entschädigung.

§ 6

Pflichten des Betriebsführers

(1) Die Beiträge sind vom Betriebsführer bei der Lohnzahlung vom Lohn einzubehalten und an die zuständige Krankenkasse an den von dieser für die Krankenversicherungsbeiträge festgesetzten Zahltagen abzuführen.

(2) Der Betriebsführer hat der zuständigen Krankenkasse diejenigen Gefolgschaftsmitglieder zu melden, die gemäß § 2 vom Beitrage befreit oder wegen Überschreitung der maßgebenden Verdienstgrenze nicht pflichtversichert oder bei Ersatzkassen versichert sind. Die Befreiung tritt erst für die Beiträge ein, die bei Eingang der Meldung noch nicht angefordert sind.

(3) Im übrigen hat der Betriebsführer dieselben Pflichten, die ihm in der Krankenversicherung den Krankenkassen gegenüber obliegen.

§ 7

Behandlung von Beitragsrückständen

Für die Überwachung der Beitragsentrichtung, die Stundung, Beitreibung und Niederschlagung von Rückständen sowie für die Einstellung des Einziehungsverfahrens gelten die für die Krankenversicherungsbeiträge maßgebenden Bestimmungen entsprechend.

^{*)} RNVbl. S. 269.

§ 8

Regelung von Streitigkeiten

(1) Wird die Beitragspflicht bestritten oder besteht Streit über die Höhe des Beitrages, so erteilt die Krankenkasse einen schriftlichen Bescheid.

(2) Gegen den Bescheid ist die Beschwerde an den Landesbauernführer zulässig. Sie ist innerhalb eines Monats nach Zustellung des Bescheides bei der Krankenkasse einzulegen.

(3) Gegen die Entscheidung des Landesbauernführers findet weitere Beschwerde an den Reichsbauernführer statt, wenn der Landesbauernführer die weitere Beschwerde wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Streites zugelassen hat. Sie ist innerhalb 14 Tagen nach Zustellung des Bescheides beim Landesbauernführer einzulegen.

§ 9

Haftung des Betriebsführers

Verletzt der Betriebsführer die ihm gemäß § 6 obliegenden Pflichten, so haftet er für den Beitrag.

§ 10

Strafvorschrift

(1) Gegen Betriebsführer, die den Vorschriften dieser Beitragsordnung oder den zu ihrer Durchführung oder Ergänzung erlassenen Bestimmungen zuwiderhandeln, kann der Landesbauernführer oder die sonst vom Reichsbauernführer bestimmte Dienststelle des Reichsnährstandes Ordnungsstrafen bis zu 500 RM festsetzen.

(2) Gegen den Ordnungsstrafbescheid der Dienststelle des Reichsnährstandes ist innerhalb eines Monats nach Zustellung des angefochtenen Bescheides Beschwerde an den Reichsbauernführer gegeben. Die Beschwerde ist bei der Dienststelle, die den Bescheid erlassen hat, einzulegen. Der Reichsbauernführer entscheidet endgültig.

(3) Rechtskräftig festgesetzte Ordnungsstrafen werden auf Ersuchen des Reichsnährstandes durch die Finanzämter beigesetzt.

§ 11

Inkrafttreten

(1) Die Beitragsordnung tritt am 1. April 1945 in Kraft.

(2) Am gleichen Zeitpunkt treten die Beitragsordnungen des Reichsnährstandes für die Gefolgschaftsmitglieder in bäuerlichen und landwirtschaftlichen Betrieben vom 24. April 1936 (RNVbl. S. 368) für die Gefolgschaftsmitglieder in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben der in das Deutsche Reich eingegliederten Gebiete mit Ausnahme der Alpen- und Donau-Reichsgaue vom 29. März 1944 (RNVbl. S. 95) und für die Gefolgschaftsmitglieder in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in den Alpen- und Donau-Reichsgauen vom 29. März 1944 (RNVbl. S. 96) außer Kraft.

§ 12

Schlußbestimmungen

Die zur Durchführung oder Ergänzung dieser Beitragsordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsbauernführer mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsarbeitsministers.

Berlin, den 15. März 1945.

Der Reichsbauernführer

In Vertretung

Behrens

Anordnung zur Durchführung der Beitragsordnung des Reichsnährstandes für die in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Gefolgschaftsmitglieder

Vom 15. März 1945

Auf Grund des § 12 der Beitragsordnung des Reichsnährstandes für die in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Gefolgschaftsmitglieder vom 15. März 1945 (RNVbl. S. 39) wird mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsarbeitsministers bestimmt:

Zu § 1:

(1) Die Landwirtschaft umfaßt die Bodenbewirtschaftung und die mit Bodennutzung verbundene Tierhaltung zur Gewinnung pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse, insbesondere den Ackerbau, die Wiesen- und Weidewirtschaft, den Gartenbau,

den Weinbau, die Fischerei in Binnen- und Küstengewässern, die Imkerei und die Jagd. Was nachstehend von der Landwirtschaft gesagt ist, gilt sinngemäß auch für die Forstwirtschaft.

(2) Zur Landwirtschaft gehören auch die mit land- und forstwirtschaftlichen Betrieben verbundenen Nebenbetriebe (z. B. Brennereien, Molkereien, Kartoffelflockenfabriken, Sägewerke). Ob ein Nebenbetrieb der Land- oder Forstwirtschaft vorliegt, ist nach der steuerlichen Behandlung des Nebenbetriebes zu beurteilen.

(3) Die Gefolgschaftsmitglieder des Reichsnährstandes sind nur dann als in der Land- und Forstwirtschaft tätig anzusehen und damit beitragspflichtig, wenn sie in den landwirtschaftlichen Betrieben des Reichsnährstandes (Versuchsgüter) beschäftigt werden. Beitragsfrei sind dagegen die in der Verwaltung des Reichsnährstandes tätigen Gefolgschaftsmitglieder.

(4) Voraussetzung für die Beitragspflicht ist ein entgeltliches Arbeitsverhältnis oder ein Lehrverhältnis. Beitragsfrei sind jedoch, auch soweit diese Voraussetzungen gegeben sind, die durch Partei und Staat zur Erziehung und beruflichen Erleichterung der deutschen Jugend oder zur Erntehilfe in der Landwirtschaft eingesetzten Jugendlichen (Landdienst der HJ., Einsatz für ländliche Bestell-, Pflege- und Erntearbeiten gemäß Erlass des RAM. vom 3. Juni 1941, Landjahrjugend und Pflichtjahr Mädchen).

Nicht beitragspflichtig sind ferner zur Erntehilfe vorläufig entlassene oder beurlaubte Angehörige der Wehrmacht und des Arbeitsdienstes, ferner nicht Kriegsgefangene, Strafgefangene, Fürsorgezöglinge, Arbeitshausinsassen usw., die in ihrer Anstalt unmittelbar oder von einem Dritten in der Landwirtschaft beschäftigt werden.

Als Angestellte gelten auch die sogenannten Gutsbeamten und die vielfach als Beamte bezeichneten Angestellten ehemaliger Standesherrschaften. Nur öffentliche Beamte im Sinne des deutschen Beamtengesetzes sind nicht beitragspflichtig. Gutshandwerker und das Bedienungspersonal landwirtschaftlicher Maschinen sind unmittelbar in der Landwirtschaft tätig und daher beitragspflichtig.

(5) Für die Beitragspflicht ist es ohne Belang, ob das Gefolgschaftsmitglied In- oder Ausländer ist. Ebenso kommt es nicht darauf an, ob der Betriebsführer (Arbeitgeber) Bauer oder Landwirt oder ob er Gewerbetreibender, Privatmann oder eine juristische Person des öffentlichen oder privaten Rechts (z. B. einer Aktiengesellschaft, Staat, Gemeinde usw.) ist. So sind z. B. Gefolgschaftsmitglieder in landwirtschaftlichen Betrieben des Staates und der Gemeinden stets beitragspflichtig.

Zu § 2:

(1) Die Befreiung gilt nur für Gefolgschaftsmitglieder, die überhaupt nicht landwirtschaftlich tätig sind, in der Hauptsache also für kaufmännisches oder kanzleimäßig vorgebildetes Personal. Sobald mit der Tätigkeit irgendwelche landwirtschaftlichen Arbeiten verbunden sind oder diese landwirtschaftliche oder betriebswirtschaftliche Kenntnisse erfordert, ist Beitragspflicht gegeben.

(2) Ob ein Gefolgschaftsmitglied überwiegend im landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieb eines Betriebsführers beschäftigt ist, ist auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse zu entscheiden. Entfällt danach auf die Tätigkeit im landwirtschaftlichen Betrieb mehr als die Hälfte der Arbeitszeit, ist das Gefolgschaftsmitglied in vollem Umfang beitragspflichtig. In streitigen Fällen ist vom Betriebsführer eine Bescheinigung über den Umfang der Tätigkeit des Gefolgschaftsmitgliedes im landwirtschaftlichen und im gewerblichen Betrieb abzugeben und diese vom Ortsbauernführer bestätigen zu lassen.

Als nicht in der Landwirtschaft beschäftigt sind anzusehen die Gefolgschaftsmitglieder in Gärtnereibetrieben, die nicht mit Bodenbewirtschaftung verbunden sind. Das trifft auf einen Teil der Landschaftsgärtnereien, Friedhofsgärtnereien, Handelsgärtnereien zu. Soweit Bodenbewirtschaftung betrieben wird, handelt es sich um landwirtschaftliche Betriebe, deren Gefolgschaftsmitglieder beitragspflichtig sind. Dasselbe gilt für Anzuchtgärtnereien. Beitragsfrei sind die Gefolgschaftsmitglieder in gemeindlichen Parks und Friedhöfen sowie in Reichsbahngärtnereien.

(3) Eine Beitragspflicht besteht nicht, wenn Familienangehörige ohne eigentliches Arbeitsverhältnis und ohne Entgelt im Betriebe des Arbeitgebers beschäftigt werden.

(4) Die Beitragspflicht ruht bis auf weiteres für die Waldarbeiter aller öffentlich-rechtlichen Betriebe der Forstwirtschaft, ferner für die zur Wehrmacht einberufenen Gefolgschaftsmitglieder sowie die arbeitsunfähig erkrankten Gefolgschaftsmitglieder, sofern und solange auch die Beiträge zur Krankenkasse ruhen.

Zu § 3:

Als Grundlohn gilt der auf den Kalendertag entfallende Teil des Arbeitsentgelts bis zum Betrage von 10 RM für den Kalendertag. Er wird von der zuständigen Krankenkasse nach den für die Krankenversicherung geltenden Bestimmungen festgesetzt. Unter Arbeitsentgelt sind alle aus dem Dienstverhältnis zufließenden Einnahmen, also auch freie Kost, freie Wohnung, Deputate usw. zu verstehen. Für die Bewertung dieser Sachbezüge ist der vom zuständigen Oberfinanzpräsidenten festgesetzte Wert maßgebend.

Zu § 5:

(1) Zuständig für die Erhebung der Beiträge ist die Land- oder Ortskrankenkasse, bei der die Gefolgschaftsmitglieder des Betriebes pflichtversichert sind oder für den Fall der Pflichtversicherung mitgliedspflichtig sein würden. Die Beiträge werden von den Krankenkassen für die bei ihnen versicherten Beitragspflichtigen zusammen mit den Gesamtsozialversicherungsbeiträgen eingezogen und monatlich an die Oberkasse der zuständigen Landesbauernschaft abgeführt. Für die übrigen Beitragspflichtigen, die bei Ersatz-, Betriebs- oder Privatkrankenkassen versichert sind oder der Krankenversicherung nicht unterliegen, weil sie die festgesetzte Verdienstgrenze überschreiten, hat der Betriebsführer die Beiträge an die zuständige Land- bzw. Ortskrankenkasse besonders abzuführen.

(2) Als Entschädigung für die Tätigkeit der Krankenkassen werden 7,5 vH der eingezogenen Beiträge ersetzt. Diese Entschädigung wird bei der Abführung der Beiträge an die Oberkasse von der Krankenkasse einbehalten.

Zu § 6:

(1) Beitragspflichtig sind die Gefolgschaftsmitglieder. Sie müssen sich bei der Lohnzahlung ihren Beitrag vom Lohn abziehen lassen. Der Betriebsführer hat die Beiträge mit den Krankenkassenbeiträgen oder, falls solche nicht zu zahlen sind, gesondert an die Krankenkasse abzuführen.

(2) Die krankenversicherungspflichtigen Gefolgschaftsmitglieder werden, soweit sie bei den Land- und Ortskrankenkassen versichert sind, von diesen bei der vorgeschriebenen Meldung zur Krankenkasse auch für die Beitragserhebung zum Reichsnährstand erfaßt. Die nicht krankenversicherungspflichtigen oder bei Betriebs- und Ersatzkrankenkassen versicherten Gefolgschaftsmitglieder sind der zuständigen Land- bzw. Ortskrankenkasse vom Betriebsführer sofort innerhalb der für die Meldung zur Krankenkasse vorgeschriebenen Frist unter Angabe der Bezüge (einschl. Sachbezüge) besonders zu melden. Die gleiche Meldung ist zu erstatten für die Gefolgschaftsmitglieder, die gemäß § 2 der Beitragsordnung oder nach dieser Durchführungsverordnung zu § 2 von der Beitragszahlung befreit sind.

(3) Zu den Pflichten des Betriebsführers gehört insbesondere die Anzeigepflicht über die Änderung der Bezüge sowie die Auskunftspflicht über die beschäftigten Gefolgschaftsmitglieder, die Dauer ihrer Beschäftigung und ihren Arbeitsverdienst.

(4) Öffentliche Kassen, die Lohn und Gehalt von beitragspflichtigen Gefolgschaftsmitgliedern auszahlen, haben die Pflichten des Betriebsführers.

Zu § 7:

Beitragsrückstände werden in gleicher Weise behandelt wie Rückstände der Krankenkassen. Sie werden wie Gemeindeabgaben beigetrieben und verjähren in 2 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres der Fälligkeit, soweit sie nicht absichtlich hinterzogen worden sind. Sind Beitragsabzüge für eine Lohnzeit unterblieben, so dürfen sie nur bei der Lohnzahlung für die nächste Lohnzeit nachgeholt werden, es sei denn, daß die Beiträge ohne Verschulden des Betriebsführers verspätet entrichtet worden sind.

Zu § 8:

(1) Vor Erteilung des schriftlichen Bescheides der Krankenkasse ist in Zweifelsfällen die zuständige Kreisbauernschaft zu hören.

(2) Die Frist zur Einlegung der Beschwerde beginnt mit Ablauf des Tages, an dem der Bescheid dem Beitragspflichtigen zugestellt, oder wenn keine Zustellung erfolgt, bekannt geworden ist oder als bekanntgemacht gilt. Bei Zusendung durch einfachen Brief gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach der Aufgabe zur Post als bewirkt.

(3) Die Beschwerde kann schriftlich eingereicht oder zu Protokoll erklärt werden.

Zu § 10:

(1) Die Befugnis zur Verhängung von Ordnungsstrafen wird dem Landesbauernführer übertragen.

(2) Die örtliche Zuständigkeit zur Verhängung einer Ordnungsstrafe bestimmt sich nach der Belegenheit des land- und forstwirtschaftlichen Betriebes, in dem die Ordnungswidrigkeit begangen worden ist.

(3) Abs. 2 zu § 8 gilt entsprechend.

Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1945 in Kraft.

Berlin, den 15. März 1945.

Der Reichsbauernführer
In Vertretung
Behrens

Fischwirtschaft

Anweisung Nr. 9 zur Anordnung Nr. 134 der Hauptvereinigung der deutschen Fischwirtschaft betr. Verbot der Herstellung von Fischwaren

Vom 9. März 1945

Auf Grund gesetzlicher Ermächtigung (Anm.) ordne ich mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsbauernführers an:

§ 1

Folgende Fischwaren, die in der Anordnung Nr. 134 betr. Beschaffenheit und Bezeichnung von Fischwaren vom 18. August 1941 (RNvbl. S. 306) aufgeführt sind, dürfen nicht mehr hergestellt werden:

I. Aus § 5 „Räucherfische“

A. Im Wege der Heißräucherung:

1. Aus Heringen:
Delikateßbückling
Bücklingsfilet
Fleckhering
Räucherrollmops

Anm.: § 2 der Verordnung über den Zusammenschluß der deutschen Fischwirtschaft vom 1. April 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 542) in der Fassung der Verordnung vom 30. April 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 580) und des § 8 der Satzung der Hauptvereinigung der deutschen Fischwirtschaft in der Fassung vom 16. November 1936 (RNvbl. S. 580) und der Verordnung über die Regelung der Versorgung mit Fischen und Fischwaren vom 7. September 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1734).

1) RNvbl. S. 226. 2) RNvbl. S. 247. 3) RNvbl. S. 672.

2. Aus ganzen ausgenommenen Fischen, Fischstücken und Fischhälften (Filets):
aus ganzen Fischen: Fleckmakrele
aus Fischstücken: Wittling
aus Fischhälften (Filets): Angler, Rotbarsch, Kalbfisch

B. Im Wege der Kalträucherung:

1. Aus Heringen:
Bratbückling
Kipper
2. Haddock

II. Aus § 7 „Gesalzene Fische“

- Sardellenfilets
- Sardellenringe

III. Aus § 8 „Marinaden“

A. Kaltmarinaden:

- Rollmops
- Gabelrollmops
- Marinierter Delikateßbückling
- Marinierter Räucherrollmops

B. Bratmarinaden:

- Bratheringe, ausgenommen ohne Kopf
- Brathering ohne Kopf, nicht ausgenommen
- Brathering mit Kopf, nicht ausgenommen
- Bratheringshappen, Bratheringshappchen
- Bratrollmops
- Bratschellfisch
- Bratscholle, Bratgoldbutt
- Bratflunder

- Bratscharbe, Bratkliesche
Brathornfisch
Bratstint
Brataal
Aalbricken
Bratneunaugen
Fischkotelett
gebratene Fischklöße
- C. Kochmarinaden:
Brathering in Gelee
Bratheringsfilets in Gelee
Rollmops in Gelee
Bratrollmops in Gelee
Delikateßbückling in Gelee
Räucherrollmops in Gelee
geräucherter Seefisch in Gelee
Aal in Tunke
Lachs in Gelee
Maifisch in Gelee
- IV. Aus § 9 „Lachs und Seelachs“
Lachsscheiben in Öl
Lachsschnitzel in Öl
Seelachsscheiben in Öl
Seelachsschnitzel in Öl
- V. Aus § 10 „Anchosen“
Appetitsild
gerollte Appetitsild
Gabelbissen
- VI. Aus § 11 „Fischdauerwaren“
Aal (in Tunken, Öl oder anderen Aufgüssen)
Lachs (in Tunken, Öl oder anderen Aufgüssen)
Bücklingsfilet (in Öl)
- VII. Aus § 12 „Sonstige Fischzubereitungen“
A. Vorgericht (hors d'oeuvre)
B. Krabbenklöße
C. Fischwurst, Krabbenwurst
D. Fischpasten:
Anschovispaste
Lachspaste

- Sardellenbutter
Lachsbutter
Krebsbutter
- E. Fischsalate:
Delikateßheringsalat
Matjessalat
Häckerle
Fischsalat in Gelee
- VIII. Aus § 13 „Fischrogen und Fischmilch“
A. Fischrogen:
Kaviar
Deutscher Kaviar aus Süßwasserfischrogen
geräucherter Rogen
- IX. Aus § 16 „Krusten- und Schaltiere“
A. Krustentiere, Krebstiere:
Krabbenextrakt
Krabbenwurst
Krabbenklöße
Krebsschalen
Krebstutter
Krebsextrakt
Krebssuppe
B. Schaltiere:
Seemuschelfleisch in Aufgüssen oder Tunken als
Dauerware.
- § 2
Ich behalte mir vor, Ausnahmen zuzulassen.
- § 3
Zu widerhandlungen gegen diese Anweisung werden nach
den geltenden Vorschriften bestraft.
- § 4
Diese Anweisung tritt mit dem siebenten Tage nach der
Verkündung in Kraft.
Berlin, den 9. März 1945.
- Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Fischwirtschaft
Dr. Böllert

Viehwirtschaft

Anordnung Nr. 28 der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft betr. Bewirtschaftung von Ziegen und Ziegenfleisch Vom 23. März 1945

Auf Grund gesetzlicher Ermächtigung (Anm.) ordne ich mit
Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirt-
schaft, des Reichsministers des Innern und des Reichsbauern-
führers an:

§ 1

(1) Gewerblich schlachtende Betriebe dürfen Ziegen aller
Art und jeden Alters nur schlachten, wenn sie im Besitz eines
für sie ausgestellten und für die jeweilige Schlachtung gültigen
Schlachtscheines sind. Dieser Schlachtschein für Ziegen wird
von der Zuteilungsstelle (Marktbeauftragter, Verteilungsstellen-
leiter, Sachbearbeiter bei der Kreisbauernschaft) ausgestellt.
Es gilt nur das von der Hauptvereinigung vorgeschriebene
Muster. Die im Schlachtschein aufgenommenen Weisungen
sind einzuhalten.

(2) Der Schlachtschein ist vor der Schlachtung dem
Fleischbeschauerarzt oder Fleischbeschauer zur Abstempelung
vorzulegen. Der Schlachtschein ist nach der Schlachtung an
die Ausgabestelle zurückzugeben.

§ 2

(1) Ziegenfleisch und Fleischwaren aus Ziegenfleisch
dürfen von den diese Erzeugnisse umsetzenden Betrieben nur

Anm. Anordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft
über die Ziegenhaltung vom 28. Februar 1945 (Deutscher Reichsanzeiger
Nr. 33) in Verbindung mit der Satzung der Hauptvereinigung der deutschen
Viehwirtschaft in der Fassung vom 12. September 1944).

1) RNVbl. S. 36. 2) RNVbl. S. 380.

auf Kartenabschnitte, die zum Fleischbezug berechtigen, oder
sonstige Fleischbezugsnachweise abgegeben oder bezogen
werden.

(2) Die Abgabe und der Bezug hat in voller Höhe der sich
aus den einzelnen Kartenabschnitten und sonstigen Bezugs-
nachweisen ergebenden Gewichtsmenge zu erfolgen. Innereich
sind zu den gleichen Sätzen wie bei Schafen zu beziehen und
abzugeben.

§ 3

(1) Ziegenfleisch ist wie gewachsen abzugeben.

(2) Brühwurst, die unter Verwendung von Ziegenfleisch
hergestellt ist, braucht nicht als Ziegenwurst gekennzeichnet zu
werden.

§ 4

Jede Ziegenschlachtung wird den gewerblich schlachten-
den Betrieben mit 10 kg je Tier angerechnet. Sofern die
Schlachtung von Ziegenlämmern nachgewiesen wird, sind die
Leiter der Zuteilungsstelle ermächtigt, das Anrechnungsgewicht
bis auf 2 kg je Tier herabzusetzen.

§ 5

Verstöße gegen diese Anordnung werden nach den gelten-
den Bestimmungen bestraft.

§ 6

Diese Anordnung tritt am 26. März 1945 in Kraft.

Berlin, den 23. März 1945.

Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft
Pflaumbaum



VERKÜNDUNGSBLATT des Reichsnährstandes

B

(abgekürzt RNVbl.)

Brachten nach Bedarf. Bezug durch die Postanstalten. — Verlag: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin N 4, Lindenstraße 139—140. Fernsprecher: 41 66 51. Postscheckkonto: Reichsnährstandsverlag G.m.b.H., Berlin 1006 71. Bankkonto: Bank für Landwirtschaft, Berlin SW 11, Dessauer Straße 26. Schriftleitung: Berlin SW 11, Dessauer Straße 26. Fernsprecher: 19 55 41.

Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich RM 4,05 (einschl. 17,22 Rpf. Postzeitungsgebühr und 7,04 Rpf. Postverpackungsgebühr) und 24 Rpf. Bestellgeld. Ausland RM 1,35 und Porto. Einzelbezug jeder — auch jeder Älteren — Nummer bis zu 8 Seiten 15 Rpf. u. Porto, über 8 Seiten erfolgt Berechnung nach Umfang. Bei größeren Bestellungen 10 bis 60 vH Preisermäßigung.

1945

Ausgegeben zu Berlin, den 13. April

Nr. 12

Datum	Inhalt	Seite
20. 3. 1945	Anordnung Nr. 168 der Hauptvereinigung der deutschen Fischwirtschaft betr. Annahme-, Erfassungs- und Verteilungsstellen für angelandete Frischfische der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei	43
14. 3. 1945	Anordnung Nr. 4/45 des Reichsbeauftragten für Forst und Holz über Begrenzung der Lagerbestände an Erzeugnissen der Forst- und Holzwirtschaft und Meldung der Holzvorräte	44
26. 3. 1945	Anordnung Nr. 4/45 der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft betr. Bewirtschaftung von Obst und Gemüse	45
5. 2. 1945	6. Ausführungsbestimmung zur Anordnung Nr. 5/43 der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft betr. Verteilungsplan für Gewürze	45
11. 3. 1945	Bekanntmachung der Reichsstelle für Getreide- und Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse — Geschäftsabteilung — betr. Verkehr mit inländischer Gerste	46
21. 3. 1945	Bekanntmachung der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft betr. Festsetzung der Verarbeitungsquoten der Roggen- und Weizenmühlen	46
26. 3. 1945	Anordnung der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft betr. Beimischung von Kartoffelwalzmehl	47
25. 2. 1945	Bekanntmachung der Hauptvereinigung der deutschen Wein- und Trinkbranntweinwirtschaft betr. Bestandserfassung beim Weingroßverteiler in den westdeutschen Weinbaugebieten	47
26. 2. 1945	Bekanntmachung der Hauptvereinigung der deutschen Wein- und Trinkbranntweinwirtschaft betr. Anordnung Nr. 56 vom 28. August 1943: Höhe des Selbstmarkterumsatzes für die Zeit vom 1. März 1945 bis 28. Februar 1946	47
27. 2. 1945	Bekanntmachung der Hauptvereinigung der deutschen Wein- und Trinkbranntweinwirtschaft betr. Absatzwege für Erzeugnisse der Weinbauwirtschaft	47
28. 2. 1945	Bekanntmachung der Hauptvereinigung der deutschen Wein- und Trinkbranntweinwirtschaft betr. Ausgabe von Weineinkaufsmarken 1944/45	47
26. 3. 1945	Anordnung Nr. 14 der Hauptvereinigung der deutschen Zucker- und Süßwarenwirtschaft betr. Lieferung von Rohzucker an Verbraucher und Verarbeiter	48
20. 2. 1945	Erlaß des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft betr. Durchführung des Kartensystems für Lebensmittel für die 74. Zuteilungsperiode vom 2. bis 29. April 1945 (mit Ergänzungen für die 73. Zuteilungsperiode)	49

Fischwirtschaft

Anordnung Nr. 168

der Hauptvereinigung der deutschen Fischwirtschaft betr. Annahme-, Erfassungs- und Verteilungsstellen für angelandete Frischfische der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei

Vom 20. März 1945

Auf Grund gesetzlicher Ermächtigung (Anm.) ordne ich mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichskommissars für die Preisbildung und des Reichsbauernführers an:

§ 1

Die Außenstellen der Hauptvereinigung der deutschen Fischwirtschaft bestimmen an den Anladepätzen fischwirtschaftliche Betriebe als Annahme-, Erfassungs- und Verteilungsstellen für die Fänge der Kleinen Hochsee- und Küsten-

fischerei in der Nordsee und Ostsee und der Fischerei in den Häfen und Boddengewässern.

§ 2

(1) Die Außenstellen weisen jeder Annahme- und Erfassungsstelle ein Einzugsgebiet zu. Ihr sind alle innerhalb des Gebietes angelandeten Fänge anzudienen. Die Verteilungsstellen können bestimmen, an wen der Aduenende seine Fänge abzugeben hat.

(2) Die Außenstellen können auch die Ablieferung der Fänge allgemein anordnen.

(3) Die Außenstellen treffen die erforderlichen Bestimmungen, wie die angedienten bzw. abgelieferten Fänge zu bezahlen und zu verteilen sind. Sie können die Verteilungsstellen ermächtigen, die Verteilungsanweisungen zu geben.

§ 3

(1) Die Annahme-, Erfassungs- und Verteilungsstellen handeln im eigenen Namen. Aus der ihnen übertragenen Annahme-, Erfassungs- und Verteilungstätigkeit dürfen sie eigene Gewinne nicht erzielen. Sie haften Dritten nur für die Sorgfalt, die sie in eigenen Angelegenheiten anzuwenden pflegen.

(2) Die Handlungen der Annahme-, Erfassungs- und Verteilungsstellen begründen für die Hauptvereinigung oder ihre Außenstellen weder Rechte noch Pflichten.

Anm.: Auf Grund des § 2 der Verordnung über den Zusammenschluß der deutschen Fischwirtschaft vom 1. April 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 542) in der Fassung der Verordnung vom 30. April 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 580) und des § 8 der Satzung der Hauptvereinigung der deutschen Fischwirtschaft in der Fassung vom 16. November 1935 (RNVbl. S. 583) und der Verordnung über die Regelung der Versorgung mit Fischen und Fischwaren vom 7. September 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1734).

1) RNVbl. S. 226. 2) RNVbl. S. 247.

§ 4

Die Außenstellen können anordnen, daß die Fischer für alle Anlandungen einen Ausgleichsbetrag bis zu 0,50 RM je 50 kg an die Erfassungsstelle abzuführen haben. Die Erfassungsstellen sind berechtigt und verpflichtet, diese Ausgleichsbeträge bei der Auszahlung des Erlöses einzubehalten und sie an die zuständige Landesbauernschaft abzuführen. Diese verwaltet und verwendet die eingehenden Gelder im Einvernehmen mit den Außenstellen zur Förderung der Fischerei.

§ 5

Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften dieser Anordnung werden nach den geltenden Bestimmungen bestraft.

§ 6

Diese Anordnung tritt am siebenten Tage nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Anweisung Nr. 10 zur Anordnung Nr. 73 vom 21. September 1938 (RNvbl. S. 480) außer Kraft.

Berlin, den 20. März 1945.

**Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Fischwirtschaft**

In Vertretung

Dr. Buddenbömer

Forst- und Holzwirtschaft

Anordnung Nr. 4/45

des Reichsbeauftragten für Forst und Holz über Begrenzung der Lagerbestände an Erzeugnissen der Forst- und Holzwirtschaft und Meldung der Holzvorräte

Vom 14. März 1945

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 42 vom 27. März 1945)

Auf Grund des Gesetzes über die Marktordnung auf dem Gebiete der Forst- und Holzwirtschaft vom 16. Oktober 1935¹⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 1239), der Verordnung über den Warenverkehr in der Fassung vom 11. Dezember 1942 (Reichsgesetzbl. I S. 685) in Verbindung mit der Verordnung über die Errichtung einer Reichsstelle für Holz vom 5. September 1939²⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 1677) und der Anordnung des Reichsforstmeisters zur Regelung der Verteilung und des Absatzes von Rundholz und Holzhalbwaren vom 10. April 1937 (Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 82 vom 12. April 1937) wird mit Zustimmung des Reichsforstmeisters und des Generalbevollmächtigten für Rüstungsaufgaben — Planungsamt — angeordnet:

§ 1

(1) Sämtliche Holzverarbeiter und gewerblichen Holzverbraucher, auch Anstalten, Körperschaften und Organisationen u. ä. und deren Lagerverwaltungen, Baustellen usw., ausgenommen der Bergbau (hinsichtlich Grubenholz und Schwellen, nicht jedoch Grubenschnittholz), die Reichsbahn und die Reichspost, dürfen ihre Lagerbestände an den folgenden forst- und holzwirtschaftlichen Erzeugnissen

- Laub- und Nadelstammholz einschl. Derbstangen,
- Schichtnutzderbholz,
- Laub- und Nadelstammholz einschl. Schwellen und behauenen Holz,
- Sperrholz einschl. Flugzeugplatten,
- Holzfaserplatten

nur auf der Höhe halten, die für die termingemäße Erfüllung der Aufträge erforderlich ist. Die Lagerbestände dürfen jedoch an Laubstammholz, -schichtnutzderbholz und Laubschnittholz nicht höher sein, als für die Deckung des Bedarfs von 6 Monaten, bei den übrigen Holzarten und -sorten von 3 Monaten erforderlich ist. Wenn die Auftragserfüllung einen höheren Lagerbestand unbedingt notwendig erscheinen läßt, sind Anträge auf Genehmigung desselben unter ausführlicher Begründung dem zuständigen Forst- und Holzwirtschaftsamt — s. Anlage — einzureichen.

(2) Als Maßstab für die Festsetzung eines Monatsbedarfs gilt

- die durch vorliegende Herstellungsanweisungen für einen Monat belegte Menge,
- falls Herstellungsanweisungen nicht vorhanden sind, der Monatsdurchschnitt des im letzten Vierteljahr verarbeiteten Materials.

(3) Als Lagerbestand im Sinne dieser Anordnung gilt der im Eigentum des Betriebes befindliche Bestand, gleichviel ob auf eigenen oder fremden Lägern.

§ 2

(1) Sämtliche die nach § 1 Abs. 1 festgesetzte Grenze übersteigenden Mengen der genannten forst- und holzwirtschaftlichen Erzeugnisse sind jeweils mit sofortiger Wirkung zugunsten des für den Sitz des Betriebes zuständigen Forst- und Holzwirtschaftsamtes beschlagnahmt.

(2) Die beschlagnahmten Mengen sind:

- buchmäßig aus dem gesamten Lagerbestand auszusondern,

- innerhalb 14 Tagen nach Wirksamwerden der Beschlagnahme unter Gegenüberstellung von Lagerbestand und Monatsbedarf, unterteilt nach Holzarten, unter Angabe der Abmessungen und unter Mitteilung der zuständigen Ausgabestelle der Einkaufsscheine dem für den Sitz des Betriebes zuständigen Forst- und Holzwirtschaftsamt zu melden und

- nach Weisung des Forst- und Holzwirtschaftsamtes unter Beachtung der preisrechtlichen Bestimmungen abzugeben.

(3) Holzverarbeiter und gewerbliche Holzverbraucher mit einem Lagerbestand über insgesamt 25 fm bzw. cbm sind, auch wenn sie stillgelegt, verlagert oder umgesetzt sind, außerdem verpflichtet, binnen 14 Tagen eine schriftliche Gegenüberstellung von Lagerbestand und Monatsbedarf, unterteilt nach Holzarten, vom Betriebsführer oder dessen Beauftragten unterzeichnet, auszufertigen und an das zuständige Forst- und Holzwirtschaftsamt einzusenden. Eine Durchschrift dieser Meldung ist aufzubewahren, laufend auf den jeweiligen Lagerbestand zu ergänzen und zur jederzeitigen Kontrolle bereitzuhalten. Sich ergebende Überbestände sind sofort zu melden. Diese Meldung ist jedoch nur von den Betrieben zu erstatten, die nicht bereits mit der nach Abs. 2 geforderten Angabe der beschlagnahmten Menge, Lagerbestände und Bedarf mitgeteilt haben.

§ 3

Der Betrieb, dem das Forst- und Holzwirtschaftsamt die Ware zuweist, hat diesem Einkaufsscheine in entsprechender Höhe abzugeben.

§ 4

Wenn über die beschlagnahmte Menge vom Forst- und Holzwirtschaftsamt innerhalb von 4 Wochen nach erstatteter Meldung nicht verfügt wird, kann hieraus der Lagerbestand, soweit er infolge Verarbeitung oder Verbrauch unter die zulässige Grenze herabsinkt, aufgefüllt werden. Die Entnahme ist umgehend dem zuständigen Forst- und Holzwirtschaftsamt unter Beifügung einer neuen Gegenüberstellung von Lagerbestand und Monatsbedarf zu melden.

§ 5

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung, insbesondere die Abgabe einer wahrheitswidrigen Erklärung gemäß §§ 2 (Abs. 2 b) und 5 fallen unter die Strafvorschriften der Verordnung über den Warenverkehr.

§ 6

Diese Anordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Berlin, den 14. März 1945.

Der Reichsbeauftragte für Forst und Holz

Dr. Schmieder

Anlage zur Anordnung Nr. 4/45 des Reichsbeauftragten für Forst und Holz

Gau	F. u. HW Amt	Anschrift
Oberschlesien	Oppeln	z. Z. Ziegenhals/OS., Stadtbauamt
Niederschlesien	Breslau	z. Z. Hoyerswerda/Sa., Goethestr. 82
Brandenburg	Berlin	Potsdam b. Berlin, Spandauer Str. 32
Pommern	Stettin	z. Z. Torgelow, Kr. Ueckermünde

¹⁾ RNvbl. S. 695. ²⁾ RNvbl. S. 673.

Gau	F. u. HW Amt	Anschrift	Gau	F. u. HW Amt	Anschrift
Mecklenburg	Schwerin	Schwerin, Schloßstr. 2 — Regierung —	Moselland	Koblenz	z. Z. Dierdorf, Bez. Koblenz, Elgorkerstraße
Schlesw.-Holst.	Hamburg	Hamburg-Altona, Palmaille 53—55	Luxemburg	Saarbrücken	z. Z. Speyer/Rh., Maximilianstr. 5
Osthannover			Westmark	Wiesbaden	Wiesbaden, Luisenstr. 11
Weser-Ems			Hessen-Nassau	Karlsruhe	z. Z. Ettlingen/Baden Schöllbronner Str. 78
Südhannover-	Hannover	z. Z. Sarstedt, Kr. Hildes- heim, Kippbuts-Allee	Oberrhein	Stuttgart	z. Z. Aalen/Württ., Gasthof „Zum Schwanen“
Braunschweig			Elsaß	Fürth	Fürth/Bayern, Hornschuch- promenade 8
Magdeburg-			Württemberg-	München	z. Z. München-Pasing, Oberbürgermeister- Wunder-Str. 22
Anhalt	Dresden	z. Z. Wermsdorf, Bez. Leipzig	Hohenzollern		
Sachsen			Bayreuth		
Halle/Merseburg	Weimar	Weimar, Markt 15	Mainfranken	Wien	Wien 40, Marxergasse 2
Sudetengau			Franken		
Thüringen			Schwaben	Salzburg	Salzburg-Parisch, Gaisbergstr. 7
Kurhessen	Kassel	z. Z. Landau u. Arolsen, Kr. Waldeck	München/Obby.		
Westfalen-Nord	Münster	z. Z. Rinkerode, Kreis Münster	Oberdonau		
Westfalen-Süd			Niederdonau	Salzburg	Salzburg-Parisch, Gaisbergstr. 7
Köln-Aachen			Steiermark		
Düsseldorf	Düsseldorf	z. Z. Markusmühle, Post Dabringhausen, Rhein- Wupp.-Kreis	Kärnten		
Essen			Salzburg		
			Tirol-Vorarlbg.		

Gartenbauwirtschaft

Anordnung Nr. 4/45

der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbau- wirtschaft betr. Bewirtschaftung von Obst und Gemüse

Vom 26. März 1945

Auf Grund gesetzlicher Ermächtigung (Anm.) wird mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsbauernführers angeordnet:

§ 1

(1) Obst (Stein-, Kern- und Beerenobst) ist beschlagnahmt. Der erwerbsmäßige Erzeuger hat sämtliches von ihm geerntete Obst mit Ausnahme der für den Bedarf des eigenen Haushalts benötigten Mengen an die zuständige Bezirksabgabestelle oder die zugelassenen Versandverteiler nach den jeweils gültigen Anordnungen abzuliefern. Zu den erwerbsmäßigen Erzeugern im Sinne dieser Anordnung gehören auch die Obstpächter (Käufer der Obstbaumbehänge).

(2) Der unmittelbare Verkauf von erwerbsmäßigem an dienungspflichtigen Obst durch Erzeuger an Verbraucher ist verboten. Dieses Verbot gilt auch mit Wirkung für den Erwerber. Dem Verkauf stehen gleich der Tausch sowie die Überlassung dieser Erzeugnisse gegen eine gewerbliche oder berufliche Gegenleistung (z. B. Dienste).

(3) Verbraucher im Sinne dieser Anordnung sind auch die Wehrmacht, der Reichsarbeitsdienst und andere Organisationen von Partei und Staat sowie die Großverbraucher (Gaststätten, Werk- und Lagerküchen — auch von Rüstungsbetrieben —, Bäcker und Konditoren, Süßwarenhersteller, Krankenhäuser usw.).

§ 2

Die Gartenbauwirtschaftsverbände werden ermächtigt, mit Zustimmung des Vorsitzenden der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft (Hauptvereinigung) durch Anordnungen eine dem § 1 entsprechende Regelung auch für Früh- und Sommergemüse, Pilze und wildwachsende Beerenfrüchte zu treffen.

§ 3

Die Gartenbauwirtschaftsverbände können anordnen, in welcher Weise und in welchem Umfange die im Erzeugergebiet ansässigen Verbraucher unmittelbar durch Erzeuger beliefert werden dürfen. Sie können ferner Bestimmungen über den Verkauf durch Erzeuger auf Wochenmärkten sowie über die Belieferung benachbarter Ladengeschäfte durch Erzeuger treffen.

§ 4

Die Hauptvereinigung kann den Gartenbauwirtschaftsverbänden Auflagen zur Aufbringung von Mindestmengen ein-

zelner Obst- und Gemüsearten für die Belieferung anderer Gebiete oder bestimmter Bedarfsträger erteilen.

§ 5

Klein- und Schrebergärtner sowie Hausgartenbesitzer, die Obst nicht erwerbsmäßig anbauen, fallen nicht unter die Bestimmungen dieser Anordnung. Die Gartenbauwirtschaftsverbände können jedoch mit Zustimmung der Hauptvereinigung und im Einvernehmen mit dem Reichsverteidigungskommissar die Anordnung für anwendbar erklären:

- a) auf Hausgartenbesitzer,
- b) auf solche Klein- und Schrebergärtner, die schon bisher Obst gegen Entgelt an Dritte abgegeben haben.

§ 6

Die Hauptvereinigung kann in besonderen Fällen Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Anordnung zulassen. Die Gartenbauwirtschaftsverbände werden ermächtigt, bei Vorliegen eines besonderen Notstandes der durch die bestimmungsmäßige Bewirtschaftung des Obstes nicht behoben werden kann, z. B. bei anderweitig nicht abwendbarer Verderbgefahr, im Einvernehmen mit dem Reichsverteidigungskommissar Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Anordnung zuzulassen.

§ 7

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung werden nach den geltenden Bestimmungen bestraft. Als Zu widerhandlungen sind auch Maßnahmen anzusehen, die, ohne gegen den Wortlaut der erlassenen Bestimmungen zu verstoßen, eine Umgehung darstellen. Auch der Versuch der Umgehung ist strafbar. Erzeugnisse, die unter Verletzung dieser Anordnung erworben sind, können nach den Vorschriften der §§ 9 und 10 der Verbrauchsregelungs-Strafverordnung in der Fassung vom 26. November 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 734) eingezogen werden.

§ 8

Diese Anordnung tritt sieben Tage nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Anordnung Nr. 10/44 der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft betr. Erfassung von Obst und Gemüse vom 15. Juni 1944 (RNVB. S. 171) außer Kraft.

Berlin, den 26. März 1945.

Der Vorsitzende

der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft
Siefert

6. Ausführungsbestimmung zur Anordnung Nr. 5/43 der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirt- schaft betr. Verteilungsplan für Gewürze

Vom 5. Februar 1945

Mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsbauernführers erlasse ich gemäß § 10 meiner Anordnung Nr. 5/43 betr. Bewirtschaftung von Gewürzen vom 17. März 1943 (RNVB. S. 107) für die Zeit vom 5. Februar 1945 bis 23. Juli 1945 (72. bis 77. Zuteilungsperiode) folgenden

Anm.: Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 27. August 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1521), in der Fassung vom 5. Juni 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 861) und vom 7. September 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1731); Verordnung über den Zusammenschluß der deutschen Gartenbauwirtschaft vom 21. Oktober 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 911); Erlaß des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 11. Juli 1940 (DRA. Nr. 169 vom 22. Juli 1940).

1) RNVB. S. 635. 2) RNVB. S. 247. 3) RNVB. S. 671. 4) RNVB. S. 550.

Verteilungsplan:

für fleischverarbeitende Betriebe und Verteiler, die diese Betriebe beliefern (§ 9 Abs. 1 und 3 der Anordnung 5/43):
für alle übrigen Abnehmer, auf die der Verteilungsplan Anwendung findet (§ 8 Abs. 3 und 4 der Anordnung 5/43):
und 4 der Anordnung 5/43):
Nr. 5/43):

Majoran	5	5 vH der Bezugsmenge 1938
Körnersenf	—	10 vH der Bezugsmenge 1938
Pfeffer	—	5 vH der Bezugsmenge 1938
Piment	—	4 vH der Bezugsmenge 1938
Nelken und Zimt . . . je	—	2 vH der Bezugsmenge 1938
Paprika	—	50 vH der Bezugsmenge 1938

Paprika in Kleinpäckungen darf ohne Bezugschein nur nach vorheriger Zustimmung der Hauptvereinigung verkauft werden.

Die Abfüllung von Paprika in Kleinpäckungen bleibt weiterhin verboten. Einführer dürfen Paprika nur nach vorheriger Zustimmung der Hauptvereinigung in Verkehr bringen.
Berlin, den 5. Februar 1945.

Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft

Im Auftrag
Dr. Müller

Getreide- und Futtermittelwirtschaft

Bekanntmachung

der Reichsstelle für Getreide- und Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse — Geschäftsabteilung — betr. Verkehr mit inländischer Gerste

Vom 1. März 1945

In Ergänzung und Abänderung der Bekanntmachung vom 20. Dezember 1944 (veröffentlicht in Nr. 141 der Landware vom 22. Dezember 1944) wird auf Grund erteilter Ermächtigung mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichskommissars für die Preisbildung folgendes bestimmt:

Die in der Bekanntmachung vom 20. Dezember 1944 festgesetzte Frist wird bis zum 30. April 1945 verlängert.

Für die Gerste, die der Erzeuger bis zu diesem Zeitpunkt abgeliefert, erhält er den für Braugerste festgesetzten Preis.

Berlin, den 1. März 1945.

**Reichsstelle für Getreide,
Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse**
— Geschäftsabteilung —

gez. Zschirnt gez. Dr. Siburg

Bekanntmachung

der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft betr. Festsetzung der Verarbeitungsquoten der Roggen- und Weizenmühlen

Vom 21. März 1945

I.

Die Verarbeitungsquoten für die Roggen- und Weizenmühlen werden gemäß Ziff. 4 der Anordnung vom 15. Juli 1938¹⁾ betreffend Regelung der Verarbeitung der Roggen- und Weizenmühlen wie folgt festgesetzt:

1. Die Verarbeitungsquoten betragen für den Monat April 1945 für die Mühlen, die ein Grundkontingent von mehr als insgesamt 500 t Roggen und Weizen haben,

8 vH des Roggengrundkontingentes und
6 vH des Weizengrundkontingentes.

2. Den Mühlen, die ein Grundkontingent bis einschließlich insgesamt 500 t Roggen und Weizen haben, werden für die drei Monate April, Mai und Juni 1945

25 vH des Roggengrundkontingentes und
22 vH des Weizengrundkontingentes

zur Vermahlung freigegeben. Die Aufteilung dieser Verarbeitungsquoten auf die einzelnen Monate bleibt den Mühlen überlassen.

Anm.: Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 27. August 1939¹⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 1521), Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Getreide, Futtermitteln und sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 7. September 1939²⁾ (Reichsgesetzbl. I S. 1705), Verordnung zur Ordnung der Getreidewirtschaft und Satzung der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft.

1) RNYbl. S. 635. 2) RNYbl. S. 665.

3. Für Mühlen, die ein Grundkontingent von mehr als 500 t Roggen und Weizen insgesamt haben und denen auf Antrag Vierteljahresquoten bewilligt worden sind, werden für die drei Monate April, Mai und Juni 1945

20 vH des Roggengrundkontingentes und
12 vH des Weizengrundkontingentes

zur Vermahlung freigegeben. Die Aufteilung dieser Verarbeitungsquoten auf die einzelnen Monate bleibt den Mühlen überlassen. Der Verkauf der anfallenden Erzeugnisse darf jedoch nur im Rahmen der jeweils geltenden Monatsquoten erfolgen.

II.

Auf Grund meiner Anordnung vom 1. Juli 1944²⁾ (Bestimmungen für das Getreidewirtschaftsjahr 1944/45) haben die Mühlen, die im Besitze eines Weizengrundkontingentes sind, Gerste zu vermahlen, sofern Gerste für diesen Zweck zur Verfügung steht.

1. Zur Vermahlung von Gerste werden neben den Weizenverarbeitungsquoten, die in reinem Weizen auszunutzen sind, die folgenden Sonderquoten festgesetzt:

- a) für die Mühlen zu Ziff. I Abs. 1 für den Monat April 1945

1 vH des Weizengrundkontingentes,

- b) für die Mühlen zu Ziff. I Abs. 2 für die Monate April, Mai und Juni 1945

3 vH des Weizengrundkontingentes,

- c) für die Mühlen zu Ziff. I Abs. 3 für die Monate April, Mai und Juni 1945

3 vH des Weizengrundkontingentes.

2. Den Vierteljahresmühlen zu 1 b und c bleibt die Aufteilung der Sonderquoten auf die einzelnen Monate überlassen. Der Verkauf der anfallenden Gerstenmalerzeugnisse darf von den Mühlen zu 1 c jedoch nur im Rahmen der für die Monatsmühlen festgesetzten Sonderquoten erfolgen.

III.

Lohn- und Umtauschmüllerei, soweit diese nach den bestehenden Vorschriften statthaft ist, wird auf die Verarbeitungsquoten angerechnet. Lohnvermahlungen einer Mühle für eine andere Mühle werden auf die Verarbeitungsquoten der Mühle angerechnet, die den Mahlauftrag erteilt hat.

IV.

Gemäß § 73 der Anordnung vom 1. Juli 1944 (Bestimmungen für das Getreidewirtschaftsjahr 1944/45) gelten die Anweisungen der vorstehenden Ziff. I, II und III für die Mühlen, denen an Stelle des Grundkontingentes eine Verarbeitungsanweisung erteilt wurde, entsprechend.

Berlin, den 21. März 1945.

Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft

In Vertretung
Wuttke

1) RNYbl. S. 325. 2) RNYbl. S. 223.

**Anordnung
der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und
Futtermittelwirtschaft betr. Beimischung von
Kartoffelwalzmehl**

Vom 26. März 1945

Auf Grund gesetzlicher Ermächtigung (Anm.) ordne ich mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsbauernführers folgendes an:

1.

Der für die Herstellung von Backwaren vorgeschriebene Beimischungssatz von 2 Gewichtsteilen an aufgeschlossenen

Mehlen — Kartoffelwalzmehl oder Quellmehl — (§ 126 der Anordnung für das Getreidewirtschaftsjahr 1944/45 vom 1. Juli 1944 — RNVbl. S. 223 —) wird auf 1 Gewichtsteil herabgesetzt.

2.

Die Anordnung tritt am 1. April 1945 in Kraft.

Berlin, den 26. März 1945.

**Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Getreide-
und Futtermittelwirtschaft**

In Vertretung:

Wuttke

Wein- und Trinkbranntweinwirtschaft

Bekanntmachung

**der Hauptvereinigung der deutschen Wein- und
Trinkbranntweinwirtschaft betr. Bestandserfassung
beim Weingroßverteiler in den westdeutschen
Weinbaugebieten**

Vom 25. Februar 1945

Auf Grund gesetzlicher Ermächtigung (Anm.) ordne ich in Durchführung und Abänderung der §§ 9 und 10 und in Verbindung mit § 13 der Anordnung Nr. 56 vom 28. August 1943 (RNVbl. S. 370) folgendes an:

Die Vorsitzenden der Wein- und Trinkbranntweinwirtschaftsverbände Moselland und Rheinland, Hessen-Nassau, Westmark und Baden-Elsaß werden in ihrem Gebiet ermächtigt,

1. über die aus freien Beständen am 31. Dezember 1944 sichergestellten, den genannten Wirtschaftsverbänden bisher mit der Hälfte zugewiesenen Konsumweinmengen nunmehr in voller Höhe,
2. über die auf Weineinkaufsmarken 1944/45 eingekauften, mit 60 vH sichergestellten Weinmengen

zu verfügen.

Die Vorsitzenden der genannten Wirtschaftsverbände werden zur Durchführung dieser Bekanntmachung gebietliche Anordnungen nach meinen Weisungen erlassen.

Berlin, den 25. Februar 1945.

**Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Wein- und
Trinkbranntweinwirtschaft**

Soherr

Anm.: § 4 der Verordnung über den Zusammenschluß der deutschen Wein- und Trinkbranntweinwirtschaft vom 30. April 1943* (Reichsgesetzbl. I S. 273) und des § 6 der Satzung der Hauptvereinigung der deutschen Wein- und Trinkbranntweinwirtschaft vom 22. Mai 1943 (RNVbl. S. 211).

* RNVbl. S. 172.

Bekanntmachung

**der Hauptvereinigung der deutschen Wein- und
Trinkbranntweinwirtschaft betr. Anordnung Nr. 56
vom 28. August 1943; Höhe des Selbstmarkter-
umsatzes für die Zeit vom 1. März 1945 bis
28. Februar 1946**

Vom 26. Februar 1945

Zur Durchführung des § 7 Abs. 3 der Anordnung Nr. 56 vom 28. August 1943* bestimme ich, daß der Umsatz der selbstmarktenden Erzeugerbetriebe für die Zeit vom 1. März 1945 bis 28. Februar 1946 50 vH der in den Jahren 1937 und 1938 auf dem Wege des Selbstmarktes abgesetzten Weinmengen betragen darf. Die Inanspruchnahme dieser Höchstmenge für den Selbstmarkterumsatz darf erst nach Berücksichtigung der dem Betriebe zur Versorgung der Wehrmacht und für sonstige Lenkungszwecke auferlegten Sicherstellung erfolgen.

Berlin, den 26. Februar 1945.

**Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Wein- und
Trinkbranntweinwirtschaft**

Soherr

* RNVbl. S. 370.

Bekanntmachung

**der Hauptvereinigung der deutschen Wein- und
Trinkbranntweinwirtschaft betr. Absatzwege für
Erzeugnisse der Weinbauwirtschaft**

Vom 27. Februar 1945

Nach § 10 der Anordnung Nr. 56 vom 28. August 1943 (S. 370) sind

die selbstmarktenden Erzeugerbetriebe,
die Weingroßverteiler,
die Schaumweinhersteller,
die Wermutweinhersteller

verpflichtet, ihre jeweilige Absatzmenge an in- und ausländischen Erzeugnissen auf die alten Abnehmer aus den Jahren 1937 bis 1940 im gleichen Verhältnis aufzuteilen. Als alte Abnehmer gelten die in der Vergleichszeit regelmäßig belieferten Kunden.

Wenn Kriegsereignisse oder Verkehrsschwierigkeiten die Durchführung der Vorschriften des § 10 der Anordnung Nr. 56 unmöglich machen, sind die Lieferungen bis auf weiteres an erreichbare Abnehmer vorzunehmen. Dabei sind Abnehmer zu bevorzugen, die einen vordringlichen Bedarf für die Versorgung der Front und der Rüstungswirtschaft aufzuweisen haben.

Bereits erlassene gebietliche Regelungen bleiben durch die vorstehende Bekanntmachung unberührt.

Die Bekanntmachung gilt nicht in den Alpen- und Donau-Reichsgauen.

Berlin, den 27. Februar 1945.

**Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Wein- und
Trinkbranntweinwirtschaft**

Soherr

Bekanntmachung

**der Hauptvereinigung der deutschen Wein- und
Trinkbranntweinwirtschaft betr. Ausgabe von
Weineinkaufsmarken 1944/45**

Vom 28. Februar 1945

Auf Grund gesetzlicher Ermächtigung (Anm.) ordne ich in Durchführung und Abänderung des § 5 der Anordnung Nr. 56 vom 28. August 1943 (RNVbl. S. 370) folgendes an:

Die Vorsitzenden der Wein- und Trinkbranntweinwirtschaftsverbände werden ermächtigt, an Weingroßverteilerbetriebe, die Einkaufs- und Transportmöglichkeiten nachweisen können, Weineinkaufsmarken über die ihnen nach § 5 der Anordnung Nr. 56 zustehende Einkaufsberechtigung hinaus auszugeben.

Die Vorsitzenden der Wirtschaftsverbände sind befugt, über den Einsatz der Weine, die auf Grund dieser zusätzlich ausgegebenen Weineinkaufsmarken eingekauft wurden, Vorschriften zu erlassen.

Berlin, den 28. Februar 1945.

**Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Wein- und
Trinkbranntweinwirtschaft**

Soherr

Anm.: § 4 der Verordnung über den Zusammenschluß der deutschen Wein- und Trinkbranntweinwirtschaft vom 30. April 1943* (Reichsgesetzbl. I S. 273) und des § 6 der Satzung der Hauptvereinigung der deutschen Wein- und Trinkbranntweinwirtschaft vom 22. Mai 1943 (RNVbl. S. 211).

* RNVbl. S. 172.

Zucker- und Süßwarenwirtschaft

Anordnung Nr. 14 der Hauptvereinigung der deutschen Zucker- und Süßwarenwirtschaft betr. Lieferung von Rohzucker an Verbraucher und Verarbeiter

Vom 26. März 1945

Auf Grund gesetzlicher Ermächtigung (Anm.) ordne ich mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichskommissars für die Preisbildung und des Reichsbauernführers an:

1. Zuckerfabriken haben Rohzucker-Ersterzeugnis, das aus kriegsbedingten Gründen nicht auf Verbrauchszucker umgearbeitet werden kann, für die menschliche Ernährung als Farin I oder Farin II nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen in den Verkehr zu bringen.

2. Farin I ist Rohzucker mit mindestens 95° Rendement und höchstens 1,4 vH Wassergehalt.

Farin II ist Rohzucker mit mindestens 92° Rendement und höchstens 1,8 vH Wassergehalt.

Die Ermittlung des Rendements für Farin erfolgt in der bisher üblichen Weise.

Die Zuckerfabrik hat von jeder Partie (500 bis 600 dz) durch einen vereidigten Handelschemiker eine Handelsanalyse anfertigen zu lassen. Das Analysen-Attest ist von der Fabrik aufzubewahren. Im Verkaufsbuch und auf der Rechnung ist die Nummer der Partie zu vermerken, aus der die Lieferung stammt.

Die Reaktion des Rohzuckers muß alkalisch sein; an Verbraucher dürfen nur helle Rohzucker-Qualitäten abgegeben werden. Im Zuckerwirtschaftsjahr 1944/45 ist eine Unterschreitung der festgelegten Rendementsätze um 0,5° statthaft.

3. Für Farin gelten folgende Abschläge von den festgesetzten Höchst- bzw. Festpreisen für die einfachste Verbrauchszuckersorte (Grundsorte):

für Farin I 2 RM je 100 kg,
für Farin II 4 RM je 100 kg.

Bei Lieferungen im Altreich gelten bei Plätzen außerhalb der Frachtlage Magdeburg die Frachtaufschläge für Verbrauchszucker. Soweit Rohzuckerfabriken Farin selbst verkaufen, setzt die Hauptvereinigung der deutschen Zucker- und Süßwarenwirtschaft auf Antrag den Frachtaufschlag für die Rohzuckerfabrik fest.

Die Zuckerfabriken und Großverteiler sind verpflichtet, bei der Berechnung von Farin Grundpreis und Abschlag getrennt in Rechnung zu stellen.

4. Die für die einfachste Verbrauchszuckersorte (Grundsorte) festgesetzten Einkaufspreise der Wiederverkäufer und der Verarbeiter von Zucker sowie die Ladenverkaufspreise ermäßigen sich

für Farin I um 2 RM je 100 kg,
für Farin II um 4 RM je 100 kg.

5. Für den Absatz von Farin gelten die gleichen Bestimmungen wie für den Verbrauchszuckerabsatz, und zwar insbesondere gemäß den Anordnungen der Hauptvereinigung der deutschen Zuckerwirtschaft

Nr. 29 betr. Bestimmungen für die Durchführung der Aufgaben der deutschen Zuckerwirtschaft vom 23. Dezember 1936 (RNVbl. S. 643) nebst Anlage,

Anm.: Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von Zuckerrüben, Zucker und sonstigen Erzeugnissen aus Zuckerrüben vom 7. September 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1728), Verordnung über den Zusammenschluß der deutschen Zucker- und Süßwarenwirtschaft vom 7. Januar 1943 (Reichsgesetzbl. I S. 22) und Satzung der Hauptvereinigung der deutschen Zucker- und Süßwarenwirtschaft vom 5. April 1943 (RNVbl. S. 142).

1) RNVbl. S. 670.

2) RNVbl. S. 14.

Nr. 36 betr. Verkaufs- und Zahlungsbedingungen der Verbrauchszuckerfabriken vom 10. September 1937 (RNVbl. S. 427),

Nr. 49 betr. Bestimmungen für die Durchführung der Aufgaben der deutschen Zuckerwirtschaft in der Ostmark vom 10. Oktober 1938 (RNVbl. S. 497), nebst Anlagen,

Nr. 52 betr. Regelung des Verbrauchszuckermarktes in den sudetendeutschen Gebieten vom 16. Januar 1939 (RNVbl. S. 41) nebst Anlagen,

Nr. 64 betr. Einführung eines Rückgabeverkehrs für Zuckersäcke vom 28. Mai 1940 (RNVbl. S. 234),

Nr. 75 betr. Rückgabeverkehr für Zuckersäcke vom 5. Januar 1942 (RNVbl. S. 55),

und der Hauptvereinigung der deutschen Zucker- und Süßwarenwirtschaft

Nr. 1 betr. Aufhebung der Anordnung Nr. 66 der Hauptvereinigung der deutschen Zuckerwirtschaft vom 14. September 1943 (RNVbl. S. 381),

Nr. 12 betr. Erhöhung der Pflichtlagerhaltung von Verbrauchszucker für Verteiler vom 29. September 1944 (RNVbl. S. 382).

6. Farin darf nur gegen Zuckerbezugscheine bzw. Bedarfsnachweise abgegeben oder bezogen werden. Die Abgabe und der Bezug hat in Höhe der in den Bezugscheinen bzw. Bedarfsnachweisen angegebenen Gewichtsmengen ohne Umrechnung auf Verbrauchszuckerwert zu erfolgen.

7. Vertraglich gebundener Rohzucker, der nach Ziff. 1 als Farin I oder II in den Verkehr gebracht wird, soll in der Regel durch diejenigen Verbrauchszuckerfabriken und Zuckervertriebsgesellschaften abgesetzt werden, die bisher den Absatz des entsprechenden Verbrauchszuckers durchgeführt haben. Die Vereinbarungen hierüber bleiben den Beteiligten überlassen.

8. Den Verbrauchszuckerfabriken werden Mehrkosten, die ihnen beim Farinabsatz durch die Einlagerung fremden Rohzuckers im eigenen Betrieb entstehen, auf Antrag von der Hauptvereinigung erstattet. Als Mehrkosten gelten insbesondere die Frachten von der Rohzuckerfabrik zur Verbrauchszuckerfabrik sowie die Kosten für das Umfüllen des Farins in Verbrauchszuckersäcke.

9. Die Verbrauchszuckerfabriken und Zuckervertriebsgesellschaften haben die Farinverkäufe der Hauptvereinigung im Rahmen der Jahresfreigabe gesondert zu melden; dabei ist die Verkaufsmenge in Rendement (Verbrauchszuckerwert) umzurechnen. Soweit Rohzuckerfabriken Farin selbst verkaufen, wird diesen auf Antrag eine Jahresfreigabe zugeteilt.

10. Die Farinsäcke sind mit einer Kennziffer der Zuckerfabrik zu versehen und durch den Aufdruck „Far. I“ bzw. „Far. II“ zu kennzeichnen. Die Verbrauchszuckerfabriken verwenden die ihnen bereits zugewiesene Kennziffer. Soweit Rohzuckerfabriken Farin selbst verkaufen, wird ihnen von der Hauptvereinigung die Kennziffer aufgegeben.

11. Die den Preisfestsetzungen zu Ziff. 3 und 4 entgegenstehenden Bestimmungen der Anordnung Nr. 49 vom 10. Oktober 1938 (RNVbl. S. 497) und Anordnung Nr. 52 vom 16. Januar 1939 (RNVbl. S. 41) werden durch diese Anordnung aufgehoben.

12. Zuwiderhandlungen werden nach den geltenden Bestimmungen bestraft.

13. Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Tangermünde, den 26. März 1945.

Der Vorsitzende
der Hauptvereinigung der deutschen Zucker-
und Süßwarenwirtschaft

F. H. v. Bülow

Kriegsernährungswirtschaft

Erlaß

des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft betr. Durchführung des Kartensystems für Lebensmittel für die 74. Zuteilungsperiode vom 2. bis 29. April 1945 (mit Ergänzungen für die 73. Zuteilungsperiode)

Vom 20. Februar 1945

Erster Teil

Ergänzungen für die 73. Zuteilungsperiode

In der 73. Zuteilungsperiode werden auf die Abschnitte B 1 und B 2 der Grundkarten für über 3 Jahre alte Versorgungsberechtigte (Grundkarten E, Jgd, grK, K und Kjk), der Ergänzungskarten SV 1 bis SV 6 und SV 8 sowie der AZ-Karten je 125 g Fleisch oder Fleischwaren abgegeben.

Auf den Abschnitt D der Grundkarten für über 10 Jahre alte Versorgungsberechtigte (Grundkarten E, Jgd und grK) ist die Abgabe von 125 g Butter vorgesehen. Da die Lage auf dem Buttermarkt es jedoch in gewissem Umfange erforderlich machen kann, auf diesen Abschnitt eine andere Fettart zu verteilen, bestimmen die Landesernährungsämter unverzüglich auf Vorschlag des zuständigen Milch-, Fett- und Eierwirtschaftsverbandes, der dazu die Zustimmung der Hauptvereinigung der deutschen Milch-, Fett- und Eierwirtschaft einzuholen hat, welche Fettart in der 73. Zuteilungsperiode auf den Abschnitt D der vorbezeichneten Grundkarten auszugeben ist. Gemeinschaftsverpflegte erhalten in der 73. Zuteilungsperiode Butter nur in der Höhe, die sich aus den Grundkarten für Normalversorgungsberechtigte ohne Berücksichtigung des Abschnittes D ergibt. Es sind demnach für die Versorgungsberechtigten über 18 Jahre 250 g Butter und für die Kinder und Jugendlichen von 10 bis 18 Jahren 500 g Butter zugrunde zu legen. Für den Abschnitt D ist bei Gemeinschaftsverpflegten die Ausgabe von Margarine, Butterschmalz oder Speiseöl vorzusehen, die bei den beiden letzteren Fettarten im Verhältnis von 100 : 80 zu erfolgen hat.

Die Ausgabe von Käse auf einen besonderen Abschnitt fällt in der 73. Zuteilungsperiode fort. Die Käseration beträgt daher 62,5 g je Person.

Falls die Versorgungslage es notwendig machen sollte, bleibt vorbehalten, Kartenabschnitte in der 73. Zuteilungsperiode für ungültig zu erklären.

Zweiter Teil

Festsetzung der Rationen für die 74. Zuteilungsperiode

Die Festsetzung der Rationen für die 74. Zuteilungsperiode bleibt einem besonderen Erlaß vorbehalten (vgl. nachstehend Dritter Teil). Da die Verbraucher mit den Rationen der 72. und 73. Zuteilungsperiode eine Woche länger reichen müssen (Fernschreiben betr. Rationsfestsetzung vom 25. Januar 1945 — II B 1 — 256), werden die Rationen für die 74. Zuteilungsperiode mit Wirkung vom 9. April 1945, also für drei Wochen, festgesetzt werden.

Dritter Teil

Durchführungsbestimmungen und sonstige Regelungen

Erster Abschnitt

Neugestaltung der Lebensmittelkarten

Da im Hinblick auf die Versorgungs- und Transportlage nicht rechtzeitig genug mit Sicherheit zu übersehen ist, in welchem Umfange den Verbrauchern Lebensmittel zugeteilt werden können, wird von dem einheitlichen Aufdruck der Lebensmittelarten und -mengen auf den Abschnitten der Lebensmittelkarten abgesehen. Die zuzuteilenden Lebensmittel werden den Verbrauchern vielmehr grundsätzlich durch Aufruf bekanntgegeben. Die Ernährungsämter haben jeweils vor Beginn der Zuteilungsperiode die zu verteilenden Lebensmittel im Rahmen der von mir erlassenen Bestimmungen nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mengen bekanntzugeben. Die Kleinverteiler haben diese Mengen durch Aushang bekanntzumachen. Wegen der Austauschmöglichkeiten von Lebensmitteln gegen andere verweise ich auf mein Fernschreiben vom 29. Januar 1945 — II B 1 — 500¹⁾ —, mit welchem ich den Landesbauernführern entsprechende Ermächtigungen erteilt habe.

Die Lebensmittelkarten enthalten daher grundsätzlich freie Abschnitte, die lediglich mit einer Nummer der betreffenden

Zuteilungsperiode und gegebenenfalls einem besonderen Kennzeichen (z. B. K = Kind) versehen sind. Um jedoch den Aufruf kleiner, für den Gaststättenbesuch notwendiger Mengen zu vermeiden, enthalten die Lebensmittelkarten auch Kleinabschnitte für Brot und Fett, die mit dem Mengenaufdruck (50 bzw. 5 g) versehen sind. Die Gestaltung der Karten ergibt sich im übrigen aus den beigefügten Mustern²⁾. Aus der weiter beigefügten Anlage ist ersichtlich, welche Abschnitte für den Aufruf von reichseinheitlichen Lebensmittelzuteilungen vorgesehen sind, welche Abschnitte dem Reichswirtschaftsminister für den Aufruf von Seifenerzeugnissen zur Verfügung stehen und endlich, über welche Abschnitte die Landesernährungsämter für örtliche Zuteilungen verfügen können.

Der Aufruf der Lebensmittelmengen durch die Ernährungsämter macht es notwendig, das Kartensystem weiter zu vereinfachen. Grund- und Ergänzungskarten werden daher zu Sammelkarten zusammengefaßt. Die Altersgruppeneinteilung wird dahin vereinfacht, daß nur noch Lebensmittelkarten ausgegeben werden für

Kinder bis zu 6 Jahren (K),

Kinder und Jugendliche von 6 bis 18 Jahren (Jgd),

Erwachsene über 18 Jahre (E).

Für Teilselbstversorger und Vollselbstversorger werden gleichfalls Sammelkarten ausgegeben, die nach den für die Versorgungsberechtigten geltenden Grundsätzen gestaltet sind. Die Teilselbstversorger werden gleichfalls in drei Altersklassen eingeteilt, während für Vollselbstversorger nur Karten für Kinder bis zu 6 Jahren (K) und für Verbraucher über 6 Jahre ausgegeben werden. Außerdem erhalten die Vollselbstversorger in Brot nach Maßgabe der bisher geltenden Bestimmungen Brotkarten, deren Abschnitte gleichfalls grundsätzlich aufgerufen werden. Das Muster der neuen Reichsbrotkarte für Selbstversorger ist aus der Anlage ersichtlich. Zur Frage der Gestaltung und Handhabung der Reichsmahlkarten ergeht ein besonderer Erlaß.

Auch für den Bezug der Lebensmittelarten sind weitere Vereinfachungen notwendig. So fallen in der 74. Zuteilungsperiode ab beim Brot die Zoneinteilung und die Unterscheidung in Roggen- und Weizenbrot fort. Der Verbraucher erhält daher auf die für den Bezug von Brot vorgesehenen Abschnitte lediglich Brot oder, soweit dies ausdrücklich vorgesehen ist, im Verhältnis von 100 : 75 Mehl. Ferner entfällt beim Fett die Unterscheidung in die einzelnen Fettarten.

Der Kleinverteiler ist verpflichtet, die ihm zur Verfügung stehenden Lebensmittel gerecht und gleichmäßig zu verteilen. Soweit ihm Weizenmehl zur Verfügung steht, hat er dieses auf Brotbedarfsnachweise in erster Linie an Kranke, die hierauf laut Bescheid der zuständigen Ärztekammer Anspruch haben, und Kleinkinder abzugeben. Schweineschmalz, Butterschmalz oder Speiseöl sind nach Vorratslage im Verhältnis von 100 : 80 auf Fettbedarfsnachweise zu verteilen.

Die Abschnitte der Lebensmittelkarten berechtigen nur im Zusammenhang mit dem Stammabschnitt zum Warenbezug. In einem Vermerk auf dem Stammabschnitt werden die Kartempfänger darauf hingewiesen, daß lose Abschnitte keine Gültigkeit besitzen. Die Bestimmungen meines Erlasses vom 30. August 1944 — II B 1 — 68 — betreffend lose Abschnitte der Grund- und Ergänzungskarten werden aufgehoben.

Zulagekarten für Lang- und Nachtarbeiter fallen grundsätzlich von der 74. Zuteilungsperiode ab fort. Es werden jedoch nach wie vor Zusatzkarten für Schwer- und Schwerstarbeiter als Wochenkarten ausgegeben, die nach den für die Sammelkarten geltenden Grundsätzen gestaltet sind. Die zu verteilenden Mengen werden daher gleichfalls grundsätzlich aufgerufen. Das gleiche gilt für die AZ-Karten. Die Muster dieser Karten ergeben sich aus den Anlagen³⁾.

Die Gemeinschaftsverpflegten erhalten grundsätzlich den gleichen Rationssatz wie die Normalverbraucher. Soweit Gemeinschaftsverpflegte höhere oder niedrigere Rationen erhalten sollen, erfolgt die Regelung durch besonderen Erlaß.

Die Bezugscheinausstellung vereinfacht sich in gleicher Weise wie die Kartengestaltung. Die Abrechnungstellen haben die Kartenabschnitte entsprechend ihrem Warenaufdruck bzw. ihrem Aufruf abzurechnen; ist z. B. ein Abschnitt für den Bezug von Brot aufgerufen, so gilt er als Brotbedarfsnachweis.

¹⁾ Die Karten tragen zur Erleichterung der Ausgabe Nummern, die mit den Anlagen dieses Erlasses übereinstimmen. Für die Reichsmahlkarte ist die Nr. 13 vorgesehen. Von dem Abdruck der Kartenmuster Anlagen 1 bis 16 ist hier abgesehen.

²⁾ Die Anlagen 14a, 15a und 16a (Karten für die 1. Woche) sind nicht mit abgedruckt, da sie in der 74. Zuteilungsperiode fortfallen; sie sind in späteren Zuteilungsperioden gemäß Anlage 17 zu gestalten.

In Zukunft sind aber die Bezugscheine nur noch über Mehl, Fett und Nahrungsmittel auszustellen. Jede Unterteilung hat bei diesen Warenarten zu unterbleiben. Die Kleinverteiler können auf solche Bezugscheine die den Vorlieferanten zur Verfügung stehenden Mengen beziehen. Auch für die Ausstellung der Großbezugscheine gelten die gleichen Grundsätze. Soweit die bewirtschaftenden Stellen für die Ausstellung der Großbezugscheine zuständig sind, regeln diese das Verfahren selbst.

Die Zuteilung von Speisekartoffeln erfolgt nach den bisher geltenden Grundsätzen. Die Bezugsausweise für Vollmilch und entrahmte Frischmilch bleiben für die 74. Zuteilungsperiode mit der Maßgabe in Kraft, daß Kinder bis zu 6 Jahren Vollmilch und Versorgungsberechtigte über 6 Jahre wie bisher entrahmte Frischmilch erhalten. Die Vollmilchrations für Kinder bis zu 6 Jahren wird einheitlich auf $\frac{1}{2}$ Liter täglich festgesetzt. Der Ausgleich für die Minderzuteilung bei Kindern bis zu 3 Jahren und der Wegfall des Vollmilchbezuges für Kinder von 6 bis 14 Jahren erfolgt durch Berücksichtigung bei der Fettzuteilung. Bestellscheine über Vollmilch und entrahmte Frischmilch sind auf den entsprechenden Karten angebracht.

Im übrigen bleiben die bisher bestehenden Vorschriften in Kraft.

Um die Schwierigkeiten beim Transport der Matern der Lebensmittelkarten in Zukunft zu vermeiden, sehe ich von der reichseinheitlichen Herstellung der Matern ab. Die Landesernährungsämter haben die Lebensmittelkarten nach Maßgabe der aus den Anlagen ersichtlichen Muster selbst herstellen zu

lassen. Die Herstellung ist so vorzunehmen, daß die Verbraucher rechtzeitig in den Besitz der Lebensmittelkarten kommen.

Im Hinblick darauf, daß die Verbraucher mit den Rationen für die 72. und 73. Zuteilungsperiode eine Woche länger auskommen müssen, werden Zusatzkarten für Schwer- und Schwerstarbeiter sowie AZ-Karten nur für die zweite bis vierte Woche ausgegeben. In Abänderung meiner Regelung vom 1. Februar 1945 — II B 1—256 — haben ausländische Zivilarbeiter für die 73. Zuteilungsperiode vier AZ-Wochenkarten gemäß den übersandten Matern zu erhalten, die bis zum 8. April 1945 reichen müssen.

Zweiter Abschnitt

Schlußbestimmungen

Abgabe der Bestellscheine

Die Verbraucher haben die Bestellscheine 74 für Vollmilch und für entrahmte Frischmilch in der Woche vom 26. bis 31. März 1945 bei den Verteilern abzugeben, sofern nicht die Ernährungsämter die Abgabe auf bestimmte Tage dieser Woche beschränken.

Inkrafttreten

Die Bestimmungen dieses Erlasses über die Zuteilungen für die Zeit vom 9. bis 29. April 1945 treten am 9. April 1945, die übrigen Anordnungen, soweit nichts anderes bestimmt ist, sofort in Kraft.

Berlin, den 20. Februar 1945.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft

Mit der Führung der Geschäfte beauftragt
Backe

Übersicht über die Abschnitte der einzelnen Lebensmittelkarten

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Karte	Anzahl der Abschnitte	Bezeichnung	Es stehen zur Verfügung dem		
				REM	RWM	LEA und EA
1	Normalversorgungsberechtigte Erwachsene über 18 Jahre	60	1—60 E	1—44	45—55	56—60
2	Kinder und Jugendliche von 6 bis 18 Jahren	65	1—65 Jgd	1—49	50—60	61—65
3	Kinder bis zu 3 Jahren	55	1—55 K	1—37	38—50	51—55
4	Teilselbstversorger in Butter Erwachsene über 18 Jahre	60	101—160 E	101—144	145—155	156—160
5	Kinder und Jugendliche von 6 bis 18 Jahren	65	101—165 Jgd	101—149	150—160	161—165
6	Kinder bis zu 6 Jahren	55	101—155 K	101—137	138—150	151—155
7	Teilselbstversorger in Fleisch- und Schlachtfetten Erwachsene über 18 Jahre	60	201—260 E	201—244	245—255	256—260
8	Kinder und Jugendliche von 6 bis 18 Jahren	65	201—265 Jgd	201—249	*250—260	261—265
9	Kinder bis zu 6 Jahren	55	201—255 K	201—237	238—250	251—255
10	Vollselbstversorger über 6 Jahre	25	301—325 SV	301—309	310—320	321—325
11	Kinder bis zu 6 Jahren	25	301—325 SV—K	301—307	308—320	321—325
12	Reichsbrotkarte für Selbstversorger	15	401—415	401—415	—	—
14	Zusatzkarte für Schwerarbeiter	10	501—510	fallen in der 74. ZP. fort		
	2. Woche	10	511—520 S	511—520	—	—
	3. Woche	10	521—530	521—530	—	—
	4. Woche	10	531—540	531—540	—	—
15	Zusatzkarte für Schwerstarbeiter	15	601—615	fallen in der 74. ZP. fort		
	2. Woche	15	616—630 Sst	616—630	—	—
	3. Woche	15	631—645	631—645	—	—
	4. Woche	15	646—660	646—660	—	—
16	Wochenkarte für ausländische Zivilarbeiter	15	701—715	fallen in der 74. ZP. fort*)		
	2. Woche	15	716—730 AZ	716—724	725—729	730
	3. Woche	15	731—745	731—743	744	745
	4. Woche	15	746—760	746—751	752—756	758—760

*) Für Zwecke der LEA und EA stehen sonst zur Verfügung Nr. 713—715.

Original from:
Deutsche Gartenbaubibliothek e.V.
Digital version sponsored by:
C.A. Wimmer

COMMERCIAL USE FORBIDDEN
Attribution-NonCommercial 4.0 International
(CC BY-NC 4.0)